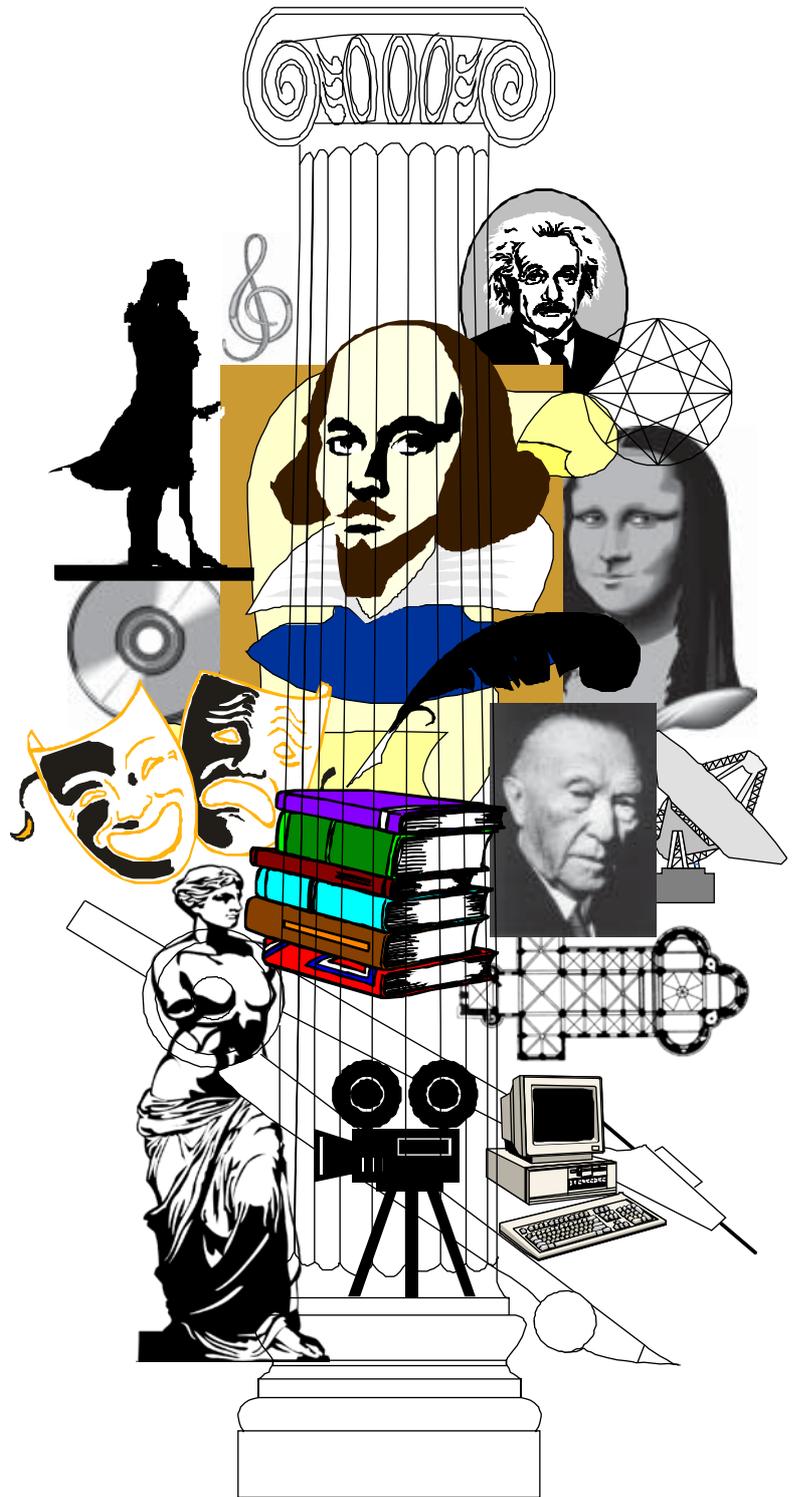


IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE UMSCHAU

ONLINE-ZEITSCHRIFT
HEFT 19 - OKTOBER 2007



Konrad
Adenauer
Stiftung
www.kas.de



IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE UMSCHAU

Heft 19 - Oktober 2007

INHALT

■ Editorial	3
<i>Anton Pfeifer, Staatsminister a.D. Stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.</i>	
■ Berichte aus der Kulturpolitik:	5
<i>Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion</i>	5
<i>Aus der CDU</i>	35
■ Kulturpolitik in der Presse und Medien	37
<i>Kulturpolitik im Bund</i>	37
<i>Kulturpolitik in Ländern und Kommunen</i>	39
<i>Deutschland/Allgemeine Trends</i>	47
<i>Finanzierung/Sponsoring allgemein</i>	59
<i>Auswärtige Kulturpolitik</i>	62
<i>Personalien</i>	65
<i>Zitate</i>	67
<i>Aus kulturpolitischen Zeitschriften und Beiträgen</i>	69
■ Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung	71
■ Letzte Meldungen*	74
■ Hinweis der Redaktion	75

IMPRESSUM

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
D-53757 Sankt Augustin
Tel. (02241) 246-2302 + 246-2441
Fax (02241) 246-2669
E-Mail: barbara.kretschmer@kas.de
Internet: <http://www.kas.de>

Redaktion

Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger
(verantw.)
Barbara Kretschmer

Satz u. Layout

Barbara Kretschmer

Die Zeitschrift erscheint in unregelmäßiger Folge

ISSN 1439-7188



EDITORIAL

Als im November 2005 der Bundestagsabgeordnete Bernd Neumann mit dem Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien im Range eines Staatsministers betraut wurde, war Skepsis, ja sogar abwehrendes Erstaunen in den Feuilletons unübersehbar. Bernd Neumann erhielt am Beginn seiner Amtszeit nirgendwo die Vorschusslorbeeren, mit denen sieben Jahre zuvor der erste Staatsminister für Kultur und Medien der rot-grünen Koalition teilweise geradezu euphorisch und enthusiastisch begrüßt worden ist. Dieser allerdings war nach zwei Jahren mit seinen Selbstinszenierungen und seinem Wirken als Ankündigungsminister gescheitert und trat zurück. In Erinnerung bleiben u. a. drastische Kürzungen in den Kulturretats des Bundes, Verschlechterungen beim Künstlersozialversicherungsgesetz, nutzlose Kompetenzrängeleien des Bundes mit den Ländern. Nach nur zwei Jahren war immer offensichtlicher geworden, kulturelle Events zu inszenieren, schöngeistige Reden zu halten, Kunst zu interpretieren, sich mit möglichst viel Glamour zu umgeben, mag kurzfristigen Beifall bringen, mit erfolgreicher Kulturpolitik hat das nichts zu tun. Kulturpolitik ist vor allem dort

erfolgreich, wo sie zu guten Rahmenbedingungen beiträgt, damit Kunst und Kultur sich in schöpferischer Freiheit optimal entwickeln können.

Bernd Neumann ist nun ebenfalls zwei Jahre Staatsminister für Kultur und Medien. Seine Bilanz dieser zwei Jahre kann sich sehen lassen.

Erinnert sei an die hilfreichen Reformen des Künstlersozialversicherungsgesetzes, des Urheberrechtsgesetzes oder des Gemeinnützigkeitsrechts. Zu nennen sind die Ratifizierung der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt und das UNESCO-Übereinkommen zum Kulturgüterschutz. Im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft wurden in der europäischen Politik positive kulturpolitische Akzente gesetzt. Weitere kulturpolitisch wichtige Vorhaben sind in Vorbereitung oder werden konkret gefördert, etwa im Bereich der „Erinnerungskultur“, wo inzwischen ein erstes umfassendes Konzept vorgelegt wurde, oder in der weiter verstärkten Filmförderung. Besonders zu Buche schlägt aber, dass es Bernd Neumann gelungen ist, jetzt zum dritten Mal in Folge den Bundeskulturretat zu steigern. Die Ausgaben des Bun-

des für die Kulturpolitik stiegen von 2005 bis 2008 um insgesamt 6,4%.

Bernd Neumanns Bilanz findet inzwischen verdiente Anerkennung und Zustimmung in Politik und Verbänden. Im Juli 2007 gratulierte der Deutsche Kulturrat, und dessen Geschäftsführer Olaf Zimmermann formulierte nicht ohne Genugtuung: „Was wurde der Deutsche Kulturrat vor der letzten Bundestagswahl gescholten, als er einen Politiker mit starker Einbindung in die Fraktion als Kulturstaatsminister gefordert hat. Jetzt, fast zwei Jahre nach der Berufung von Kulturstaatsminister Neumann, ist die Kritik an dieser Forderung des Deutschen Kulturrats vollständig verstummt. Denn es wird deutlich, dass die politische Vernetzung des Kulturstaatsministers im Berliner Politikapparat unmittelbare Auswirkungen auf den Erfolg bei den Haushaltsberatungen hat. In diesem Sinne gratulieren wir Kulturstaatsminister Neumann, der kein Schöngeist, dafür aber Politikprofi ist, für seinen haushaltspolitischen Erfolg.“ Sogar aus der Links-Partei gab es Beifall. Die Abgeordnete Lukrezia Jochimsen sagte: „Ich kann ihm ein Lob der Linken nicht ersparen.“

Kulturstaatsminister Bernd



Neumann konnte sich von Anfang an des Rückhalts in seiner Partei und in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sicher sein. Im Entwurf zu einem neuen CDU-Grundsatzprogramm bekennt sich die Union ausführlich und in ganz konkreten Aussagen zur Förderung von Kunst und Kultur. Hierzu markiert eine Stellungnahme des Deutschen Kulturrats vom März 2007 eine ein-

deutige Position, wenn sie formuliert: „Das wird hoffentlich für die anderen Parteien ein Ansporn sein, in ihrem Grundsatzzprogramm ebenfalls deutlich zu machen, welche Bedeutung sie der Kultur beimessen. Ob sie Kunst und Kultur als Beiwerk ansehen oder die gesellschaftspolitische Dimension der Kultur sehen.“ Der CDU ist das offenbar gelungen, und sie kann mit gu-

ten Gründen der immer noch weithin verbreiteten Unterstellung entgegentreten, dass Kunst und Kultur eigentlich eher „links“ gut aufgehoben seien.

Anton Pfeifer
Staatsminister a.D.
Stv. Vorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



BERICHTE AUS DER KULTURPOLITIK

Berichtszeitraum November 2006 bis 15. Oktober 2007

Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

1. Anträge

Stärkung des Goethe-Instituts durch neues Konzept

(21. November 2006;

zus. mit der SPD-Fraktion)

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Zur zukünftigen Struktur des Goethe-Instituts:

Das Goethe-Institut wird die Entwicklung einer Bürgergesellschaft und einer europäischen kulturellen Öffentlichkeit unterstützen und sich an der Weiterentwicklung einer transatlantischen Wertegemeinschaft beteiligen. Das Goethe-Institut wird das eigene Profil schärfen, und zwar durch Konzentration auf die im Rahmenvertrag mit dem Auswärtigen Amt festgeschriebenen Kernaufgaben:

- die Kenntnis der deutschen Sprache fördern, - die internationale kulturelle Zusammenarbeit pflegen - und ein umfassendes, historisch und kulturell breit fundiertes, zeitgemäßes Deutschlandbild durch Informationen und Veranstaltungen zum kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben vermitteln. Das Goethe-Institut wird seine Präsenz in den Wachstumsregionen Asiens sowie in der islamisch geprägten Welt des Nahen und Mittleren Ostens stärken und den Ausbau in Ost- und Südosteuropa konsolidieren, um auch in sol-

chen Regionen den kulturellen Dialog zu ermöglichen. Trotz dieses neuen Engagements stellen die Aktivitäten in anderen Regionen der Welt, zu denen es langjährige kulturelle Verbindungen gibt, vor allem zu den westeuropäischen Staaten, aber auch zu Ländern in Afrika oder Lateinamerika, eine zentrale Aufgabe dar. Die Ergebnisse des Reformkonzepts, das neben der Konsolidierung der Finanzen vor allem einer internationalen Neuaufstellung des Goethe-Instituts gilt, sind so schnell wie möglich umzusetzen. Dabei ist auch im internationalen Bereich auf die Vermeidung von Doppelstrukturen zu achten, wie sie sich etwa im Verhältnis der Zentrale zu den Regionalverwaltungen ergeben. Die Goethe-Institute im Inland leisten hervorragende Arbeit bei der Sprachvermittlung und der Verbreitung des Deutschlandbildes bei ausländischen Gästen. Erhalt und Betrieb der Institute im Inland erfolgt ohne Zuschüsse des Bundes durch eigene Einnahmen des Goethe-Institutes. Die erfolgreiche Arbeit dieser Institute und deren finanzielle Grundlage müssen auch in Zukunft gesichert sein.

Ein Einbrechen der Erfolgsgeschichte des Goethe-Institutes bei der Auswärtigen Kulturpolitik durch ein Nachlassen der Sprachnachfrage im Inland sollte bereits strukturell verhindert werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- das Goethe-Institut bei den ausstehenden Maßnahmen zur Neuorganisation zu unterstützen,

- das Goethe-Institut in den kommenden Haushaltsverhandlungen in einer Weise auszustatten, die es erlaubt, die im Reformkonzept beschriebenen Ziele zu erreichen und seine in den letzten Jahren gestiegenen und in Zukunft weiter steigenden Aufgaben im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wahrzunehmen,

- darauf zu achten, dass die Projektmittel auch weiterhin eine zentrale Säule der kulturellen Arbeit der Goethe-Institute vor Ort sind,

- das Goethe-Institut zu unterstützen, standortspezifische Möglichkeiten der Erhöhung von Sprachkurseinnahmen, vertiefte Kontakte mit öffentlichen und privaten Einrichtungen sowie EU-Fördermittel für die weitere Konsolidierung seines Haushalts zu nutzen,

- in Zusammenarbeit des Goethe-Instituts mit dem Auswärtigen Amt und dem Finanzministerium ein modernes Management für die Liegenschaften zu ermöglichen und damit mehr



Flexibilität beispielsweise bei An- und Vermietungen zu ermöglichen,

- nachdem in Einzelfällen bereits positive Erfahrungen mit der Budgetierung gemacht wurden, dieses Prinzip ab dem Jahr 2008 auf das Goethe-Institut weltweit zu übertragen und damit von einer kameralistischen Steuerung des Haushalts auf eine Steuerung über Ziele, Zielvereinbarungen und den Zielen zugeordnete Budgets sowie Evaluierungsmechanismen überzugehen, - in zukünftigen Haushaltsentwürfen darauf zu achten, dass im Sinne des Prinzips der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit die einzelnen das Goethe-Institut betreffenden Haushaltstitel zusammengefasst werden, auch um so mehr Transparenz im Hinblick auf die Budgetierung zu ermöglichen,

- darauf zu achten, dass nicht durch Einzelzuweisungen das Konzept der Budgetierung wieder ausgehöhlt wird,

- neue Präsenzformen zu entwickeln, um Schließungen vermeiden zu können, - durch die Botschaften vor Ort dafür zu sorgen, dass die Kooperationen zwischen den Mittlerorganisationen und sonstigen Institutionen (Deutsche Schulen, Deutsche Welle, deutsche Firmen usw.), die sich in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Ausland vor Ort engagieren, verantwortlich geregelt und verstärkt wird und diese Koordination sich als unbedingte Aufgabe der deutschen Auslandsvertretungen beschreibt,

- hierbei sowohl darauf hinzuwirken, dass die Akteure der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik noch stärker Vorteile aus Synergieeffekten ziehen können (bspw. indem das Goethe-Institut für den Sprachunterricht auch Räumlichkeiten deutscher Auslandsschulen nutzen kann) als auch durch klare Abgrenzung der Aufgaben Doppelarbeit zu vermeiden,

- zu ermöglichen, dass das Goethe-Institut sich mittels neuer Partnerschaften finanziell und operativ besser aufstellen kann – etwa mithilfe von Kooperationspartnern aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, staatlichen und privaten Stiftungen, Verbänden und internationalen Organisationen, sowie einer engeren Zusammenarbeit mit anderen europäischen Kulturinstituten,

- die Anstrengungen des Goethe-Instituts zu unterstützen, das Netzwerk der Partnerschaften in den Gastländern auszubauen, etwa mit Blick auf Deutschlehrerverbände, Aus- und Fortbildungseinrichtungen und Museen,

- die inhaltliche Zusammenarbeit zwischen dem Goethe-Institut und dem Auswärtigen Amt wie im Konzept geplant zu intensivieren und den Deutschen Bundestag zeitnah und fortlaufend über Ergebnisse dieser Arbeit zu informieren, - den personellen Austausch mit dem Auswärtigen Amt – soweit rechtlich möglich – in beiderlei Richtung zu ermöglichen und – aufbauend auf bisherigen Erfahrungen – an Auslandsinstituten bei Standort-

ten, an denen dies nicht anders möglich ist, in enger Abstimmung mit dem Goethe-Institut die zeitlich begrenzte Übernahme von Leitungsaufgaben durch Mitarbeiter der diplomatischen oder konsularischen Auslandsvertretungen vorzusehen,

- darauf hinzuwirken, dass das Angebot von zielgruppenspezifischen Firmensprachkursen für die Mitarbeiter von im Ausland tätigen deutschen und einheimischen Firmen noch ausgebaut wird,

- anzustreben, das Sprachkursangebot durch die Vergabe von Prüfungslizenzen an qualifizierte Partnerorganisationen auszuweiten,

- das erfolgreiche Besucherprogramm des Auswärtigen Amtes, mit dem in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut wichtige kulturelle Persönlichkeiten aus dem Ausland nach Deutschland eingeladen werden, fortzuführen,

- mit diesen Anstrengungen das Goethe-Institut und seine wertvolle internationale Kulturarbeit im Rahmen einer starken Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands zukunftsgerichtet, wettbewerbsfähig und nachhaltig zu gestalten.



Populäre Musik als wichtigen Bestandteil des kulturellen Lebens stärken

(25. April 2007;
zus. mit der SPD-Fraktion)

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Bedeutung von Rock-, Pop- und Jazzmusik für Kultur in Deutschland

Deutschland ist weltweit bekannt und anerkannt für seine lange, traditionsreiche und breit gefächerte Musikgeschichte. Kein Musikwerk wird so häufig rund um den Erdball aufgeführt wie Beethovens Neunte Sinfonie. So kann die deutsche Musiktradition, soweit sie umfassend als „klassische Musik“ bezeichnet wird, seit Jahrhunderten als Exportschlager deutscher Kultur angesehen werden. Gleichzeitig existiert eine sehr vitale und qualitativ hochwertige zeitgenössische populäre Musik. In ihren Bereich fallen dabei nicht nur Rock-, Pop- und Jazzmusik, sondern auch vielfältige verwandte Genres.

Diese aktuellen Musikformen haben ihre Wurzeln in den unterschiedlichsten musikalischen Strömungen und im Vergleich zur klassischen Musik in aktuellen Einflüssen. Nachdem noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts die angloamerikanische Musik einen großen Teil der in Deutschland praktizierten und konsumierten populären Musik ausmachte, änderte sich dies in den letzten Jahrzehnten immer mehr. Insofern ist die Tradition,

auf die sich heutige Rock-, Pop- und Jazzmusik bezieht, zunehmend stärker im Musikleben und in der Musikgeschichte unseres eigenen Landes verankert. Dadurch entstehen vielfältige und wertvolle Repertoires, die schon heute und in wachsendem Maße unser kulturelles Erbe bereichern.

Der Erfolg, den die populäre Musik unabhängig von Alter und Geschlecht, Herkunft und Bildung genießt, unterstreicht ihre Bedeutung für unsere Gesellschaft. Die Qualität dieser populären Musik in Deutschland und der hier aktiven Künstlerinnen und Künstler hält dem internationalen Vergleich dabei ohne Mühe stand und spielt insofern auch für das Ansehen Deutschlands im Ausland eine wichtige Rolle. Für das kulturelle und gesellschaftliche Leben in Deutschland besitzt die populäre Musik nicht nur wegen ihres professionellen und künstlerischen Stellenwertes, sondern auch wegen des förderlichen Einflusses auf verschiedenste gesellschaftliche Bereiche wie Kultur, Bildung, Soziales, Wirtschaft, Medien, Schule, Familie oder Jugend eine wesentliche Bedeutung.

Aus diesen Gründen sieht der Deutsche Bundestag die Anerkennung, Unterstützung und Förderung der populären Musicals eine öffentliche Aufgabe an.

2. Populäre Musik als zentraler Bereich der deutschen Kreativwirtschaft

Deutschland ist eine Gesellschaft, in der Kultur- und Kreativwirtschaft eine bedeutende Rolle spielen. Die damit verbun-

denen Potenziale bilden gerade im Hinblick auf den globalen Wettbewerb die Basis für die Zukunft unseres Landes. Deutschland wird aber nur dann als „Land der Ideen“ Bestand haben, wenn die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Kreativen ihr Potenzial auch voll zur Entfaltung bringen können. Letztendlich sind sie es, die Ideen hervorbringen und auch in die Tat umsetzen. Zwar kann staatliche Förderung nicht der Motor für Kreativität sein, doch kann der Staat unterstützend tätig werden sowie Strukturen etablieren und fördern, die zu kreativem Schaffen anregen. Der Wandel Deutschlands zur Wissens- und Informationsgesellschaft bedeutet auch einen Wandel in der Sichtweise auf kreative Produktion. Kreative Menschen schaffen geistiges Eigentum, das nicht nur einen ideellen Wert besitzt, sondern auch ein Wirtschaftsgut darstellt. Die Rolle der Industrieproduktion, die im 19. Jahrhundert und in weiten Teilen des 20. Jahrhunderts die Wirtschaft und die Arbeitswelt der Menschen bestimmt hat, wird heute zunehmend von kreativen Leistungen übernommen. Auf diese Stärken muss sich Deutschland im globalen Wettbewerb besinnen und konzentrieren.

Neben der Unterstützung kreativen Schaffens ist deshalb von gleichrangiger Bedeutung, dieses Schaffen soweit wie möglich wirtschaftlich nutzbar zu machen, um die Existenz und Entwicklungsfähigkeit kreativer Szenen sowie einer aktiven und wettbewerbsfähigen Kreativwirtschaft zu sichern. Ein posi-



tives Meinungsklima und öffentliches Bewusstsein für den kulturellen und wirtschaftlichen Wert kreativer und künstlerischer Leistungen sind hierfür wichtige Voraussetzungen. Das gilt insbesondere für kulturelle Bereiche, die sich nicht vordergründig einer ökonomischen Logik unterwerfen lassen, wie die populäre Musik. Zeitgenössische deutsche Popmusik hat es international ungleich schwerer als klassische Musik, obwohl sie ihr in Quantität und Qualität in Nichts nachsteht. Gleichzeitig ist die Kreativwirtschaft in Deutschland inzwischen ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. Allein die deutsche Musikwirtschaft im engeren Sinne – d.h. auf den klassischen Stufen der Wertschöpfungskette eines Musikstücks, von der Komposition, der künstlerischen Interpretation über die Tonträgerproduktion bis zu den Konzertveranstaltern – sorgt für einen Jahresumsatz von ca. fünf Milliarden Euro. Gut 150.000 Kreative (Komponisten, Textdichter, Interpreten, Produzenten usw.) tragen zu diesen Umsatzzahlen bei. Legt man einen erweiterten Umsatzbegriff zugrunde, der auch die indirekt von Musik profitierenden Branchen mit einbezieht, erhält man jährliche Umsatzwerte von ca. 14,5 Milliarden Euro. Für die moderne Kultur-, Wissens- und Informationsgesellschaft sind nationale Grenzen nur noch von geringer Bedeutung. Daher gilt es, die vorhandenen Kreativstrukturen so zu unterstützen, dass neue Talente eine Chance bekommen, auch auf internationalen Märkten bestehen zu können.

3. Identität und Integration durch populäre Musik

Das Hören und Spielen von zeitgenössischer Musik prägt individuelle und gesellschaftliche Identitäten. Musik erfüllt so zum einen die wichtige Funktion der künstlerischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und politischen Realitäten und eröffnet zum anderen für Menschen die Möglichkeit, individuelle Identität auszubilden und zum Ausdruck zu bringen. Im Prozess der Globalisierung kann diese Funktion der Musik die eigene Verortung der Menschen unterstützen. Aber ebenso wie populäre ausländische Musik Kenntnis und Verständnis anderer Länder und Kulturen erleichtert und uns bereichert, kann dies umgekehrt auch populäre Musik aus Deutschland, wenn sie ins Ausland exportiert wird.

Darüber hinaus leistet deutsche Popmusik so einen positiven Beitrag für die deutsche Sprache. Musik eignet sich hervorragend dazu, Menschen jeden Alters und unterschiedlicher sozialer oder nationaler Herkunft zusammenzubringen. Das gemeinsame Musizieren fördert Fähigkeiten, die für eine Integration in die Gesellschaft wichtig sind. Es erfordert neben Kreativität auch Kooperation, Konzentration, Ausdauer sowie weitere soziale Kompetenzen. Diese positiven Eigenschaften des Musizierens zu ermöglichen und zu verstärken, sollte ein Hauptziel der staatlichen Unterstützung von populärer Musik sein.

Ein Schlüssel zu diesem Ziel liegt bereits in der frühen musikpädagogischen Erziehung. Dabei spielt Musikunterricht in der

Schule, besonders innerhalb von Ganztagserschulprogrammen, eine ebenso unverzichtbare Rolle wie ergänzende Angebote zur Beschäftigung mit Musik, Gesang oder Instrumenten. Die Möglichkeit zu wertvoller und nachhaltiger musikalischer Betätigung und Übung bieten insbesondere Musikschulen. Sie fördern elementare persönliche Kompetenzen, bereiten den Weg für ein kulturelles Verständnis von Kindern und Jugendlichen und sind darüber hinaus Initiationsort für Nachwuchskünstlerinnen und Nachwuchskünstler. Der Deutsche Bundestag sieht in der Existenz entsprechender musikpädagogischer Angebote als Teil der kulturellen Bildung eine wesentliche Unterstützung für die Persönlichkeitsbildung junger Menschen und eine elementare Voraussetzung für die zukünftige Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Gesellschaft.

4. Musikförderung als öffentliche Aufgabe

Es obliegt vornehmlich den Ländern, im Rahmen ihrer Kulturhoheit, Musik zu fördern. Trotzdem leistet auch der Bund wichtige zusätzliche Unterstützung in diesem Bereich. Bisher förderte er im Wesentlichen die klassische Musik, im Haushalt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien fallen weit mehr als 80 Prozent der Musikförderung ausschließlich diesem klassischen Bereich zu. Gerade weil Rock, Pop und Jazz solch einen bedeutenden Beitrag zum kulturellen Leben in Deutschland leisten, ist bessere



Förderung im Verhältnis zur bestehenden Situation wünschenswert. Diese bedarf aber zum Teil anderer Instrumente, als sie bei der klassischen Musik erfolgreich genutzt werden. Ein Schwerpunkt der bisherigen Popmusikförderung des Bundes lag im Bereich der Exportförderung. Einzelne, beispielsweise vom Goethe-Institut durchgeführte Projekte, bei denen Ensembles im Ausland auftreten, können wegen ihrer geringen Zahl und der nicht immer gegebenen Vernetzung in der kulturellen Szene vor Ort in nur beschränktem Umfang positiv wirken.

Im Jahr 2003 stellte der Bund für einen Zeitraum von drei Jahren Mittel für die Errichtung des deutschen Exportbüros German Sounds zur Verfügung. Neben der öffentlichen Hand beteiligten sich auch private Unternehmen. Die erhofften Wirkungen für die deutsche populäre Musik konnten bislang nur begrenzt erreicht werden und knüpften nicht an den Erfolg anderer Länder an. Im europäischen Vergleich wird dabei deutlich, dass viele Länder wie Frankreich, Ungarn, Dänemark, Norwegen oder England ihre populäre Musik jeweils durch deutlich intensivere Exportbestrebungen fördern. In der Bundesrepublik Deutschland kommt für eine erfolgreiche Arbeit in der Exportförderung des Bundes erschwerend hinzu, dass sie nicht aus einer Hand erfolgt, sondern mehrere Behörden wie das Auswärtige Amt, der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, das Bundesministerium für Familie, Senio-

ren, Frauen und Jugend sowie das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie jeweils Aufgaben unter verschiedenen Gesichtspunkten wahrnehmen. Abgesehen von der Exportförderung ist die vom Bund betriebene Förderung von populärer Musik bisher auf einige Teilförderungen für Einrichtungen oder einige wenige Projekte begrenzt, die im weitesten Sinne der Nachwuchsförderung von Musiktalenten zuzurechnen sind. Diese Projekte sind jedoch wiederum nur zum Teil beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien angesiedelt. Reibungsverluste entstehen dadurch, dass verschiedene Ressorts agieren. Für Künstlerinnen und Künstler ist es wichtig, sich auf Plattformen präsentieren zu können, um bei einem größeren Publikum bekannt zu werden. Dies ist elementare Voraussetzung, um Musik überhaupt wirtschaftlich betreiben zu können. Plattformen bezeichnen dabei nicht allein Auftrittsmöglichkeiten, sondern auch die Präsenz in den Medien – zwei Punkte, die auf jeden Fall verbessert werden müssen.

Das Internet als besonders leicht zugängliches und preiswertes Medium hat sich in den letzten Jahren zu einer der wichtigsten Plattformen für Künstlerinnen und Künstler aller Bereiche entwickelt. Neben der Verfügbarkeit großer und übergreifender Plattformen ist im Internet auch eine eigenständige und selbstbestimmte Präsentation und Vermarktung möglich, die durchaus sinnvoll sein kann. Weitaus höher sind die Zugangsbarrieren jedoch bei den wichti-

gen medialen Plattformen Hörfunk und Fernsehen. Hier spiegelt sich der bestehende Erfolg der in Deutschland produzierten Rock- und Popmusik nicht wider. Der Anteil dieser Produktionen am Verkauf von Singles und Alben ist inzwischen mehr als doppelt so groß wie ihr Anteil an den im Rundfunk gespielten Titeln. Das zeigt, dass Rock, Pop und Jazz aus dem eigenen Land weder im privaten noch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk angemessen vertreten sind. Dadurch wird die Situation für Künstlerinnen und Künstler des Rock, Pop und Jazz entscheidend erschwert, insbesondere weil auch die existenzsichernden Einnahmen, die durch CD-Verkauf und Konzerte erzielt werden, stark von der medialen Präsenz abhängen. Für den Jazzbereich haben solche Bedingungen spezifische Auswirkungen, die besondere Beachtung finden müssen. Wie keine andere Kunstform befähigt die improvisierte Musik Künstlerinnen und Künstler aus aller Welt über alle Sprachbarrieren hinweg miteinander ohne vorherige Absprachen einen künstlerischen Prozess zu gestalten, an dessen Ergebnis ein Publikum unmittelbar teilhaben kann. Aufgrund dieser Wesensmerkmale hängt die Existenz von Jazz und der ihn gestaltenden Künstlerinnen und Künstlern ganz besonders von genau diesem Live-Zusammenhang ab. Deswegen ist eine möglichst große Vielfalt von qualitativ hochwertigen Spielstätten von außerordentlicher Bedeutung für die Entwicklung der improvisierten Musik. Nur in wenigen Orten Deutschlands



existieren solche besonders engagierten Spielstätten, die auf regelmäßiger Basis innovative Konzerte anbieten, was negative wirtschaftliche und damit ebenso künstlerische Auswirkungen auf die Musik hat. Auch die wirtschaftliche Lage der Akteure hängt von einer vitalen Spielstättenkultur ab, deren Existenz momentan mehr als in Frage steht. In der Rock- und Popmusik besteht einfacher die Chance, fehlende Konzerteinnahmen durch den Tonträgerverkauf oder mediale Präsentation auszugleichen. Jazz aber findet im Rundfunk nur am Rande statt, was geringe Verwertungsauszahlungen zur Folge hat. Sein Anteil am Tonträgermarkt beträgt gleichzeitig nur wenige Prozent.

Der Deutsche Bundestag sieht daher besonders in der spezifischen Förderung von Spielstätten eine geeignete Möglichkeit, gerade auch Jazzmusik wirksam zu unterstützen. Als Kulturnation muss es unser Anliegen sein, dass Musikerinnen und Musiker ihre Kreativität nicht einseitig ökonomischen Interessen unterwerfen müssen. Stattdessen muss es unser Ziel sein, einerseits freie Kunstausübung zu ermöglichen und andererseits die wirtschaftliche Kompetenz von Musikerinnen und Musikern durch geeignete Ausbildungsmaßnahmen zu stärken, da neben kreativen auch wirtschaftliche Anforderungen zum Berufsbild gehören. Daher ist eine Vernetzung von Ausbildung, Produktions- und Präsentationsbedingungen erforderlich. Es existieren durchaus schon verschiedene Angebote in dieser

Hinsicht, aber deren Koordination findet zurzeit nicht statt. Nur durch bessere Koordination kann gezielt gefördert werden.

Junge Talente haben häufig mit Problemen zu kämpfen, die außerhalb des rein künstlerischen Schaffensprozesses liegen. Mit solchen Problemen treten sofort Fragen von Organisation und Management auf, auf die sie nur selten vorbereitet sind. Mit ihrem Talent können sie sich aber nur dann dauerhaft behaupten, wenn sie in dieser Hinsicht hinreichend qualifiziert werden. Es finden sich lediglich erste, noch ausbaufähige Ansätze entsprechender Angebote.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die Hürden für Musikerinnen und Musiker im Bereich der populären Musik sehr hoch sind, wenn sie ihre Musik zum Beruf machen wollen. Eine hohe Qualität von künstlerischer Leistung im Rock, Pop oder Jazz allein reicht kaum aus, um dieses auch professionell betreiben zu können. Verschiedene grundlegende Probleme erschweren die Möglichkeit von Musikern leben zu können, einzelne Bedingungen haben sich in den letzten Jahren sogar verschlechtert. Der Deutsche Bundestag anerkennt die Bedeutung der populären Musik und ihrer Förderung.

Als stärkende Maßnahme hat er daher zunächst entschieden, für das Haushaltsjahr 2007 im Etat des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Projektmittel in Höhe von einer Million Euro zur Förderung der populären Musik vorzusehen („Initiative Musik“).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. der Förderung des Bundes im Bereich der populären Musik eine einheitliche Struktur zu geben, sie zu systematisieren und zwischen den Ressorts der Bundesregierung stärker zu koordinieren sowie die Kooperation zwischen den bereits in diesem Feld tätigen Institutionen wie beispielsweise dem Deutschen Musikrat, dem Goethe-Institut, der Deutschen Welle, der Kulturstiftung des Bundes, der Deutschen Zentrale für Tourismus und anderen auszubauen;
2. die bereitgestellten Finanzmittel von einer Million Euro in eine Organisationsstruktur zu integrieren, die offen ist für eine Mitfinanzierung durch private Mittel und in der Folge für die Bereitstellung dieser Mittel zu werben;
3. in dieser Organisationsstruktur Gremien einzusetzen, die unter Einbeziehung verschiedener Bereiche populärer Musik, des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien sowie des Deutschen Bundestages den zielgerichteten Mitteleinsatz gewährleisten;
4. bei der Nachwuchsförderung für populäre Musik in den Bereichen Qualifikation, Präsentation und Produktion sicherzustellen, dass auch die improvisierte Musik, die weder der U- noch der E-Musik klar zuzuordnen ist, bei Förderung und Unterstützung der jeweiligen Bereiche mit einbezogen wird;



5. bei den Rundfunkanstalten anzuregen, neue Formate zu entwickeln, mit denen Rock-, Pop- und Jazzmusik aus Deutschland eine angemessene Plattformen gegeben wird und hierfür Unterstützung anzubieten;

6. den Export deutscher Rock-, Pop- und Jazzmusik durch effektive Koordination der Förderstrukturen, verbesserte Kooperationen auf europäischer Ebene, nachhaltige Beobachtung des internationalen Marktes und effiziente Vertriebsstrukturen zu fördern und einen Schwerpunkt von Exportförderung so zu gestalten, dass die Rahmenbedingungen für die eigenständige Vermarktung der Ensembles verbessert werden;

7. einen Spielstättenpreis für herausragende Spielstätten im Bereich der populären Musik, insbesondere der Jazzmusik, aufzulegen;

8. musikpädagogische Modellprojekte in die Förderung mit einzubeziehen, die der Integration von Jugendlichen in die Gesellschaft dienen;

9. in Kooperation mit den Ländern und Kommunen Rock-, Pop- und Jazzmusik in Deutschland zustärken;

10. nach spätestens zwei Jahren eine Evaluation der Initiative Musik vorzulegen, um so inhaltliche Schwerpunkte anpassen zu können.

Kulturwirtschaft als Motor für Wachstum und Beschäftigung stärken

(25. April 2007; zus. mit der SPD-Fraktion)

I. Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das vielfältige kulturelle Leben in Deutschland wird vom Staat, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft gemeinsam getragen. Die Bedeutung der Kulturwirtschaft für die kulturelle Infrastruktur und für Wachstum und Beschäftigung ist erst in den letzten Jahren verstärkt erkannt worden. Sie hat auch in der kommunalen und regionalen Entwicklung eine wachsende Bedeutung. Die Kulturwirtschaft bereichert das kulturelle Leben und stärkt die Wirtschaft. Ihr Beitrag zu beiden Bereichen kann und muss noch gesteigert werden. Ohne Kultur ist unsere Gesellschaft nicht denkbar. In ihrer Vielfalt sind Tradition, Erinnerung und Zukunft aufgehoben. Sie ist ein Mittel zur Orientierung und Identitätsbildung, sie prägt das System von Werten und Normen, auf das unsere Gesellschaft aufbaut. Die Förderung der Kultur und schönen Künste in Deutschland ist ein entscheidendes Ziel der Kulturpolitik der Bundesregierung.

Der Staat kann die Rahmenbedingungen setzen, in denen Kunst und Kultur gedeihen, und ein Klima schaffen, indem alle Bevölkerungsgruppen dafür aufgeschlossen und interessiert werden. Kulturelle Angebote wer-

den von unterschiedlichsten Akteuren gemacht. Die Nachfragenden – das Publikum – unterscheiden dabei nicht, ob öffentlich finanzierte, zivilgesellschaftliche oder privatwirtschaftlich organisierte Akteure hinter den Angeboten stehen. Der Staat allein kann die kulturelle Vielfalt und das kulturelle Leben nicht garantieren. Kultur ist nicht nur von großer gesellschaftlicher Bedeutung, sie ist auch für die Privatwirtschaft zu einem wertvollen „Wirtschaftsgut“ geworden. Mit Kultur lässt sich Geld verdienen, und mit Geld lässt sich Kultur machen. Beide Seiten, Kultur und Wirtschaft, wissen um diese positive, aber komplizierte Symbiose. Es gibt erhebliche Berührungsängste und Vorbehalte zwischen denen, die Kultur bzw. insbesondere die Künste als autonomes Gut öffentlich finanziert wissen möchten, und jenen, die Kulturgüter auf Märkten handeln. Ungeachtet dieser Vorbehalte hat sich ein eigenständiger, kräftiger Wirtschaftszweig um die Kultur gebildet – die Kulturwirtschaft. Sie ist so vielfältig und bunt wie die Kultur selbst. Sie umfasst alle Branchen der Kulturproduktion und hat ein Netz von Verwertern und Vermittlern hervor gebracht. Ihre Produkte reichen von Kunstwerken, Kommunikationsdesign bis zu Lebensstilangeboten. Das führt insbesondere im politisch-administrativen Raum zu erheblichen Definitions-, Abgrenzungs- und Zuständigkeitsproblemen. Zwar herrscht grundsätzlich Einvernehmen darüber, dass die Kulturwirtschaft von großer Bedeutung ist, aber nicht darüber, was



Kulturwirtschaft in Abgrenzung zu anderen Wirtschaftszweigen und zu den Angeboten der öffentlichen Kulturförderung und des zivilgesellschaftlichen Sektors ist. Eine verbindliche Definition und eindeutige Abgrenzung des Begriffs „Kulturwirtschaft“ gibt es weder auf nationaler, europäischer oder internationaler Ebene.

Der privat organisierte Arbeitskreis Kulturstatistik hat ein Abgrenzungsmodell für die Kulturwirtschaft in Deutschland entwickelt. Ob dieses Modell allgemeine Gültigkeit besitzt und praktikabel ist, ist noch nicht abschließend geklärt. Nach dieser Definition zählen derzeit folgende Branchen zum Kernbereich der Kulturwirtschaft in Deutschland: Verlagsgewerbe, Filmwirtschaft, Rundfunk- und Fernsehwirtschaft, darstellende und bildende Künste, Literatur, Musik, Journalisten- und Nachrichtenbüros, Buch- und Zeitschriftenhandel, Museen und Kunstaussstellungen, Architektur sowie Designwirtschaft. Zu den Vermarktern kultureller Güter gehört auch die Tourismuswirtschaft.

Der Kulturtourismus hat sich in Deutschland zu einem wichtigen Wachstumsmarkt entwickelt, der sich positiv auf den Erhalt von Kulturdenkmälern und die kulturelle Vielfalt auswirkt. Das herausragende Kulturangebot in Deutschland ist ein wichtiger Bestandteil der touristischen Attraktivität unseres Landes. Dazu zählen die einzigartigen Kulturgüter der UNESCO-Welterbestätten, von denen es mittlerweile in Deutschland 32 gibt. Deutschland liegt als Kul-

turenzeiel der Europäer nach Frankreich an zweiter Stelle weltweit. Gleichzeitig brauchen viele Kultureinrichtungen und Kulturangebote wie Museen, Theater, Ausstellungen, Konzerte, Musicals und Festivals auch den Tourismus bzw. sind sogar Teil der touristischen Dienstleistungskette. Deshalb ist eine Kooperation und abgestimmte Strategie zwischen Kultur und Tourismus von großer Bedeutung. Die Kulturwirtschaft (laut Arbeitskreis Kulturstatistik) war viele Jahre einer der dynamischsten Wirtschaftssektoren überhaupt: Die Umsatzzuwächse lagen oft deutlich über den Wachstumsraten der Gesamtwirtschaft. Doch zwischen 2000 und 2003 gingen die kulturwirtschaftlichen Umsätze deutschlandweit um etwa zwölf Prozent von rund 93 Mrd. Euro auf etwa 81,5 Mrd. Euro zurück. Erst im Jahr 2004 war wieder ein leichter Zuwachs von 0,4 Prozent auf rund 81,8 Mrd. Euro zu verzeichnen. Insgesamt trug die Kulturwirtschaft 2004 etwa 36 Milliarden Euro zur Bruttowertschöpfung in Deutschland bei – das entsprach einem Anteil von 1,6 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Auch die Zahl der Beschäftigten in der Kulturwirtschaft stieg nach diesen Angaben über viele Jahre an: Zwischen 1995 und 2000 wurde ein Beschäftigungszuwachs von rund 20 Prozent verzeichnet – die Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft wuchs im gleichen Zeitraum nur um zwei Prozent. Seit dem Jahr 2002 ist allerdings auch die Beschäftigung in der Kulturwirtschaft rückläufig. Insgesamt existieren laut Arbeitskreis Kultur-

statistik im Kultursektor mit 815.000 mehr Arbeitsplätze als im Kreditgewerbe (786.000) und fast ebenso viele wie im Fahrzeugbau (939.000). Von den Gesamtbeschäftigten sind 197.000 Selbständige und Unternehmer sowie 618.000 abhängig Beschäftigte. Erwerbstätigkeit im Kultursektor ist nicht festgelegt auf den öffentlich finanzierten Kulturbetrieb. Künstler beispielsweise arbeiten sowohl in öffentlich finanzierten Zusammenhängen als auch als freiberufliche Marktteilnehmer. Kennzeichnend für die deutsche Kulturwirtschaft ist ihre wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt.

Die Kulturwirtschaft ist ein „offenes System“. Die besondere Stärke vieler Freiberufler und kleinerer Unternehmen ist es, kulturelle Trends aufzunehmen sowie schnell und flexibel auf dem Markt reagieren zu können. Doch gerade sie stehen oftmals auch vor besonderen Schwierigkeiten und Anforderungen. Vor allem der Zugang zu finanziellen Ressourcen ist für Freiberufler sowie kleine Kulturwirtschaftsunternehmen nicht immer einfach: Vielfach sind sie von externen Finanzierungsquellen abgeschnitten, weil ihr meist geringer Finanzbedarf für Banken nicht attraktiv ist oder weil sie kaum Sicherheiten bieten können und ihre Markt- und Unternehmensentwicklungen schwierig einzuschätzen sind. Trotz hohen unternehmerischen Risikos und geringer Sicherheiten ist es daher für kulturwirtschaftlich Tätige und kulturwirtschaftliche Unternehmen wichtig, dass ihnen Finanzierungswege geöffnet



werden. Darüber hinaus sind die Maßnahmen und vielfältigen Beratungsangebote für Existenzgründer und Selbständige nicht immer auf die besonderen Bedürfnisse von Künstlern und Kulturschaffenden zugeschnitten. Die zumeist künstlerischen, kreativen und schöpferischen Menschen richten ihr Verhalten oft nach anderen als wirtschaftlichen Grundsätzen aus. Unternehmerisches Denken und Handeln müssen sie sich häufig erst aneignen oder sich dessen bewusst werden. Existenzgründer und Selbständige in der Kulturwirtschaft benötigen daher professionelle Hilfe und spezielle Förderangebote, die ggf. kulturpolitische mit wirtschaftspolitischen Zielen kombinieren. Kulturpolitik und die Förderung der Kulturwirtschaft sind in erster Linie Handlungsfelder der Länder und Kommunen.

Die wirtschaftspolitische Bedeutung der Kulturwirtschaft nimmt aber auch den Bund in die Verantwortung. Kulturpolitik ist auch Wirtschafts-, Standort-, Image-, Entwicklungs-, Kreativitäts-, Beschäftigungs- und Stadtentwicklungspolitik. Die vom Staat zu gestaltenden Rahmenbedingungen sind rechtlicher, finanzieller und nicht zuletzt ideeller Natur. Der Bund übt erheblichen Einfluss aus durch gesetzliche Bestimmungen wie z.B. das Urheberrechtsgesetz und das Künstlersozialversicherungsgesetz. Mit gezieltem Cluster-Management kann dazu beigetragen werden, die regionale und überregionale Zusammenarbeit zwischen Unternehmen sowie wirtschaftsnahen Partnern

und Institutionen zu unterstützen. So können vorhandene Potentiale gestärkt und die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen erhöht werden. Es muss Einvernehmen und Klarheit über das herrschen, was gefördert und herausgestellt werden soll.

Die nicht einheitliche Quantifizierbarkeit der Bedeutung der Kulturwirtschaft und die Abgrenzung hin zu anderen Wirtschaftszweigen und Politikfeldern machen dies nicht einfacher. Die Bundesländer haben in ihren Kulturwirtschaftsberichten den Versuch unternommen, Kulturwirtschaft empirisch darzustellen und abzubilden. Auf äußerst unterschiedliche Weise: So wird beispielsweise im Kulturwirtschaftsbericht des Landes Berlin die Herstellung von Bekleidung und Schuhen zum „Kunstmarkt Berlin“ im weiteren Sinne gezählt, und auch die Werbebranche und die Softwareentwicklung werden mit einbezogen.

Im Kulturwirtschaftsbericht von Nordrhein-Westfalen sind dagegen weder Schuhfabriken noch Werbeagenturen enthalten. Grundsätzlich haben die Kulturberichte gemeinsam, dass sie wenig gemeinsam haben. Eine Vergleichbarkeit ist auch auf internationaler Ebene nur schwer möglich, denn die Begrifflichkeiten und Abgrenzungen sind auch dort sehr unterschiedlich. So spricht man im angloamerikanischen Raum von den „Creative Industries“, zu denen im Gegensatz zum französischen Konzept der „Industrielles culturelles“ auch die Software- und Spiele-Industrien zählen. In

Österreich hat man das Modell der „Kreativwirtschaft“ gewählt, zu dem auch der öffentliche Kulturbetrieb und der intermediäre Bereich gezählt werden. In Deutschland gab es bereits Initiativen zur Erstellung eines bundeseinheitlichen Kulturwirtschaftsberichtes. Eine Einigung mit den Bundesländern steht aber noch aus.

Angesichts der Fülle und Komplexität der damit zusammenhängenden Fragen, Erwartungen und unterschiedlichen Zielsetzungen ist es nicht verwunderlich, dass es bislang noch keine kohärente politische Strategie zur Unterstützung der Kulturwirtschaft gibt. Für eine gezielte Förderung der Kulturwirtschaft ist es indessen notwendig, eine Abstimmung und Einigung darüber herbeizuführen, wie Kulturwirtschaft definiert wird. So kann sie besser als eigenständiger Wirtschaftszweig integriert und anerkannt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Die Kulturwirtschaft als eigenständigen Wirtschafts-, Standort- und Tourismusfaktor anzuerkennen, deutlicher hervorzuheben und in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Dabei sollte auf die Wichtigkeit von Netzwerken und Kooperationsprojekten von Kulturwirtschaftsunternehmen untereinander sowie mit Unternehmen aus anderen Branchen (z.B. Tourismus) hingewiesen werden.



2. Politik für den Bereich Kulturwirtschaft als integralen Bestandteil sowohl der Kulturpolitik als auch der Wirtschaftspolitik zu gestalten.

3. In ihrer Politik für den Bereich Kulturwirtschaft dem Doppelcharakter kultureller Leistungen als Kulturgut und als Wirtschaftsgut Rechnung zu tragen.

4. Über die Kulturwirtschaft als Faktor für mehr Wirtschaftswachstum, Innovation und Arbeitsplätze zu informieren und zu sensibilisieren. Dazu zählt, regelmäßig einen bundeseinheitlichen Kulturwirtschaftsbericht in Abstimmung mit den Ländern zu erarbeiten. In diesem Bericht sollten die kulturwirtschaftlichen Initiativen auf Bundes- und Landesebene, die wirtschaftlichen Ergebnisse und Potentiale der Kulturwirtschaft in Ländern, Städten und Regionen benannt werden. Darüber hinaus sollte auch die Zusammenarbeit von Kunst und Kulturschaffenden sowie Verwertern mit politischen Entscheidungsträgern und Behörden auf Bundesebene weiter intensiviert werden.

5. Bei den sich im parlamentarischen Verfahren befindenden und bei künftigen Gesetzgebungsverfahren sollte auf günstige Rahmenbedingungen in folgenden Rechtsbereichen hingewirkt werden:
- Urheberrecht- Sozialgesetzgebung- Medienordnung- Steuerrecht- Wettbewerbsrecht

6. Bestehende Existenzgründerprogramme und Beratungsangebote sowie die Mittelstands-

politik stärker auf die speziellen kulturwirtschaftlichen Anforderungen auszurichten sowie Finanzierungsmöglichkeiten für kulturwirtschaftliche Unternehmen zu sichern, die diesen trotz hohem unternehmerischen Risiko und geringer Sicherheiten offen stehen.

In diesem Zusammenhang sind die Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu prüfen, um sie auf Existenzgründer und Unternehmen der Kulturwirtschaft auszurichten. Darüber hinaus ist die Schaffung von kulturwirtschaftlichen Kompetenzagenturen, die unterstützend und beratend tätig werden, zu prüfen. Auch sollte geprüft werden, ob innovative Produkte, Verfahren und Leistungen im Kulturbereich gefördert werden können.

7. Auf eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation der Kunst- und Kulturschaffenden hinzuwirken. In diesem Zusammenhang ist die Dritte Novelle des Künstlersozialversicherungsgesetzes zu begrüßen, die die Künstlersozialkasse auf eine sichere finanzielle Basis stellt und stärkt und damit als integralen Bestandteil des Sozialversicherungssystems festigt.

8. Der Aufgabe der Alterssicherung von Selbständigen in der Kulturwirtschaft weiterhin besondere Beachtung zu schenken.

9. Wie im aktuellen Gesetzentwurf vorgesehen, die steuerlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu verbessern.

10. Die in den letzten Jahren von der Bundesregierung begonnenen Initiativen zur Stärkung der Filmwirtschaft zu evaluieren und zu optimieren.

11. Bei der Kulturwirtschaftsförderung der veränderten Beschäftigungsstruktur und den sich verändernden Tätigkeitsfeldern und Berufsbildern Rechnung zu tragen.

12. In ihrer Kulturförderpolitik die Wechselwirkung zwischen dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Kultursektor stärker zu berücksichtigen.

2. Reden

Verflechtung von Kultur und Wirtschaft bietet sehr große Chancen und Potenziale

(Rita Pawelski, MdB;

26. April 2007; Auszug)

„Was bedeutet schon Geld?“, fragte einmal der amerikanische Musiker Bob Dylan und fügte hinzu: „Ein Mensch ist schließlich erfolgreich, wenn er zwischen Aufstehen und Schlafengehen das tut, was ihm gefällt.“ Mit Kunst und Kultur Geld verdienen? Das entspricht oft nicht dem Selbstbild und den Vorstellungen von künstlerischen, kreativen und schöpferischen Menschen. Doch Realität ist: Rund um die Kultur hat sich ein eigenständiger Wirtschaftszweig entwickelt, die Kulturwirtschaft. Diese Verflechtung von Kultur und Wirtschaft ist zwar nicht immer einfach, sie bietet aber sehr große Chancen und Poten-



ziale. Nach Jahren des Dornröschenschlafs rückte die Kulturwirtschaft endlich ins öffentliche Bewusstsein. Große Verdienste daran hat der Kulturstaatsminister Bernd Neumann. Er hat das Thema Kulturwirtschaft ganz oben auf seine Agenda gesetzt und mit dem neuen Filmfördermodell und der „Initiative Musik“ zwei wichtige Maßnahmen zu ihrer Stärkung ergriffen. Außerdem hat er es geschafft, die Förderung der Kulturwirtschaft zu einem zentralen Thema der Europäischen Union zu machen. Ich möchte an dieser Stelle auch der Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, Gitta Conemann, danken, die einige Vorarbeit hier geleistet hat ... Wie wichtig die Kulturwirtschaft für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland ist, wurde mittlerweile von allen Rednerinnen und Rednern mehrfach betont. Ich freue mich, dass wir uns in diesem Punkt alle einig sind. ...

Aber man muss sich schon fragen, was sich hinter dem Begriff „Kulturwirtschaft“ verbirgt. Die Suche nach einer verbindlichen Definition und einer eindeutigen Abgrenzung endet oftmals in kreativer Vielfalt: Auf nationaler wie auf internationaler Ebene gibt es die unterschiedlichsten Bestimmungen und damit die unterschiedlichsten Daten. Was fehlt, sind einheitliche Statistiken, Daten und Informationen zur Kulturwirtschaft. Die Zeit ist reif für einen bundeseinheitlichen Kulturwirtschaftsbericht. Nur damit können wir die noch ungenutzten Potenziale der Kulturwirtschaft besser erkennen und ausschöpfen. Die Kultur-

wirtschaft lebt von der Kreativität und von den Ideen des Einzelnen. Will der Einzelne jedoch von seiner künstlerischen und kreativen Arbeit leben, muss er fast unweigerlich zum Freiberufler oder Selbstständigen werden; denn die Unternehmen vergeben ihre kreativen Tätigkeiten immer öfter an Freiberufler. Die Autofirma beschäftigt keinen Designer mehr, der Buchverlag setzt auf freie Lektoren, das Museum beauftragt freiberufliche Kunsthistoriker. Das ist der Trend. Wir müssen den kreativen Menschen den Schritt in die Selbstständigkeit erleichtern. Der Bund muss in Absprache mit den Ländern die Rahmenbedingungen dafür gestalten. Wir wollen, dass die bestehenden Förderinstrumente beispielsweise der KfW und der Europäischen Union überprüft und stärker an den kulturwirtschaftlichen Anforderungen ausgerichtet werden. Dabei sind Finanzierungsmöglichkeiten zu sichern, die den Kulturschaffenden trotz des hohen Risikos der Selbstständigkeit und geringerer Sicherheiten offenstehen. Wir alle wissen, dass Basel II gerade für junge selbstständige Kreative eine unglaubliche Hürde darstellt. Wir müssen ihnen den Weg erleichtern. Es sollen kulturwirtschaftliche Kompetenzagenturen geschaffen werden, die kleine Unternehmen gerade in der Gründungsphase unterstützen und beraten. Wir müssen dazu beitragen, dass Kulturwirtschaftsunternehmen untereinander, aber auch mit Unternehmen aus anderen Branchen verstärkt Netzwerke knüpfen und Kooperationen auf die Beine stellen. Ich denke dabei zum

Beispiel an den Tourismus. Schon jetzt besuchen viele Menschen aus aller Welt unsere Städte, unsere einzigartigen Kulturgüter und unsere kulturellen Einrichtungen und tragen damit zum Wachstum unserer Wirtschaft bei. Wir wollen bei anstehenden Gesetzesberatungen die soziale und wirtschaftliche Situation der Kunst- und Kulturschaffenden stärker beachten ... Bei allen Aktivitäten zur Stärkung der Kulturwirtschaft darf eines nicht außer Acht gelassen werden: die Wechselbeziehung zwischen öffentlichem und privatwirtschaftlichem Kultursektor. Wir wissen, dass Musicals nicht gefördert werden, dass Opern aber gefördert werden. Hier gibt es Gegensätze, die wir überwinden müssen. Beide Sektoren sind so eng miteinander verknüpft, dass der eine ohne den anderen nicht funktionieren kann, auch wenn sich beide argwöhnisch beäugen. Lassen Sie uns darum gemeinsam alle Kräfte bündeln! Ich habe an den Reden gemerkt, dass hier wirklich große Einigkeit besteht. Vielleicht gelingt es uns, einen interfraktionellen Antrag zu dieser wichtigen Frage zu formulieren, ... mit dem wir dieses Thema in die Köpfe aller Menschen bringen.

Die Kreativwirtschaft ist Motor für Wachstum und Beschäftigung

(Wolfgang Bönnsen [Bönstrup], MdB, kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; 26. April 2007; Auszug)

... Wir haben ein Thema, mit



dem sich die meisten der Kollegen identifizieren. Noch nie hat die Kulturwirtschaft – genauer gesagt: die Kreativwirtschaft – so viel Aufmerksamkeit erfahren wie hier und heute bei uns. Sie steht derzeit für 215.000 Arbeitsplätze. Vor 20 Jahren waren es noch 570.000. Dazu gehören Designer ebenso wie Mode- und Medienmacher, Musiker, Filmschaffende, Künstler und Komponisten. Die Umsätze liegen insgesamt bei über 80 Milliarden Euro. Unbändige Dynamik, schöpferische Vielfalt und Biss zeichnen die Branche der Kreativen aus. Sie sind der Pfeffer in einer Arbeitsgesellschaft. Besonders Selbstständige sind Träger dieser Bewegung. Jeder dritte Beschäftigte ist sein eigener Arbeitgeber. Die Kreativwirtschaft ist Motor für Wachstum und Beschäftigung. Ihr eigentlicher Wert liegt jedoch in ihrer Innovationsfähigkeit. Sie schafft Neues und bringt die Entwicklung voran. Wer die Kulturwirtschaft fördert, stärkt die Kreativen. Das ist im weltweiten Wettbewerb von entscheidender Bedeutung. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für die kreativen Köpfe unseres Landes. Wir wollen ein gezieltes Regierungshandeln durch einen nationalen Kulturwirtschaftsbericht. Ich danke meiner Kollegin Rita Pawelski ganz besonders, die sich zusammen mit ihren sozialdemokratischen Kollegen die Mühe gemacht hat, einen großartigen und wegweisenden Antrag zu formulieren. Ich danke aber auch dem Herrn Staatsminister und der Parlamentarischen Staatssekretärin Dagmar Wöhrl dafür, dass die

Regierung diese Initiative sofort aufgenommen hat und handelt. Die Kreativwirtschaft hat das verdient. Wer noch nicht genannt wurde, kommt jetzt, nämlich Steffen Kampeter. Steffen Kampeter und Günter Krings haben sich zusammen mit Monika Griefahn und vielen anderen für einen zweiten Antrag engagiert, der sich um die Popmusik dreht. Es ist wichtig, diesen Musikbereich in Augenschein zu nehmen, der lange Zeit im Schatten anderer Kulturbereiche geschlummert hat. Deutschland ist ein Musikland. Über 8 Millionen Menschen betreiben aktiv Musik. In keinem Land der Welt gibt es so viele großartige Orchester. Komponisten aus Deutschland haben Weltrang. 3 Millionen Kinder werden musikalisch gefördert. Wir sind nicht nur stark in der Klassik. Unser Land gehört zu den wichtigsten Musikmärkten in der Welt. Die Popkomm in Berlin ist europaweit die größte Fachmesse für Musik. Wir haben uns zu einem Zentrum internationaler Popmusik gemausert und sind weltweit das bedeutendste Versuchslabor für E-Musik. Die elektronische Musik ist bei uns fest verankert. Techno wurde hier in Berlin geboren. Der Umsatz der Popmusik beträgt fast 6 Milliarden Euro bei 150 Aktiven. Doch ihr eigentlicher Wert liegt in ihrer kreativen, sozialen und integrativen Wirkung. Popmusik aus Deutschland ist weltweit auf der Erfolgsspur. Nur die Radiosender bei uns zieren sich, deutsche Texte zu senden; das ist falsch verstandene Internationalität. Nicht nur die Klassik, auch die Popmusik kann den Menschen

stärken. Nur die Art ist anders: Was locker ist, ist noch lange nicht minderwertig. Als Schlagzeuger einer Jazzband weiß ich, wovon ich rede. Die Nutzung von Tonträgern in unserem Land hat sich in den letzten zehn Jahren pro Bürger und Tag auf 45 Minuten verdreifacht. Doch die Umsätze der Musikwirtschaft sind um 35 Prozent zurückgegangen, weil das Urheberrecht zu viele Lücken lässt. Das darf nicht so bleiben. Immer mehr hören und immer weniger bezahlen, das ist zum Schaden der Kreativen. Mit seiner Musikinitiative, die auf Steffen Kampeter zurückgeht, will Staatsminister Bernd Neumann das ändern. Die Union wird diese Offensive kraftvoll begleiten ...

Künstlersozialversicherung zukunftsfest machen

*(Gitta Connemann, MdB;
1. März 2007; Auszug)*

Im November 2004 kursierte das Gerücht, dass die Künstlersozialversicherung abgeschafft werden soll. Es mobilisierte damals viele Hundert Künstler und Journalisten zu einer Mail- und Briefaktion; einige von uns werden sich sicherlich noch daran erinnern. Hintergrund war eine Anhörung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. Diese war fälschlicherweise in den Verdacht geraten, die Errungenschaft der Künstlersozialversicherung infrage stellen zu wollen. Tatsächlich verfolgte die Enquete-Kommission mit ihrer Anhörung aber das Ziel, die Künstlersozialversicherung zukunftsfest zu machen.



Fraktionsübergreifend gilt die Erkenntnis ... Die Künstlersozialversicherung und die ausführende Künstlersozialkasse sind unverzichtbar. Ich habe Ihnen den damaligen Aufruhr ins Gedächtnis gerufen, weil er zweierlei zeigt: zum einen, dass wir es mit einem Thema zu tun haben, das in der Öffentlichkeit außerordentlich sensibel wahrgenommen wird, zum anderen und vor allem, dass wir heute über eine Einrichtung sprechen, die für viele Künstlerinnen und Künstler in diesem Land von existenzieller Bedeutung ist.

Zwar fehlt es Deutschland, dem Land der Dichter und Denker, dem Land der Komponisten und Künstler, nach wie vor an einem grundgesetzlichen Bekenntnis zur Kultur; das bedauere ich persönlich sehr. Aber die deutsche Politik hat im Vergleich zu anderen Staaten schon sehr frühzeitig das berechtigte Bedürfnis der Künstlerinnen und Künstler erkannt, ein Stück sozial abgesichert zu werden. Das damals verabschiedete Künstlersozialversicherungsgesetz ist bis heute europaweit einmalig. Seitdem können sich selbstständige Künstler und Publizisten im Rahmen der gesetzlichen Sozialversicherung kranken-, pflege- und rentenversichern. Vor der Einführung des Gesetzes hatten sie keinerlei soziale Absicherung. Für sie wurde ein eigenes Versicherungssystem geschaffen, und das aus gutem Grund, so das Bundesverfassungsgericht: Die Künstler bringen höchstpersönliche Leistungen ... Daraus erwächst eine besondere Verantwortung ... für die soziale Sicherung selbständiger

Künstler und Publizisten, ähnlich der der Arbeitgeber für die Arbeitnehmer. CDU, CSU und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag deshalb ausdrücklich zur Künstlersozialversicherung als einem wichtigen Instrument der Kulturförderung und der sozialen Sicherung der Künstlerinnen und Künstler bekannt.

Es wurde aber auch Handlungsbedarf gesehen. Zum einen muss die Finanzierung auf ein stabileres Fundament gestellt werden. Sie erfolgt zu 50 Prozent durch die Versicherten, zu 30 Prozent durch die Verwerter und zu 20 Prozent durch einen Bundeszuschuss; damit nimmt der Bund seine kultur- und sozialpolitische Verantwortung für Künstler und Publizisten wahr. Der Finanzbedarf der Künstlersozialversicherung hat sich in den letzten Jahren massiv erhöht. Die Ursachen sind vielfältig. Das Durchschnittseinkommen von Künstlerinnen und Künstlern liegt bei nur 11.000 Euro – ich betone: pro Jahr. Die Anzahl der Versicherten nimmt seit Jahren zu. Der Anteil der selbstständigen versicherten Künstlerinnen und Künstler steigt, und zwar aus vielen Gründen ... Es fehlen Arbeitsplätze im Bereich der abhängigen Beschäftigung. Dennoch sind die Kultur- und Medienberufe außerordentlich attraktiv. Die Selbstständigkeit birgt für Unternehmen und Tätige leider auch die Möglichkeit, Beiträge an die Sozialversicherung zu sparen. Schließlich drängen auch Tätige in die Künstlersozialversicherung, die die Voraussetzung dafür eigentlich nicht erfüllen – das ist bereits ange-

sprochen worden –, seien es Tätowierer oder andere Berufsgruppen wie Schlammcatcher. Der dadurch erhöhte Finanzbedarf hat seinerseits Folgen: Der Bundeszuschuss musste erhöht werden und auch die Künstlersozialabgabe. Dies wirkt sich auf die Wettbewerbsfähigkeit in der Kultur- und Medienwirtschaft aus. Dieser Wettbewerb wird dadurch verschärft, dass eine Anzahl von eigentlich abgabepflichtigen Unternehmen ihre Pflicht nicht erfüllt. Damit erhöht sich die Last für die anderen, gesetzestreu Verwerter. Diese fordern mit den anderen Mitgliedern des runden Tisches „Stärkung der Künstlersozialversicherung“ seit längerem mehr Beitragsgerechtigkeit im Versicherten- und Verwerterbereich. Es wurden gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem BKM Strategien erarbeitet, die uns jetzt als Gesetzentwurf vorliegen. So soll die Prüfung der Verwerter auf die Prüfdienste der Deutschen Rentenversicherung übertragen werden. Dort besteht ein Apparat, mit dem mittelfristig alle abgabepflichtigen Verwerter erreicht werden könnten. Das ist gut so. Denn die Künstlersozialabgabe ist keine freiwillige Leistung der Unternehmen, sondern gesetzlich vorgeschrieben. Wer sich dieser Pflicht entzieht, handelt gesetzwidrig und verschafft sich damit einen rechtswidrigen Vorteil. Dem wollen wir einen Riegel vorschieben. Durch die unterstützende Prüftätigkeit der Deutschen Rentenversicherung wird die Künstlersozialkasse in Wilhelmshaven mehr Raum für ihre



originären Aufgaben erhalten; deshalb braucht sie keine Aufstockung ... Die Prüfbefugnisse werden zukünftig gestärkt: So soll dauerhaft die jährliche Befragung einer wechselnden Stichprobe von mindestens 5 Prozent der Versicherten durchgeführt werden, bei der die tatsächlichen Einkommen der letzten drei Jahre erhoben werden sollen. Damit werden die Mitglieder der KSK übrigens nicht kriminalisiert, wie zurzeit auf mancher Internetseite zu lesen ist. Vielmehr wird auf diese Weise sichergestellt, dass nur der Kreis der tatsächlich Berechtigten Mitglied in der Künstlersozialkasse ist. Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist nun einmal die erwerbsmäßige und dauerhafte Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit als Künstler oder Publizist. Es gibt Begehrlichkeiten; das Tätowiererurteil des BSG vom gestrigen Tage, aber auch das Trauerrednerurteil zeigen das. Ob sich daraus weitergehender Handlungsbedarf ergeben wird, wird auch Gegenstand des Abschlussberichts der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ sein ... Angesichts der überaus problematischen sozialen Lage vieler Künstlerinnen und Künstler in Deutschland dürfen wir politisch Verantwortlichen uns nicht in das romantisch verklärte Bild vom zwar armen, aber schönen Künstlerleben flüchten. Arm ist nicht sexy! Verantwortungsvolle Politik heißt für mich und die CDU/CSU-Fraktion, die Rahmenbedingungen der sozialen Absicherung der Künstler zu stärken und fortzuführen, damit sie nicht wie bei Caspar David Friedrich am

Kreidefelsen ins Leere blicken bzw. ins Leere fallen, wenn sie das Rentenalter erreichen. Denn was wären Kunst und Kultur in Deutschland ohne die Künstlerinnen und Künstler in unserem Land?

3. Presseerklärungen

Zu den Gesprächen der Bundesjustizministerin Brigitte Zypries zum Urheberrecht mit den betroffenen Verbänden der Gerätehersteller und den Verwertungsgesellschaften erklären die Koordinatoren des Gesprächskreises Geistiges Eigentum der CDU/CSU-Bundestagsfraktion *Dr. Günter Krings MdB und Steffen Kampeter MdB*; (22. März 2007):

Mit Interesse verfolgen wir als Parlamentarier die zeitungsöffentliche Vorbereitung eines Informationsgesprächs ... im Bundesjustizministerium zu einem laufenden Gesetzgebungsverfahren. Für alle Beteiligten stellen wir fest: Die Exekutive hat kein Verhandlungsmandat für das Parlament. Die selbständige verfassungsrechtliche Rolle der Justizministerin ist mit der Einbringung des Urheberrechts in den Bundestag erschöpft. Der Bundestag hat sich in drei ausführlichen Anhörungen mit dem Gesetzentwurf befasst. Diese werden derzeit parlamentarisch ausgewertet. Das Justizministerium würde dieses Gesetzgebungsverfahren beschleunigen, wenn es die Arbeit des Bundestages in Form von Formulierungsvorschlägen unterstützt. Eigenständige Gesetzgebungs-

arbeit am Bundestag vorbei führt zum jetzigen Zeitpunkt allenfalls zur Verwirrung der von diesem Gesetz betroffenen Autoren, Unternehmen und Verbände.

Bundeswirtschaftsminister Glos richtet Arbeitsgruppe zur Kreativwirtschaft ein Steffen Kampeter begrüßt Glos-Initiative (13. März 2007)

Der Bundeswirtschaftsminister Michael Glos hat in seinem Ministerium eine Experten-Arbeitsgruppe zum Thema Kulturwirtschaft einberufen. Sie soll die Handlungsmöglichkeiten für eine Unterstützung und Begleitung des kulturwirtschaftlichen Bereiches durch das Wirtschaftsministerium ausloten. Die Einrichtung der Arbeitsgruppe geht auf Gespräche zwischen Minister Glos, seinem Staatssekretär Otremba und dem CDU-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Dialogforums Musikwirtschaft der CDU Deutschlands, *Steffen Kampeter*, zurück. Der hatte das Wirtschaftsministerium gebeten, sich diesem Bereich verstärkt zu widmen. Kampeter: „Ich begrüße, dass Michael Glos – gemeinsam mit Kulturstatsminister Bernd Neumann – sich den Anliegen der Kreativwirtschaft, wie z.B. der Musik- und Veranstaltungswirtschaft, öffnet. Das ist nicht nur eine Würdigung der wirtschaftlichen Bedeutung kreativer Dienstleistungen, sondern auch eine Anerkennung für das enorme intellektuelle Potenzial in Kreativbereichen wie Kultur, Mode oder Werbung.“ Damit werde ein



weiterer zentraler Ansprechpartner in der Bundesregierung für kulturwirtschaftliche Themen geschaffen. In der Arbeitsgruppe Kulturwirtschaft werden allgemeine Aspekte u. a. der Dienstleistungswirtschaft, der Konsumgüterindustrie, der freien Berufe und der Außenwirtschaftsförderung sowie spezielle Bereiche, wie die Rundfunk- und Medienwirtschaft und das Geistige Eigentum, miteinander verzahnt. Die Arbeitsgruppe tagt vorerst befristet bis zum 31. Mai 2007. Anschließend werden die Ergebnisse intern ausgewertet und Vorschläge für das weitere Vorgehen entwickelt. „Mit der Arbeitsgruppe Kulturwirtschaft setzt Wirtschaftsminister Glos ein Zeichen, dass das Wirtschaftsministerium nicht ausschließlich für Kohle und Energie zuständig ist“, so Kampeter. Der CDU-Abgeordnete spüre vielmehr eine große Offenheit für wirtschaftspolitische Anliegen von Branchen, die nicht der klassischen Industrie zuzurechnen sind.

Deutscher Filmförderfonds auf Erfolgskurs. Die deutsche Filmwirtschaft boomt

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup], MdB; 3. August 2007)

Der erst Anfang 2007 von der Bundesregierung eingerichtete Deutsche Filmförderfonds hat bereits bis heute von den für dieses Jahr zu vergebenden Mitteln in Höhe von 60 Millionen Euro für bewilligte Projekte bereits 30 Millionen Euro ausgegeben, weitere 25 Millionen Euro werden für die vorliegenden Anträ-

ge veranschlagt. Die Fördermittel für dieses Jahr sind damit jetzt schon weitgehend ausgeschöpft! Schneller als erwartet hat sich damit das Filmförderprojekt von Kulturstaatsminister Bernd Neumann MdB als rasantes Zugpferd für den Filmstandort Deutschland erwiesen. 47 internationale und nationale Filmproduktionen sind in diesem Jahr gefördert worden, so auch „Speed Racer“ oder „Valkyrie“. Für weitere 34 Produktionen, wie die „Buddenbrooks“ werden die Bewilligungen geprüft. Zusammen genommen werden in diesem Jahr in Deutschland rund 375 Millionen Euro an Filmproduktionskosten ausgegeben.

Für internationale Großproduktionen ist Deutschland ein hoch attraktiver und interessanter Produktionsstandort geworden. Dies ist ein wirklicher Erfolg für den Kulturstaatsminister, aber auch für Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, der der Einrichtung des deutschen Filmförderfonds im Bundeshaushalt bis 2009 – jährlich 60 Millionen Euro – zugestimmt und somit die Filmförderung auf neue Füße gestellt hat. Bei aller Freude über den großen Erfolg des Filmförderfonds gibt es aber zu den Förderbedingungen noch Klärungsbedarf. Ist es angemessen, wenn an der Mittelvergabe auch Vertreter von Produktionsstätten beteiligt sind – ob direkt oder auch nur mittelbar? Wird bei der Mittelvergabe eine Förderung des Films gewollt oder auch des Fernsehens, das aus Kinofilmen TV-Mehrteiler produziert und damit in den Genuss der indirekten Förderung kommt? Wir sehen den Sinn des Deutschen

Filmförderfonds vorrangig darin, „große“ Filme zu finanzieren. Hier sind Grundsatzentscheidungen zu treffen! Deutschland hat sich zu einem weltweit angesehenen Filmstandort entwickelt, der im internationalen Wettbewerb einen vorderen Rang einnimmt. Dazu haben herausragende deutsche oskarprämierte Produktionen wie „Das Leben der Anderen“ ebenso beigetragen wie der Deutsche Filmförderfonds, dessen Wirkung bereits nach einem halben Jahr durchschlagend ist. Die Politik hat nun die Aufgabe, aus der anstehenden Evaluierung des Förderfonds und den bereits gemachten Erfahrungen Lehren zu ziehen, damit die Erfolge der deutschen Filmwirtschaft sich fortsetzen.

Der 13. August bleibt unvergessen: 46. Jahrestag des Mauerbaus

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] MdB)

Es ist historisch angemessen und sachlich vertretbar, dass zum 46. Jahrestag des Mauerbaus der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, in seinem Gedenkstättenkonzept der Mauer eine zentrale Rolle zuweist. Der 13. August ist ein Gedenktag für die Opfer von Mauer und Stacheldraht im SED-Unrechtsregime. Die Berliner Mauer ist ein Symbol der Unfreiheit, der widernatürlichen Trennung eines Volkes, ein Inbegriff einer Diktatur. Für den Schutz von Demokratie und Freiheit ist es unerlässlich, die



Erinnerung an diese Mauer wachzuhalten. Zur Erinnerung an die Mauer gehört die Dokumentation ihres genauen Verlaufs und der Beschaffenheit der Grenzanlagen. Viele, vor allem Jüngere, wissen heute nicht mehr, wo die Mauer genau verlief. Und das Bedürfnis der Touristen, die Mauer authentisch zu erleben, wird derzeit in Berlin noch nicht angemessen befriedigt. Deshalb ist es zu begrüßen, dass der BKM, der Berliner Senat und der Verein Berliner Mauer jetzt einen Wettbewerb zur Planung der Erweiterung der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße ausgelobt haben. Die Bernauer Straße ist besonders dazu geeignet, Mauer und Todesstreifen zu dokumentieren und zu vermitteln. Bedauerlich ist dagegen, dass das Bezirksamt Mitte es abgelehnt hat, den Platz vor dem Bundesfinanzministerium in „Platz des 17. Juni 1953“ umzubenennen. Der Berliner Senat sollte sich dafür einsetzen, dass nicht die Erinnerung an den 17. Juni 1953 durch bürokratische Einwände geschmälert wird.

Aus dem Bereich des BKM

Kulturhaushalt 2007 und 2008 erneut gestiegen

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat auf seiner Sitzung am 9. November 2006 den Kulturhaushalt 2007 beschlossen. Der Etat des Kulturstaatsministers beträgt 1,105 Mrd. Euro und konnte damit gegenüber 2006 um 3,5 Prozent gestei-

gert werden. 2008 erhöht sich der Kulturhaushalt 2008 auf rund 1,1 Milliarden Euro. Er wird damit in der Amtszeit von Kulturstaatsminister Bernd Neumann zum dritten Mal in Folge angehoben, diesmal um 1,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr; damit wurden die Ausgaben des Bundes von 2005 bis 2008 um insgesamt 6,4 Prozent gesteigert.

Für einen ersten Schritt zur Realisierung des im Koalitionsvertrag vereinbarten „Sichtbaren Zeichen“ wurden 750.000 Euro veranschlagt. Mit dem „Sichtbaren Zeichen“ sollen Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung gesellschaftlich wie historisch aufgearbeitet und die Verständigung und Versöhnung der Völker in einem vereinten Europa unterstützt werden. Um dem erfreulichen Anstieg der Besucherzahlen Rechnung zu tragen, erhält die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas zusätzlich 355.000 Euro.

Für die Sanierung der Berliner Staatsoper Unter den Linden wurden 50 Mio. Euro unter der Voraussetzung bereitgestellt, dass sich das Land Berlin in gleicher Höhe und der Freundeskreis der Oper mit 30 Mio. Euro an der Sanierung beteiligen.

Darüber hinaus sind zusätzlich 73 Mio. Euro für die vorzeitige Errichtung eines neuen, zentralen Eingangsgebäudes auf der Museumsinsel beschlossen worden (s. auch FAZ vom 10. November 2006).

Kontinuierlich und so auch im Jahr 2007 wird die Deutsche Welle mit 269 Mio. Euro und die Deutsche Nationalbibliothek mit 42 Mio. Euro gefördert. Die Stif-

tung Preußischer Kulturbesitz erhält 212 Mio. Auch das Berliner Holocaust-Mahnmal erhält 2008 mehr Geld.

Für die Deutsche Welle sind im kommenden Jahr 4 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen, die insbesondere dem arabischen Programm und der Realisierung der Kooperation der Deutschen Welle mit ARD und ZDF im Fernsbereich zugute kommen.

Der Bund wird gemeinsam mit dem Freistaat Thüringen die Finanzierung der Klassik Stiftung Weimar um 2,6 Millionen Euro deutlich erhöhen, das ist eine Steigerung um 20 Prozent. Im Jahr 2008 wird die Stiftung von Bund und Land jeweils 10,2 Millionen Euro erhalten (vgl. auch FAZ vom 16. Juni 2007 („Not ist erkannt“)). Zusammen mit dem Finanzierungsbeitrag der Stadt Weimar betragen die öffentlichen Zuschüsse dann insgesamt 22,5 Millionen Euro. Für die Folgejahre 2009 und 2010 sind weitere Erhöhungen vorgesehen, so dass die Stiftung ab 2010 dauerhaft über zusätzliche Mittel in Höhe von 4 Millionen Euro verfügen kann. Mit einer Verdoppelung der Ansätze für die Gedenkstättenförderung auf insgesamt circa 20 Millionen Euro wird der Koalitionsvereinbarung Rechnung getragen, die die Fortschreibung des Gedenkstättenkonzeptes vorsieht.

Die Unterstützung der Bundesregierung für national bedeutsame Gedenkstätten zur NS-Terrorherrschaft wird verstetigt, und die Aufarbeitung der SED-Diktatur wird in angemessener Weise verstärkt.

Um im Jahr 2010 die Kultur-



hauptstadt Essen mit 10 Millionen Euro unterstützen zu können, wird im Haushalt 2008 eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung ausgebracht. Diese Ermächtigung erlaubt es, die notwendigen Vorbereitungen für das Jahr 2010 zu treffen.

Ebenfalls mehr Geld erhält 2007 das Goethe-Institut, insgesamt 13,5 Millionen Euro mehr (SZ, 11. November 2006).

Filmförderung

Deutsch-indisches Filmabkommen unterzeichnet

(16. Februar 2007)

Der Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, hat zusammen mit Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und dem Medienminister der Republik Indien, Shri Priya Ranjan Dasmunsi, am Rande der Berlinale das erste deutsch-indische Filmabkommen unterzeichnet. Filme, die gemeinsam von deutschen und indischen Koproduzenten hergestellt werden, werden nach dem Abkommen wie nationale Filme behandelt. Damit können deutsche und indische Koproduzenten in vollem Umfang die Förderprogramme nutzen, die den Filmindustrien in beiden Ländern zur Verfügung stehen. Das Filmabkommen greift dann, wenn die Beteiligung der jeweiligen Produzenten aus Deutschland und Indien zwischen 20 und 80 Prozent der Gesamtkosten des Films liegen. Die Bundesrepublik Deutschland hat mit 18 Staaten Filmabkommen abgeschlossen.

Film- und Drehbuchprojekte mit 1,75 Millionen Euro gefördert

(16. Mai 2007)

Mit einem Gesamtvolumen von 1,758 Millionen Euro fördert Kulturstaatsminister Bernd Neumann im Rahmen der kulturellen Filmförderung des Bundes Film- und Drehbuchprojekte. Anlässlich der Juryentscheidung über die Förderung sagte der Staatsminister: „Der deutsche Film ist zurzeit erfolgreicher und vielfältiger denn je. Das beweist nicht nur der hohe Marktanteil in den Kinos Deutschlands von rund 26 % im vergangenen Jahr, sondern auch die große Vielfalt einheimischer Produktionen. Mit der Film- und Drehbuchförderung unterstützen wir neue Filmprojekte mit einer sehr breiten Themenpalette. Diese Bandbreite spiegelt die Vielfalt des Filmschaffens in Deutschland wider und bringt die authentischen und eigenständigen Stoffe deutscher Filme zum Ausdruck.“ Außerdem wurden Mittel in Höhe von 410.000 Euro für vier Kinder-/Jugendfilmprojekte, eine Projektentwicklung und ein Drehbuchprojekt vergeben. Kulturstaatsminister Bernd Neumann erklärte anlässlich der Förderentscheidung: „Gute Kinder- und Jugendfilme tragen zur kulturellen Bildung der jungen Generation bei. Die Liebe zum Kino und die Begeisterung gerade auch für deutsche Filme wird mit spannenden und lehrreichen Geschichten, wie wir sie fördern, schon in jungen Jahren geweckt.“ Mit einem Gesamtbeitrag von ca. 238.000 Euro werden 18 Kurzfilmvorhaben geför-

dert. Der Höchstbetrag einer Förderung wurde 2007 um 2.500 Euro auf 15.000 Euro angehoben.

Kino auf dem Stundenplan: „SchulKinoWoche“

Staatsminister Neumann hat die „SchulKinoWoche“ in Bremen und Bremerhaven eröffnet. Vom 19. bis 23. März 2007 haben Schülerinnen und Schüler aller Jahrgangsstufen in Bremen und Bremerhaven die Möglichkeit, den Unterricht in den Kinosaal zu verlegen. Acht Kinos bieten eine Woche lang eine breite Palette von Spiel- und Dokumentarfilmen sowie Animations- und Kurzfilmen. Auftakt war die Vorführung des deutschen Spielfilms „Die Fälscher“, zu dem Staatsminister Bernd Neumann die Schülerinnen und Schüler begrüßte. In seiner Rede wies Staatsminister Neumann auf die besondere Bedeutung des Kinos hin. Kino sei nicht nur ein Ort der Unterhaltung und des Vergnügens, sondern auch ein Ort der Kultur und des Lernens. Um ihn als eine Art „Lesesaal der Moderne“ nutzen zu können, sei allerdings Film- und Medienkompetenz notwendig. Der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien hat deshalb zusammen mit Verbänden und der Filmförderungsanstalt 2005 die Initiative „Vision Kino“ ins Leben gerufen. Wichtigstes Projekt dieses Netzwerks für Film- und Medienkompetenz sind die „SchulKinoWochen“. Sie finden jedes Jahr in allen Bundesländern statt. Ziel des Projekts ist es, Film als Kultur- und Bil-



dungsgut zu vermitteln. Außerdem sollen die Schülerinnen und Schüler lernen, sich auch kritisch mit Filminhalten auseinanderzusetzen. Das Filmprogramm ist deshalb speziell auf den Einsatz im Unterricht abgestimmt. Es umfasst aktuelle Spielfilme und Dokumentarfilme, darunter viele Filmklassiker. Gegliedert ist es nach Fächern, Altersempfehlungen und lehrplanrelevanten Themen. Mit Hilfe von pädagogischem Begleitmaterial können die Filme im Unterricht vor- und nachbereitet werden. Lehrkräfte haben im Vorfeld die Möglichkeit, an projektbegleitenden Fortbildungen teilnehmen. Zusätzlich finden Sonderveranstaltungen und Gesprächsrunden mit Filmemachern und Schauspielern statt.

Erinnerungskultur

Informations- und Gedenkstätte für die Nürnberger Prozesse gefördert

(27. Juli 2007)

Kulturstaatsminister Neumann beabsichtigt, sich in Höhe von 2,1 Mio. Euro an der Finanzierung der Informations- und Gedenkstätte für die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse zu beteiligen. Weitere Mittel werden vom Land Bayern und der Stadt Nürnberg bereitgestellt. Es ist geplant, in den Räumen über dem historischen Sitzungssaal 600 des Justizgebäudes, der noch heute für Schwurgerichtsprozesse genutzt wird, eine Informations- und Gedenkstätte mit dem Namen „Memorium Nürnberger Prozesse“ einzurich-

ten. Das Thema „Nürnberger Prozesse“ wird bereits im Rahmen der vom Bund geförderten Dauerausstellungen des „Deutschen Historischen Museums“ sowie des „Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ behandelt. Ebenfalls wurde die Sonderausstellung „Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess“, in der Stiftung „Topographie des Terrors“ in Berlin gefördert. In den Jahren 1999 bis 2002 hat sich der Bund zudem an der Errichtung des Dokumentationszentrums „Reichsparteitagsgelände“ in Nürnberg beteiligt.

„Sichtbares Zeichen“

Laut Bericht in der FAZ vom 1. Dezember 2006 hat Kulturstaatsminister Neumann einen Beraterkreis für die Planung des „sichtbaren Zeichens“ gegen Flucht und Vertreibung, wie im Koalitionsvertrag festgelegt, einberufen. Darunter u. a. Hans Maier, langjähriger bayerischer Kultusminister; der BKM hat für die Konzeptionierung dieses „sichtbaren“ Zeichens zunächst 750.000 Euro bewilligt. Die polnische Seite sei eingeladen, so Neumann, sich an der Konzeption zu beteiligen. Die Dokumentationsstätte soll in zentraler Lage in Berlin entstehen.*

NS-Dokumentationszentrum

Nach einem Bericht der FAZ vom 19. September 2007 will sich der Bund mit 9,9 Mio. Euro an dem NS-Dokumentationszentrum in München beteiligen.

Das Projekt soll insgesamt 30 Mio. Euro kosten. Kulturstaatsminister Neumann ließ allerdings erkennen, es gebe hier noch Verhandlungsbedarf bei den Gesamtkosten.

Homosexuellen-Denkmal

(4. Juni 2007)

Kulturstaatsminister Bernd Neumann ist es gelungen, völliges Einvernehmen beim Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen zu erzielen. An den Planungen waren der Lesben- und Schwulenverband, die Initiative „Der homosexuellen Opfer gedenken“ sowie das mit dem Entwurf beauftragte Künstlerduo Elmgreen und Dragset beteiligt. In den Diskussionsprozess waren ebenfalls die zuständigen Verantwortlichen aus allen Bundestagsfraktionen einbezogen.

Laut Bundestagsbeschluss vom 12. Dezember 2003 soll das Denkmal die verfolgten und ermordeten Opfer ehren, die Erinnerung an das Unrecht wach halten und ein beständiges Zeichen gegen Intoleranz, Feindseligkeit und Ausgrenzung gegenüber Schwulen und Lesben setzen. Kulturstaatsminister Bernd Neumann erklärte: „Mit der Errichtung eines zentralen Denkmals in der Bundeshauptstadt wird entsprechend dem Beschluss des Deutschen Bundestags nun auch der homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus öffentlich gedacht.“

Mit diesem künstlerischen Entwurf ist eine würdige Form der Erinnerung an diese Opfer gefunden worden.“ Das Denk-



mal soll noch in diesem Jahr fertig gestellt werden. Für die Finanzierung hat die Bundesregierung Mittel in Höhe von insgesamt 600.000 Euro zugesagt. Das Land Berlin stellt den Standort für das Denkmal zur Verfügung.

Bundeswehr-Ehrenmal

Zum Streit um ein von Verteidigungsminister Jung geplantes Bundeswehr-Ehrenmal s. die FAZ vom 26. Mai 2007; SZ vom 2. Juni 2007

Einheitsdenkmal

Bundestagspräsident Norbert Lammert hat in seiner Rede anlässlich des Tages der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2007 die Initiative zur Errichtung eines Einheitsdenkmals unterstützt.

Gedenkstättenkonzept

Kulturstaatsminister Neumann hat im Juni 2007 dem Ausschuss für Kultur und Medien des Bundestages einen Diskussionsentwurf für die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes vorgelegt. Zugleich werden die von der Konzeption betroffenen Einrichtungen um Stellungnahmen gebeten. Unter Einbeziehung dieser Beratungsergebnisse wird der BKM dem Kabinett einen endgültigen Entwurf vorlegen, der dann dem Deutschen Bundestag zur Beschlussfassung zugeleitet werden soll (Stand: 22. Juni 2007).

„Die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert wurde zum einen nachhaltig durch das verbrecherische Regime des Nationalsozialismus und zum anderen durch die kommunistische Diktatur geprägt. Aus dieser Vergangenheit erwächst eine besondere Verantwortung in Gegenwart und Zukunft, der die Bundesregierung – gemäß Koalitionsvertrag vom November 2005 – mit der Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption aus dem Jahre 1999 in umfassender Weise Rechnung trägt. Das Ziel ist, Verantwortung wahrzunehmen, die Aufarbeitung zu verstärken und das Gedenken zu vertiefen. National bedeutsame Gedenkstätten zur NS-Terrorherrschaft, für die sich der Bund in den vergangenen Jahren beständig engagiert hat, erfahren weiterhin intensive Unterstützung. Die Aufarbeitung der Diktatur in der SBZ und in der DDR sowie das Gedenken an ihre Opfer werden erheblich verstärkt. Zur Darstellung, Bewahrung und Erforschung der deutschen Geschichte in ihren innerstaatlichen Zusammenhängen und in ihren internationalen Bezügen unterhält oder fördert der Bund eine Vielzahl von Einrichtungen. Diesen Gedenkstätten, Erinnerungsorten, Museen, Archiven sowie Forschungs- und Bildungsinstitutionen (siehe Überblick in Anlage 1) kommt eine wesentliche Rolle bei der Vermittlung allgemeiner historischer Kenntnisse zu. Besonderes Augenmerk liegt darauf, das Verständnis für zeitgeschichtliche Zusammenhänge zu vertiefen und das Bewusstsein für die Verantwortung zu schärfen, die aus der Ge-

schichte unseres Landes erwächst. Der differenzierte Umgang mit den beiden totalitären Systemen in Deutschland ist eine zentrale historische und moralische Verpflichtung bei der Pflege des Geschichtsbewusstseins. Dabei ist den Unterschieden zwischen NS-Terrorherrschaft und SED-Diktatur Rechnung zu tragen. Das nationalsozialistische Deutschland verursachte millionenfaches Leid durch seine menschenverachtende Verfolgungs- und Vernichtungspolitik sowie brutale Eroberungskriege. Die Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft wird durch das Wissen um die Singularität des Holocaust bestimmt. Dem Völkermord an den europäischen Juden als Menschheitsverbrechen bisher nicht gekanntem Ausmaßes kommt in der deutschen, europäischen und weltweiten Erinnerungskultur unvergleichliche Bedeutung zu.

Parallel dazu ist es die Aufgabe von Staat und Gesellschaft, an das Unrecht der SED-Diktatur zu erinnern und so das Gedenken an die Opfer des Kommunismus in Deutschland zu bewahren. Jahrzehntlang haben Menschen hinter Mauer und Stacheldraht unter Unfreiheit, Repression und Anpassungsdruck gelitten; politische Gegner waren Verfolgungs- und Zersetzungsmaßnahmen des allgegenwärtigen Staatssicherheitsdienstes ausgesetzt. Weder dürfen die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert, noch das von der SED-Diktatur verübte Unrecht bagatellisiert werden. Fundament der Erinnerung sind die historischen Fakten und ihre wissenschaftliche Erforschung.



Die Erinnerungspolitik ruht auf zwei Säulen: der Aufarbeitung und dem Gedenken. Die Aufarbeitung soll Ursachen und Folgen der beiden Diktaturen analysieren und die Erinnerung an das Unrecht wach halten. Dadurch wird der antitotalitäre Konsens in der Gesellschaft gefestigt und das Bewusstsein für den Wert der freiheitlichen Demokratie gestärkt. Das Gedenken soll die Opfer der nationalsozialistischen Terrorherrschaft und der SED-Diktatur vor allem am Ort ihrer Leiden in angemessener Weise würdigen und Wissen über die historischen Zusammenhänge vermitteln.

Nach der Wiedervereinigung 1990 sahen der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung die Notwendigkeit für ein besonderes Bundesengagement zugunsten der Gedenkstätten in Berlin und in den neuen Bundesländern. Die daraus entstandene erste Gedenkstättenkonzeption nahm dort ab 1993 insgesamt elf Gedenkstätten zur Erinnerung an NS-Terrorherrschaft und SED-Diktatur in die institutionelle Bundesförderung auf. Diese Förderung war zunächst auf zehn Jahre befristet. Im Jahr 1999 erfuhr die Gedenkstättenarbeit der Bundesregierung eine erste Fortentwicklung. Dabei wurde die Befristung der institutionellen Förderungen aufgehoben. Außerdem wurde ein Haushaltstitel für Projektmittel geschaffen, aus dem die Unterstützung von Gedenkstättenvorhaben in ganz Deutschland möglich ist. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005 sieht vor, die Gedenkstättenkonzeption „mit

dem Ziel der angemessenen Berücksichtigung der beiden Diktaturen in Deutschland“ fortzuschreiben. Nach mehr als sieben Jahren Erfahrungen mit den damals erarbeiteten Förderkriterien werden diese nun weiterentwickelt, um die Förderung zu optimieren.

Die Ergebnisse der Anhörung zum Gedenkstättenkonzept vor dem Kulturausschuss des Deutschen Bundestages im Februar 2005 finden dabei Berücksichtigung, insbesondere die Hinweise der Sachverständigen auf einen Nachholbedarf bei den Gedenkstätten zur SED-Diktatur. Zugleich werden die Empfehlungen der in der 15. Legislaturperiode von der Bundesregierung eingesetzten Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbands zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in die Weiterentwicklung der Konzeption einbezogen. Durch einen solchen Geschichtsverband soll die zweite Diktatur auf deutschem Boden künftig größere Beachtung erhalten. Da zu diesem Geschichtsverband nicht nur Gedenkstätten, sondern auch eine Vielzahl anderer Einrichtungen gehören, wird hiermit in der Folge das Gedenkstättenkonzept in seiner erinnerungspolitischen Dimension nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ deutlich erweitert (zu den grundlegenden Materialien, Beschlüssen und Empfehlungen, die bei der Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption Berücksichtigung finden ... Die vorbehaltlose und vorurteilsfreie Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung,

die sich nicht auf die neuen Bundesländer beschränken darf. Die Geschichte der SBZ und der DDR ist Teil der gesamtdeutschen Geschichte und muss als solche erkennbar sein. Auch die westdeutschen Bundesländer sind deshalb aufgefordert, ihren Teil zur Bewältigung dieser gesamtdeutschen Aufgabe zu leisten.

1. Grundsätze der Förderung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien fördert Gedenkstätten und zukünftig auch Erinnerungsorte zur nationalsozialistischen Terrorherrschaft und zur SED-Diktatur. Als Gedenkstätte gilt ein historischer Ort, der sich sowohl durch Authentizität als auch durch einen konkreten Bezug zu den Opfern bzw. zu den Verfolgungsmaßnahmen der NS-Terrorherrschaft oder der SED-Diktatur auszeichnet. Erinnerungsorte, die an authentischen Stätten eine Auseinandersetzung mit den totalitären Systemen in Deutschland leisten, können in die Förderung einbezogen werden. Die Förderung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten durch den Bund stützt sich auf die (ungeschriebene) Zuständigkeit des Bundes aus der Natur der Sache (gesamtstaatliche Repräsentation). Die Gedenkstättenförderung ist nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes in erster Linie von den Ländern wahrzunehmen. An diesen Voraussetzungen haben sich sowohl die Auswahl der bundesgeförderten Einrichtungen als



auch Art und Höhe der Beteiligungen zu orientieren. Als Kriterien für die Förderung durch den BKM sind insbesondere relevant:

- der nationale oder internationale Stellenwert des Ortes,
- die Exemplarität für einen Aspekt der Verfolgungsgeschichte der NS-Terrorherrschaft oder der SED-Diktatur,
- die Authentizität des Ortes,
- die Qualität des Projektkonzepts,

- die Kooperation von Einrichtungen. Der BKM fördert nach diesen Kriterien sowohl institutionell als auch projektbezogen:

Die institutionelle Förderung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten ist ein zentrales Element des bundesstaatlichen Engagements bei der Pflege des Geschichtsbewusstseins und der Erinnerungskultur. Sie schafft für besonders herausragende Einrichtungen langfristige Planungssicherheit. Die Projektförderung dient klar definierten und zeitlich begrenzten Arbeitsvorhaben. Darunter fallen in Ausnahmefällen auch Anschubfinanzierungen, wenn der Betrieb der Einrichtung auf Dauer durch Land oder Kommune gesichert ist. Wenn Land und Kommune ihre Fördermöglichkeiten nachvollziehbar ausgeschöpft haben, kann der Bund fördern. Sein Förderanteil darf jedoch höchstens 50 Prozent des Gesamtbetrags ausmachen. Voraussetzung für die Bewilligung der Fördermittel ist ein wissenschaftlich sowie museologisch oder pädagogisch fundiertes Konzept. Erläuterungen zu den Fördermöglichkeiten und zu dem vorzulegenden Konzept

gibt ein Kriterienkatalog zur Förderung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten durch den BKM. Hieran orientiert sich ein Beratungsgremium, das gegenüber dem BKM Empfehlungen über die Förderwürdigkeit von Projekten ausspricht.

Ihm gehören mit je einem/r Vertreter/in an:

- das Deutsche Historische Museum (Berlin),
- die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bonn/Leipzig),
- die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur,
- das Institut für Zeitgeschichte (München),
- der Hochschulsektor mit je einem/-er Wissenschaftler/in mit Forschungsschwerpunkt in der Geschichte der NS-Terrorherrschaft und/oder der SED-Diktatur.

Ferner werden mit Gaststatus berufen je:

- ein/e Vertreter/in des Arbeitskreises der KZ-Gedenkstätten,
- ein/e Vertreter/in der Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR sowie
- ein/e Vertreter/in der Bundesländer.

Das Beratungsgremium handelt im Rahmen einer Geschäftsordnung. Die abschließende Entscheidung über Projektförderungen trifft der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien.

2. Gedenkstätten und Erinnerungsorte zur NS-Terrorherrschaft

In Westdeutschland entstand die große Mehrheit der Gedenkstätten zur NS-Terrorherrschaft seit

Ende der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts insbesondere aus bürgerschaftlichem Engagement. Es entwickelte sich eine vielgestaltige, dezentrale Gedenkstättenlandschaft. Seit Beginn der achtziger Jahre übernahmen die Gedenkstätten auf regionaler Ebene auch zunehmend Aufgaben bei der Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus und in der bildungspolitischen Arbeit. In der DDR wurden vom Ende der fünfziger bis in die frühen sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts „Nationale Mahn- und Gedenkstätten“ in den ehemaligen Konzentrationslagern Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück errichtet. Die SED instrumentalisierte die Dokumentation der Geschehnisse am authentischen Ort und das Gedenken an die Opfer zur Legitimierung der eigenen Diktatur. Nach 1989 bestand daher bei diesen großen KZ-Gedenkstätten ein dringender Bedarf zur Neugestaltung, die den aktuellen Forschungsstand auf Basis eines pluralistischen Geschichtsverständnisses widerspiegelte sowie die gesamte Forschung zur Geschichte der einzelnen Orte einbezog. Dieser Notwendigkeit trug die anteilige Bundesfinanzierung der großen drei KZ-Gedenkstätten in den neuen Bundesländern Rechnung, die schließlich in eine entsprechende institutionelle Bundesförderung mündete. Über die drei genannten KZ-Gedenkstätten hinaus fördert der Bund institutionell auch die sächsischen Einrichtungen zur NS-Terrorherrschaft in Pirna-Sonnenstein, das Dokumentations- und Informa-



tionszentrum Torgau, die Gedenkstätte Münchner Platz in Dresden und die thüringische Gedenkstätte Mittelbau-Dora. Die KZ-Gedenkstätten Dachau, Bergen-Belsen, Neuengamme und Flossenbürg erhielten die Finanzierung für ihre unbestritten erforderliche wissenschaftliche Aktualisierung und teilweise Erweiterung sowohl von den jeweiligen Sitzländern als auch durch umfangreiche Projektmittel des BKM nach 1999. Diese vier Gedenkstätten in den alten Bundesländern erfüllen die dargestellten Kriterien der Bundesförderung insbesondere wegen ihres nationalen bzw. internationalen Stellenwertes. Sie sollen deshalb neu in die anteilige institutionelle Förderung des BKM aufgenommen werden.

Folgende Gründe sprechen hierfür im Einzelnen: In Dachau, dem ersten nationalsozialistischen Konzentrationslager, internierten die Nationalsozialisten eine große Zahl Oppositioneller. Dachau wurde bereits im Verlauf der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts zum Synonym für den nationalsozialistischen Terror.

Bergen-Belsen wird auch international als Ort wahrgenommen, der gleichermaßen Kriegsgefangenenlager, Konzentrationslager sowie „Sterbelager“ für zehntausende Häftlinge war, die bei Kriegsende auf Todesmärschen nach Bergen-Belsen getrieben wurden.

Das KZ Neuengamme steht in besonderem Maße für die nationalsozialistische Politik der „Vernichtung durch Arbeit“, von der die SS und ihre bauwirtschaftlichen Projekte profitierten. Das KZ Flossenbürg ist ex-

emplarisch für den späteren nationalsozialistischen Lagertyp, in dem die mörderische wirtschaftliche Ausbeutung der Häftlinge von Anfang an bestimmend war. Diese Neuaufnahmen in die institutionelle Förderung des BKM lehnen sich an die in der Konzeption der Gedenkstättenförderung von 1999 enthaltenen Vorschläge an. Sie entsprechen auch den Empfehlungen, die die wissenschaftlichen Sachverständigen bei der Anhörung zur Gedenkstättenkonzeption des Bundes im Kulturausschuss des Deutschen Bundestages am 17. Februar 2005 ausgesprochen haben. Die Projektförderung wird fortgesetzt. Vorhaben zum Gedenken und Erinnern an die NS-Terrorherrschaft, die die notwendigen Kriterien der Gedenkstättenkonzeption erfüllen, können auch weiterhin eine zeitlich begrenzte Projektförderung des Bundes erfahren.

Die Situation in Berlin: Die Bundesregierung errichtete das Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Grundlage war der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 25. Juni 1999. Mit dem von dem Architekten Peter Eisenman entworfenen Stelenfeld und dem ergänzenden Ort der Information ist ein zentraler Platz zur Erinnerung an den nationalsozialistischen Völkermord an den europäischen Juden geschaffen worden. Derzeit wird außerdem die Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma sowie eines Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen vorbereitet. Ihre Betreuung soll die Stiftung Denkmal

für die ermordeten Juden Europas übernehmen.

In Zusammenarbeit mit dem Land Berlin soll zudem eine „Ständige Konferenz der Leiter der Berliner NS-Gedenkorte“ eingerichtet werden. Die Stiftung Topographie des Terrors, das Haus der Wannsee-Konferenz, die Gedenkstätte Deutscher Widerstand sowie die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas werden über die „Ständige Konferenz“ eng miteinander vernetzt. Ziel ist es, die Ausstellungen und Veranstaltungen der einzelnen Einrichtungen aufeinander abzustimmen. Es sollen Synergien erzielt sowie ein gemeinsamer öffentlicher Auftritt geschaffen werden. Der Vorsitz der „Ständigen Konferenz“, deren Arbeit im Übrigen über eine Geschäftsordnung geregelt wird, wechselt jährlich unter den Leitern dieser Einrichtungen. Ebenfalls jährlich wird ein Bericht des jeweiligen Leiters der Konferenz über die Arbeitsergebnisse insbesondere mit Blick auf die Vernetzung erwartet. Durch die neuen Denkmale in der Bundeshauptstadt und die „Ständige Konferenz der Leiter der Berliner NS-Gedenkorte“ erhält die gesamtstaatliche Repräsentation des Gedenkens an die NS-Verbrechen eine neue Qualität. Durch den institutionalisierten Verbund der Berliner Gedenkstätten erfährt dieser Erinnerungsschwerpunkt eine Aufwertung.

3. Geschichtsverbund SED-Unrecht

Ziel der Bundesregierung ist es, die erinnerungspolitische Aufar-



beitung des SED-Unrechts zu verstärken und in diesem Zusammenhang Widerstand und Opposition besonders zu würdigen. Hierzu soll die Zusammenarbeit aller Einrichtungen zur Geschichte der SBZ und der DDR im Rahmen eines Geschichtsverbands SED-Unrecht gefördert werden. Dieser Geschichtsverband wird den einzelnen Institutionen die für ihre Arbeit notwendige Freiheit lassen, bewährte Strukturen stärken und Kooperationsprojekte ermöglichen. Innerhalb des Verbands gliedern sich die Einrichtungen nach ihrer jeweils dominierenden Funktion in folgende Gruppen: Archive, gesellschaftliche Aufarbeitung sowie Gedenkstätten, Erinnerungsorte und Museen. Diese funktionale Schwerpunktbildung soll Kooperationen im Geschichtsverband erleichtern. Der Schwerpunkt des Bundesengagements bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts lag seit 1990 weniger in der Gedenkstättenarbeit als in der Öffnung, Erschließung und Auswertung der Akten des Ministeriums für Staatsicherheit durch den/die Bundesbeauftragte(n) für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU).

Hinzu trat im Jahr 1998 aufgrund der Empfehlungen der zweiten Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages („Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“) die Errichtung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Diese hat den gesetzlichen Auftrag, Beiträge zur umfassenden Aufarbeitung von Ursachen, Ge-

schichte und Folgen der Diktatur in der SBZ und in der DDR zu leisten und zu unterstützen, besonders durch die Förderung von gesellschaftlichen Aufarbeitungsinitiativen, privaten Archiven und Opferverbänden. Mit dem Wechsel der BStU und der Stiftung Aufarbeitung in den Geschäftsbereich des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zum 1. Januar 2005 wurden die Aufgaben der Aufarbeitung der SED-Diktatur unter einem Dach vereint. Damit können die Einrichtungen der Aufarbeitung und die Orte des Erinnerns konzeptionell und praktisch stärker aufeinander bezogen und vernetzt werden.

a) Archive

Die archivarische Hinterlassenschaft der DDR und ihrer Bevölkerung verteilt sich auf verschiedene Einrichtungen.

(1) Bundesarchiv:

Das Schriftgut der Ministerien, der Volkskammer und des Staatsrats der DDR wurde vom Bundesarchiv übernommen, mit Ausnahme der Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, die sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes befinden. Die zentralstaatliche Überlieferung der Parteien und Massenorganisationen fand seit 1993 im Rahmen der unselbständigen Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) Eingang in das Bundesarchiv.

(2) Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-

heitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU): In einem weltweit wohl einmaligen Vorgang besetzten 1989/90 Demonstranten im Zuge der friedlichen Revolution gegen die kommunistische Herrschaft in Ostdeutschland die Dienststellen des ehemaligen Ministeriums für Staatsicherheit der DDR (MfS) und erzwangen die Auflösung seines Unterdrückungsapparates. Das erste frei gewählte Parlament der DDR ebnete den Weg zur Sicherung und zur kontrollierten Öffnung der Stasi-Akten. Im Interesse der Opfer wurde unter besonderer Berücksichtigung des Datenschutzrechts für diese Aufgaben eine eigene Institution geschaffen. Mit der Bewältigung von mehr als 5,5 Millionen Anträgen, davon 2,2 Millionen Anträgen auf persönliche Akteneinsicht, 1,7 Millionen Überprüfungsanträgen und knapp 20.000 Anträgen von Forschung und Medien, hat die BStU in Berlin und in den Außenstellen einen großen Beitrag zur individuellen und gesellschaftlichen Aufarbeitung des Erbes der SED-Diktatur geleistet. Durch zahlreiche wissenschaftliche Publikationen hat ihre Abteilung Bildung und Forschung die historische Aufarbeitung maßgeblich vorangetrieben und die Ergebnisse ihrer Tätigkeit durch Veranstaltungen, Lehrerfortbildungen, Schülerprojekte etc. weithin bekannt gemacht. Die BStU soll sich künftig auf die weitere Erschließung und Auswertung der Stasi-Unterlagen konzentrieren. Ihre Bestände werden mittelfristig in die allgemeinen Archive (Bundesarchiv bzw. Archive der Länder) eingegliedert, die Aufgaben der



BStU in der politischen Bildungsarbeit (Abteilung Bildung und Forschung sowie Informations- und Dokumentationszentren) von der Stiftung Aufarbeitung sowie von der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung übernommen. Über den jeweiligen Zeitpunkt der Umstrukturierungen entscheidet der Deutsche Bundestag. Auch die Außenstellen werden umstrukturiert, und zwar in Verbindung und bezogen auf alle Neuen Länder und deren Landesarchive. Das Recht auf Akteneinsicht bleibt von organisatorischen Änderungen unberührt. Selbstverständlich werden die Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin die Möglichkeit haben, Einsicht in ihre Akten zu nehmen. Der wachsende zeitliche Abstand wird eine Liberalisierung des Zugangs zu den Stasi-Akten auch für Wissenschaft und Forschung erlauben.

(3) Bürgerarchive

Die Friedens-, Umwelt- und Bürgerrechtsbewegung in der DDR hat schon vor 1989 begonnen, Dokumente, Fotos, Plakate sowie Filme und Tonträger zur Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR zu sammeln. Nach der friedlichen Revolution sind aus diesen Sammlungen verschiedene Einrichtungen hervorgegangen, u.a. die drei Archive der Robert-Havemann-Gesellschaft (Matthias-Domaschk-Archiv, Robert-Havemann-Archiv und Archiv Grauzone) und das Archiv der Bürgerbewegung Leipzig. Die Arbeiten zur Vervollständigung, Erschließung, Auswertung oder

Veröffentlichung der vorhandenen Archivmaterialien gehen weiter. Die Bürgerarchive werden im besonderen Maße ermuntert, hierfür die Sachkompetenz des Bundesarchivs und der BStU als Ansprechpartner zu nutzen und Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen des Geschichtsverbunds SED-Unrecht wahrzunehmen.

b) Gesellschaftliche Aufarbeitung

Ansprechpartner für Projekte der gesellschaftlichen Aufarbeitung, der politischen Bildung und der wissenschaftlichen Forschung jeglicher Trägerschaft ist die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Seit ihrer Gründung im Jahr 1998 hat die Stiftung mehr als 1.300 Ausstellungen, Publikationen, Konferenzen, Veranstaltungen und Dokumentarfilme zur Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Deutschland und Europa gefördert. Durch ihre Stipendien und Druckkostenzuschüsse an Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler unterstützt sie die Erforschung der Diktatur in der SBZ und in der DDR. Um die Praxis der staatlichen Förderung von Einrichtungen zum SED-Unrecht zu optimieren und dem Nachholbedarf im SED-Bereich zu genügen, soll der Stiftung Aufarbeitung zukünftig die Möglichkeit eingeräumt werden, Einrichtungen des Geschichtsverbunds SED-Unrecht auch institutionell zu fördern. Bislang kann sie lediglich projektbezogen fördern. Die Möglichkeit der

institutionellen Förderung setzt eine Änderung des Stiftungsgesetzes voraus. Damit wird der heute schon bedeutende Beitrag der Stiftung zur Förderung und Vernetzung vielfältiger Aufarbeitungsinitiativen ausgedehnt. Die Förderung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten durch den BKM bleibt hiervon unberührt. Die Zusammenarbeit der Stiftung mit der Bundeszentrale für politische Bildung sollte noch verstärkt werden. Dabei sind auch die Landeszentralen für politische Bildung einzubeziehen sowie die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) als Dachorganisation der Opferverbände.

c) Gedenkstätten, Erinnerungsorte und Museen

Gedenkstätten und Erinnerungsorten kommt eine herausgehobene Bedeutung zu, da sie die Möglichkeit einer besonders intensiven Auseinandersetzung sowohl mit der Geschichte des jeweiligen Ortes als auch mit dem historischen Thema allgemein ermöglichen. Museen und Ausstellungen stellen eine sinnvolle Ergänzung dieses Angebots dar. Wenn es zum Verständnis der Diktaturgeschichte der DDR erforderlich ist, fördert BKM auch Forschungen, Untersuchungen und Projekte mit internationalen Bezügen bei Gedenkstätten und Erinnerungsorten. Die im Deutschen Bundestag derzeit diskutierte Idee der Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin



wird ausdrücklich unterstützt. Mit einem solchen Denkmal würden auch positive Ereignisse der jüngeren deutschen Geschichte gewürdigt, die erste gelungene Revolution auf deutschem Boden und die Überwindung der deutschen Teilung. Letzteres ist im Sinne des fraktionsübergreifenden Bundestagsbeschlusses vom 30. Juni 2005, in dem ein symbolischer Ort der positiven Erinnerung und der Freude über die Überwindung der deutschen Teilung gefordert wurde. In Anerkennung des Nachholbedarfs bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts sollen folgende herausragende Einrichtungen neu in die institutionelle Förderung des BKM aufgenommen werden: Gedenkstätte Berliner Mauer, Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde und Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam. Neben den festgelegten institutionellen Förderungen bietet der BKM Gedenkstätten und Erinnerungsorten die Möglichkeit der Projektförderung an. Kooperationsprojekte finden im Kriterienkatalog für die Förderung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten besondere Berücksichtigung, um die Zusammenarbeit dieser Einrichtungen im Rahmen des Geschichtsverbunds SED-Unrecht zu verstärken. Die Gedenkstätten, Erinnerungsorte und Museen zum SED-Unrecht lassen sich nach folgenden Themen gruppieren:

- (1) Teilung und Grenze .. ,
- (2) Überwachung und Verfolgung .. ,
- (3) Alltag in der DDR .. und
- (4) Widerstand gegen die Dik-

tatur der SED. Die genannten Themen werden mit unterschiedlichem Schwerpunkt bereits in den Dauer- und Wechselausstellungen des Deutschen Historischen Museums und des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sowie des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig behandelt. Diese Bundeseinrichtungen mit internationalem Renommee stellen Gedenkstätten und Erinnerungsorten sowie anderen Museen ihre Kompetenz daher in Kooperationsprojekten zur Verfügung.

(1) Teilung und Grenze

Der Bund beteiligt sich auf der Grundlage des fraktionsübergreifenden Beschlusses des Deutschen Bundestags vom 30. Juni 2005 und des Berliner Mauergedenkkonzepts vom 20. Juni 2006 am Ausbau der Erinnerungslandschaft zur Teilungsgeschichte der Hauptstadt Berlin. Mit den finanziellen Vorkehrungen zum Erwerb von Grundstücken an der Bernauer Straße hat die Bundesregierung bereits große Anstrengungen unternommen, die Gedenkstätte zu einer Erinnerungslandschaft auszubauen, die den Schrecken des Grenzregimes deutlich macht. Das nationale Denkmal für die Opfer des Mauerbaus, das der Bund im Jahr 1999 an der Bernauer Straße errichtet hat, wird einbezogen. Die Bundesregierung unterstützt die Pläne des Berliner Senats, eine Landesstiftung „Berliner Mauer“ zu gründen, die die Gedenkstätte Berliner Mauer (an der Bernauer Straße) und die Erin-

nerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde zusammenfasst. Die beiden Einrichtungen sollen zukünftig wegen ihrer herausragenden Bedeutung im Rahmen der Landesstiftung eine anteilige institutionelle Förderung durch den BKM erhalten. Diese Maßnahme ergänzt die bereits bestehende institutionelle Bundesförderung für das Deutsch-Deutsche Museum Mödlareuth. Die neue Landesstiftung „Berliner Mauer“ wird ein kompetenter Kooperationspartner für andere Institutionen sein, die das Thema „Teilung und Grenze“ darstellen.

Da Teilung und Grenze nicht nur Berlin, sondern ganz Deutschland spalteten, bietet sich eine vertiefte Zusammenarbeit auch mit Einrichtungen entlang der früheren, fast 1.400 Kilometer langen innerdeutschen Grenze an, insbesondere mit dem Deutsch-Deutschen Museum in Mödlareuth, mit der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und mit Grenzlandmuseen wie dem Grenzlandmuseum Eichsfeld. Vor allem bei den Grenzlandmuseen kommen exemplarische Projektförderungen durch BKM in Betracht.

In Berlin soll das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in zentraler Lage im denkmalgeschützten Tränenpalast am Bahnhof Friedrichstraße eine Dauerausstellung zum Thema „Teilung und Grenze im Alltag der DDR“ einrichten. Dadurch entsteht ein herausragender Erinnerungsort, der dem Stellenwert des Tränenpalastes im Bewusstsein der Deutschen gerecht wird. Die beschriebenen Vorhaben ergän-



zen das bisherige oder bereits angelaufene Bundesengagement in diesem Bereich:

Seit September 2005 ist das Mauermahnmal im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus für die Öffentlichkeit zugänglich. Die Installation in diesem Gebäude des Deutschen Bundestags am Spreebogen besteht aus originalen Mauersegmenten, die den ehemaligen Verlauf der Sperrmauer andeuten. Auf dem derzeit ungenutzten Grundstück am Museum Haus am Checkpoint Charlie hat BKM eine temporäre Ausstellung zur Geschichte des alliierten Grenzübergangs mit ermöglicht. Die Zukunft dieses Erinnerungsortes hängt nunmehr von den Verhandlungen des Senats mit einem privaten Investor ab. Der BKM finanziert darüber hinaus das zurzeit laufende Projekt „Todesopfer an der Berliner Mauer, 1961-1989“, mit dem die Zahl der Maueropfer in Berlin und die näheren Umstände ihres Todes erforscht wird. Die Gedenkstätte Berliner Mauer und das Zentrum für Zeit-historische Forschung in Potsdam sind mit den Recherchen für dieses „Totenbuch“ betraut; der Abschluss wird im Laufe des Jahres 2007 erwartet. Mit Unterstützung des BKM entsteht derzeit am neuen U-Bahnhof Brandenburger Tor (Passerelle, Trep-penhaus und Bahnsteig) ein Ort der Information, den Besucher zur Orientierung über die verschiedenen Einrichtungen zum Mauergedenken in Berlin nutzen können. Diesem Zweck dienen auch sechzehn Multimediasäulen des Orientierungs- und Informationssystems Berliner Mauer, die unter anderem am Branden-

burger Tor, am Reichstagsgebäude und am Checkpoint Charlie errichtet werden sollen. In diesem Zusammenhang könnte das erste Denkmal für die Toten der Mauer (Hohlblockstein auf der Straße des 17. Juni), das seinerzeit von Opfernverbänden errichtet wurde, von seinem jetzigen Standort aus um etwa 300 Meter in die unmittelbare Nähe des Brandenburger Tors versetzt werden.

(2) Überwachung und Verfolgung

Durch eine anteilige institutionelle Förderung gewährleistet der Bund seit 1993 die Arbeit verschiedener Gedenkstätten an Orten mit einer „doppelten“ Vergangenheit. Dies gilt zum einen für die sowjetischen Speziallager auf dem Gelände der ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald, für das Gericht am Münchner Platz in Dresden und für die Haftstätten in Torgau. Aber auch die Ursprünge der vom Bund institutionell geförderten Gedenkstätte in Bautzen, wo das Ministerium für Staatssicherheit eine berüchtigte Sonderhaftanstalt für politische Gegner betrieb, reichen bis in die Zeit des Nationalsozialismus zurück. Eine engere Zusammenarbeit aller Einrichtungen, die mit der Geschichte von Überwachung und Verfolgung in der SBZ und in der DDR befasst sind, ist wegen der gewichtigen inhaltlichen Bezüge untereinander unerlässlich. Diese muss die verschiedenen Gedenkstätten in den ehemaligen MfS-Gefängnissen (Dresden, Gera, Halle, Mag-

deburg, Potsdam, Schwerin und Rostock) und die früheren Machtzentren des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin einbeziehen. Der Bund ist sich der historischen Bedeutung des im Eigentum des Landes Berlin stehenden Hauses 1/Normannenstraße bewusst, von dem aus Erich Mielke bis 1989 das Ministerium für Staatssicherheit leitete. In Haus 1 soll unter Mitwirkung der dort ansässigen Aufarbeitungsinitiativen ein Dokumentations- und Bildungszentrum zum Thema „Repression und Widerstand in der SED-Diktatur“ eingerichtet werden. In diesem soll die Funktion des Ministeriums für Staatssicherheit im System der SED-Diktatur ausführlich dargestellt werden. Dabei kann die Robert-Havemann-Gesellschaft ihre Planungen zu einer Dauerausstellung „Widerstand und Opposition im Alltag einer Diktatur“ in das Zentrum einbringen und ihren Sitz in Haus 1 nehmen. Um der Bedeutung der Bürgerrechtsinitiativen und Opfernverbände für die friedliche Revolution Rechnung zu tragen, soll Haus 1 auch weiterhin von diesen genutzt werden können. Über die Trägerschaft des geplanten Dokumentations- und Bildungszentrums wird mit dem Land Berlin zu verhandeln sein. Mittelfristig setzt die Realisierung dieses Zentrums allerdings die Investition eines bislang unbekanntes Millionenbetrages voraus, da das Gebäude in hohem Maße sanierungsbedürftig ist. Diese Mittel wurden bislang nicht belastbar geschätzt und müssten zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Die Ge-



denkstätte auf dem Gelände des ehemaligen zentralen Untersuchungsgefängnisses des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen ist eine Landesstiftung, die zu 50 Prozent vom Bund finanziert wird. Ihre Strukturen haben sich bewährt. Der Bund beteiligt sich an der Hälfte der Kosten für die notwendigen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen und für die Einrichtung einer Dauerausstellung. Diese Maßnahmen sollen mit Vorrang realisiert werden. Eine „Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten Hohenschönhausen und Normannenstraße“ wird institutionalisiert, um zukünftig die Vorhaben der beiden Einrichtungen so zu koordinieren, dass der Zusammenhang zwischen Opfer- und Täterort in den Ausstellungen und Veranstaltungen hinreichend deutlich wird. Die Arbeitsgemeinschaft soll eine enge Kooperation bei der Einrichtungen sicherstellen und die oben erwähnten MfS-Gefängnisse u.a. im Sinne eines Erfahrungs- und Projektaus-tausches einbeziehen. Von einer institutionellen Zusammenführung der Gedenkstätten Hohenschönhausen und Normannenstraße wird abgesehen, um den unterschiedlichen historischen Charakter der Einrichtungen nicht zu verwischen und beiden die Chance zu geben, ihr eigenständiges Profil weiterzuentwickeln. Der BKM investiert derzeit bedeutende Mittel, um das ehemalige KGB-Gefängnis in der Potsdamer Leistikowstraße, das die Sowjetunion bis in die 1980er Jahre betrieb, als Ort der Mahnung zu erhalten. Die zukünftige Gedenk- und Begeg-

nungsstätte soll – voraussichtlich als eine Einrichtung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten – anteilig institutionell vom BKM gefördert werden, weil sie als einzig authentisch erhaltener Haftort das brutale Regime des sowjetischen Geheimdienstes in der Sowjetischen Besatzungszone und in der späteren DDR umfassend dokumentiert.

(3) Alltag in der DDR

Das Thema „Alltag in der DDR“ wird berücksichtigt, um einer Verklärung und Verharmlosung der SED-Diktatur und jeder „Ostalgie“ entschieden entgegenzuwirken. Bei der Behandlung dieses Themas müssen Begrifflichkeiten geklärt werden: Darstellungswürdig sind nicht die vermeintlichen „Bindungskräfte“ der DDR, sondern das „Angst-Anpassungssyndrom des Alltags“ (Joachim Gauck). Dazu ist das alltägliche Leben notwendigerweise im Kontext der Diktatur darzustellen. Es muss deutlich werden, dass die Menschen in der DDR einer umfassenden staatlichen Kontrolle unterlagen und einem massiven Anpassungsdruck ausgesetzt waren. Die Instrumente und Mechanismen, derer sich die SED bediente, um die gesamte Gesellschaft und das Leben der Menschen in all seinen Bereichen ideologisch zu durchdringen, sollen benannt werden – von der Kinderkrippe über die Schule und die Universität bis hin zur Arbeitswelt und zur Freizeitgestaltung. Zugleich muss dokumentiert werden, wie und

wo sich Menschen in der DDR dem Zugriff der Partei zu entziehen suchten. Diesem Anspruch stellen sich insbesondere die Dauerausstellungen des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig, des Deutschen Historischen Museums in Berlin und des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn. Das DHM und die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland haben sich in zahlreichen Wechselausstellungen Themen des Alltagslebens in der DDR gewidmet. Diese werden zudem in weiteren Zusammenhängen behandelt, so z. B. im Kontext der geplanten Dauerausstellung im ehemaligen Tränenpalast an der Friedrichstraße. Dort soll auch gezeigt werden, wie sich Grenze und Grenzverkehr auf das Alltagsleben der Menschen im geteilten Deutschland und besonders in Berlin auswirkten. Ergänzt wird dies durch die bereits geplante Dauerausstellung der Sammlung Industrielle Gestaltung in der Kulturbrauerei am Prenzlauer Berg, die die Geschichte der Produkt- und Alltagskultur in der DDR nachzeichnet. Sie soll zur kritischen Auseinandersetzung mit dem gegenständlichen Erbe der DDR anregen. Damit wird dem Thema Alltag in seinen verschiedenen Facetten umfassend Rechnung getragen.

(4) Widerstand gegen die Diktatur der SED

Unverzichtbarer Bestandteil unserer Erinnerungskultur ist das angemessene Gedenken an die Menschen, die sich gegen die



Diktatur der SED zur Wehr setzen und dafür häufig einen hohen Preis zahlten. Die Würdigung ihres Einsatzes für Freiheit und Menschenrechte nimmt deshalb in der Dauerausstellung des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig einen breiten Raum ein. Das Vermächtnis des Widerstands muss aber auch andernorts lebendig gehalten werden. In der Bundeshauptstadt soll dieses Thema zukünftig schwerpunktmäßig in dem neuen Dokumentations- und Bildungszentrum „Repression und Widerstand in der SED-Diktatur“ behandelt werden. Haus 1 eignet sich hierfür in besonderer Weise, da es wegen der Besetzung der Normannenstraße am 15. Januar 1990 und der anschließenden Inbesitznahme durch die Bürgerrechtsbewegung „den Sieg der friedlichen Revolution in der DDR und die Aufarbeitung der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit“ symbolisiert (Schlussbericht Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“). Es ist damit ein authentischer Ort des Widerstands. Die Geschichte des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 ist in die Arbeit des Zentrums einzubeziehen. Darüber hinaus sollte die Würdigung des Widerstandes auch im öffentlichen Raum geschehen, so z. B. im Umfeld der Gethsemane- und der Zionskirche in Berlin. Durch die Installation von Informationstafeln und Säulen mit Audio-Dokumenten könnte an die Bedeutung dieser Gotteshäuser als Sammelpunkte für Oppositionelle und Anhänger der Friedensbewegung in

den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts erinnert werden. Die Robert-Havemann-Gesellschaft hat hierfür bereits konzeptionelle Vorarbeit geleistet. In der Leipziger Innenstadt sollten entsprechende Angebote die Bedeutung der Nikolaikirche als Ausgangspunkt der Montagsdemonstrationen im Herbst 1989 herausstellen.

Schlusswort

Das Verständnis der eigenen Geschichte prägt die Identität jeder Nation mit. Dazu gehören für uns Deutsche die Lehren, die die Gründergeneration der Bundesrepublik Deutschland aus der verbrecherischen Herrschaft des Nationalsozialismus gezogen hat: Die unveräußerliche Achtung der Menschenwürde, die verantwortete Freiheit und die Wertebindung des Grundgesetzes sind tragende Prinzipien unserer demokratischen Ordnung. Zum historischen Erbe des wiedervereinten Deutschland zählt seit 1990 auch die kommunistische Diktatur in der ehemaligen SBZ/DDR. So wie die Erfahrung mit der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg die demokratischen Parteien im antitotalitären Grundkonsens verband, verbindet sie heute auch das Wissen um das Geschehen in der SED-Diktatur. Darauf beruht unsere gemeinsame Verantwortung, das Gedenken an unsägliches menschliches Leid der Opfer wach zu halten. Geschichte muss konsequent aufgearbeitet werden. Jeder Generation müssen die Lehren aus diesen

Kapiteln unserer Geschichte immer wieder neu vermittelt werden. Mit der Fortschreibung des Gedenkstättenkonzeptes unter Berücksichtigung beider Diktaturen nimmt der Bund seine Verantwortung wahr. Dazu sieht die Fortschreibung im Wesentlichen vor: - neue institutionelle Gedenkstättenförderungen durch den Bund, - zusätzliche Vorhaben zur Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur, - eine Erweiterung des Förderauftrags der Stiftung Aufarbeitung, - dringend erforderliche Bau- und sonstige Maßnahmen. Bei angemessener finanzieller Ausstattung trägt diese Konzeption dazu bei, die Aufarbeitung zu verstärken und das Gedenken zu vertiefen (es folgen Anlagen).

Kooperation

Am 18. Juni 2007 haben in Anwesenheit von Kulturstaatsminister Bernd Neumann und dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, die Präsidentin des Goethe Instituts, Prof. Jutta Limbach, und der Präsident des Deutschen Musikrates, Martin Maria Krüger, im Auswärtigen Amt ein Kooperationsabkommen unterzeichnet. In dem Abkommen bekräftigen der Deutsche Musikrat und das Goethe Institut ihren Willen zu einer nachhaltigen Zusammenarbeit im In- und Ausland bei der musikalischen Nachwuchsförderung und im Bereich der Laienmusik.

Kulturstaatsminister Bernd Neumann erklärte: „Mit der Vereinbarung stellen zwei in der deutschen Musiklandschaft zen-



trale Institutionen ihre Kooperation auf eine breite Basis. Damit setzen sie schon allein auf der symbolischen Ebene ein Zeichen mit unübersehbarer Ausstrahlung. Und sie fördern noch stärker als bisher die internationale Begegnung von jungen Musikerinnen und Musikern, von Laienorchestern und -chören und von halbprofessionellen Ensembles. Der Austausch von Musikpädagogen bildet ebenfalls ein wesentliches Element der Partnerschaft von Musikrat und Goethe Institut. Diese Partnerschaft wird dazu beitragen, den Reichtum der Musiknation Deutschland im Ausland noch deutlicher konturiert nachzuzeichnen und zu vermitteln.“ Aus dem Haushalt des Kulturstaatsministers wird der Deutsche Musikrat mit insgesamt 2,7 Mio. Euro gefördert. Mit Mitteln der Bundesregierung finanziert der Musikrat auch zahlreiche Projekte im Bereich der Laienmusik und der musikalischen Nachwuchsförderung. Das Goethe Institut unterstützt Begegnungen zwischen deutschen und ausländischen Ensembles der Laienmusik und des semiprofessionellen Spektrums. Beide Organisationen planen, das Ensemble für zeitgenössische Musik bei ihrer internationalen Vorstellung zu unterstützen. Das gilt auch für ausgewählte Bands aus dem Projekt Pop Camp. Außerdem sollen Begegnungsprogramme für junge Musikerinnen und Musiker sowie Laienmusikensembles ausgebaut werden. Auch der Austausch und die Vermittlung von Lehrerinnen und Lehrern stehen auf dem Programm. Insgesamt stehen 2,7 Millionen

Euro für die Förderung der Laienmusik und des musikalischen Nachwuchses zur Verfügung. Unterstützt werden zum Beispiel Meisterkurse für den Dirigentennachwuchs mit 300.000 Euro oder das Pop Camp mit 200.000 Euro. Besonders bedeutsam für Laien sind der Deutsche Chorwettbewerb und der Deutsche Orchesterwettbewerb. Sie werden vom BKM mit einer halben Million Euro gefördert.

Eröffnung des 4. Bundeskongresses der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.
(6./7. Juni 2007)

In Anwesenheit von hochrangigen nationalen und internationalen Vertretern aus Kultur, Politik und Wirtschaft betonte Staatsminister Neumann die fundamentale Bedeutung der Kultur für ein gemeinsames Europa. In seiner Grundsatzrede zum Thema „Kulturpolitik für Europa“ bekräftigte er, dass der Ausgangspunkt einer europäischen Kulturpolitik insbesondere die Vielfalt der Kulturen in Europa sein müsse. Zugleich hob er das gemeinsame kulturelle Erbe Europas als Grundlage der Europäischen Gemeinschaft und als Voraussetzung einer gemeinsamen europäischen Verfassung hervor: „Es ist wichtiger denn je, sich nicht nur über die Vielfalt, sondern vor allem auch über die gemeinsamen kulturellen Wurzeln unserer europäischen Kultur zu verständigen. Identität stiften können nur gemeinsame Werte und geteilte Überzeugungen. Nur auf ihrer Grundlage

können die Aufgaben einer gemeinsamen ‚Europäischen Kulturpolitik‘ formuliert werden“, sagte Bernd Neumann. Als zukünftige Bausteine einer gemeinsamen europäischen Kulturpolitik nannte der Kulturstaatsminister die Sicherung des kulturellen Austausches, die Gewährleistung von Transfer und freier Kommunikation und die Anerkennung von Kreativität auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Mit Blick auf die Zunahme von Initiativen aus Brüssel im Kulturbereich stellte Bernd Neumann zugleich fest, dass Europa weiterhin auf dem im EG-Vertrag verankerten Prinzip des Kulturföderalismus aufbaut: „Kultur wird auch in Zukunft Sache der einzelnen Mitgliedstaaten bleiben. Europa respektiert die in den Mitgliedstaaten gewachsenen Kulturen und verzichtet im Kernbereich der Kultur auf eine rechtliche Harmonisierung. Die Europäische Gemeinschaft bleibt auch weiterhin dem Grundsatz der Subsidiarität streng verpflichtet.“

Die Konferenz setzte sich mit dem Verhältnis nationaler und europäischer Kulturpolitik auseinander: Welche Rolle spielt die Kultur im europäischen Integrationsprozess? Wie werden europäische Themen in der Kulturpolitik der Mitgliedsstaaten berücksichtigt? Neben dem Fokus der kulturellen Identität Europas beschäftigt sich die Konferenz mit „Kulturdialog“. Die Tagung mit mehr als 500 Teilnehmern aus 36 Ländern wurde von der Kulturpolitischen Gesellschaft ausgerichtet – mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung, der Konrad-Adenauer-



Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, des Auswärtigen Amtes und der Europäischen Kommission. Dabei zeigte sich, dass das Thema letztlich nur als Querschnittsaufgabe zu begreifen ist; und dass es öffentlicher Orientierungen und Leitbilder bedarf, damit eine europäische Kulturpolitik sich als Gesellschaftspolitik profilieren kann. Einen ersten Orientierungsrahmen lieferte bereits auf dem Kongress die Kulturpolitische Gesellschaft mit ihrer Erklärung „Kultur macht Europa“. Einen Bericht über den Bundeskongress brachte die SZ vom 9. Juni 2007.

Zusammenarbeit der europäischen Museen

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hat Kulturstaatsminister Bernd Neumann am 6. Mai 2007 eine Konferenz zu „Mobilität von Sammlungen - Vertrauen schaffen, Netzwerke stärken“ in Bremen eröffnet. Neumann sagte in seinem Grußwort: „Ein reger, grenzüberschreitender Austausch zwischen den reichen Sammlungen der europäischen Museen schärft den Blick für unser gemeinsames kulturelles Erbe. Europa lebt von seiner kulturellen Vielfalt – doch wir sollten auch die gemeinsamen Wurzeln und die grenzüberschreitenden Entwicklungslinien sichtbar machen. Die Mobilität von Museumssammlungen kann dazu beitragen, eine gesamteuropäische Identität zu stärken.“ Themen der Fachkonferenz waren die vertrauensvolle Zusammenarbeit und gute Vernetzung von Museen und

kulturpolitisch Verantwortlichen in den EU-Mitgliedsstaaten, insbesondere mit Blick auf die Mobilität von Sammlungen. Die Präsentation von Beispielen und Erfahrungen soll Anstöße für langfristige Partnerschaften geben. Im Oktober 2006 hatte der Europäische Ministerrat einen Aktionsplan zur Mobilität von Sammlungen verabschiedet, der auch die Themen der beiden Fachkonferenzen behandelt. Der Aktionsplan bildet die Grundlage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit der europäischen Museen. Veranstalter der Fachkonferenzen waren der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien gemeinsam mit dem Deutschen Museumsbund und NEMO, dem Netzwerk Europäischer Museumsorganisationen. Eine erste Fachkonferenz zu dem Themenbereich fand bereits vom 15.- 17. April 2007 in München statt.

EU-Präsidentschaft: positive Bilanz (26. Juni 2007)

Am 13. Februar 2007 stellten Kulturstaatsminister Neumann und EU-Kulturkommissar Jan Figel die Ergebnisse des informellen Treffens der EU-Kulturminister vor. Im Mittelpunkt dieses Treffens standen Fragen der Kulturwirtschaft. Im November 2006 legte die EU-Kommission erstmals einen Bericht zur Kulturwirtschaft vor. In dem Bericht wurde der Frage nachgegangen, welchen Beitrag der Kulturbereich zum Erreichen der Ziele der Lissabon-Strategie leisten kann, in der sich im März 2000

die EU-Staats- und Regierungschefs darauf verständigten, die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu entwickeln. Entsprechend dieser Strategie wurden besonders das Wachstum des Kultursektors und seine Beschäftigungswirkungen untersucht. Der Kulturbereich wird eingeteilt in den kulturellen Sektor mit nicht-industriellen Strukturen wie Ausstellungen, Theater, Museen usw. sowie den industriellen Bereich wie Film, Video, Spiele, Musik, Buch- und Presseerzeugnisse. Davon abgegrenzt wird der kreative Sektor, der Design, Architektur und Werbung umfasst. Insgesamt wird festgestellt, dass sowohl der kulturelle als auch der kreative Sektor wachsen und zwar mit Blick auf den Umsatz und auf die Beschäftigung. Der kulturelle und der kreative Sektor haben eine höhere wirtschaftliche Bedeutung als andere Branchen wie z.B. die Automobil- oder Chemieindustrie. EU-Kulturkommissar Jan Figel sagte in der Pressekonferenz: „Europa ist in der Kultur eine Supermacht“. Er verwies u.a. darauf, dass 55% des Welttourismus nach Europa gingen. Als Grund führte er die Kultur an. Jan Figel schlug vor, dass das Jahr 2009 zum EU-Jahr der Kreativität ausgerufen werden sollte.

Kulturstaatsminister Neumann stellte die nächsten Schritte im EU-Kulturministerrat vor: Das Thema Kulturwirtschaft soll in den Arbeitsplan des Rates fest aufgenommen werden. Portugal wird die Fragestellung im Rah-



men seiner Ratspräsidentschaft weiter verfolgen. Es soll ein Aktionsplan Kulturwirtschaft formuliert werden. An der Formulierung sollen Experten aus der Kulturwirtschaft mitwirken. Im EU-Kulturministerrat soll regelmäßig aus den Ländern über besondere Aktivitäten im Bereich der Kulturwirtschaft berichtet werden.

Staatsminister Bernd Neumann hat im Vorfeld der Tagung des Kulturausschusses des EU-Parlaments in Brüssel im Juni 2007 eine positive Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft im Kultur- und Medienbereich gezogen. Mit Blick auf die Ergebnisse des Kultur- und Medienministerrates vom 24. Mai 2007 und die politische Einigung über die audiovisuelle Mediendienst-Richtlinie erklärte Neumann: „Mit der verabschiedeten Richtlinie können wir nun einen stabilen europäischen Regelungsrahmen gestalten, der das Wachstum dieser Branche wirksam unterstützen wird. Die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurde anerkannt. Gleichzeitig sichert sie zentrale Elemente unserer demokratischen Gesellschaft wie Jugendschutz, Schutz der Menschenwürde, kulturellen Reichtum und Meinungs- und Informationsvielfalt – und zwar in allen audiovisuellen Medienangeboten. Einige hielten dieses Ziel anfänglich für zu ambitioniert, aber dank der guten und kooperativen Zusammenarbeit der europäischen Institutionen haben wir einen Kompromiss gefunden, der für alle akzeptabel ist. Der ausgehandelte Richtlinienentwurf stellt klar, dass

Schleichwerbung und Themenplatzierung grundsätzlich verboten sind und bleiben.“ Die Richtlinie wird voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft treten können und bis 2009 überall in der EU Gültigkeit haben.

„Ich bin sicher, diese Richtlinie wird den Praxistest bestehen und sich als Grundlage einer kreativen und ökonomisch erfolgreichen europäischen audiovisuellen Landschaft erweisen“, sagte der Staatsminister. Als Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft wertete Staatsminister Bernd Neumann außerdem die in Brüssel am 24. Mai 2007 verabschiedeten „Schlussfolgerungen des Rates zum Beitrag des Kultur- und Kreativbereichs zur Verwirklichung der Ziele der Lissabon-Strategie“. Er betonte: „Die Schlussfolgerungen setzen ein klares politisches Signal: Kultur und Wirtschaft schließen sich nicht aus. Im Gegenteil: Sie bieten für alle Beteiligten große Chancen – für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für die Wettbewerbsfähigkeit in einem gemeinsamen Europa.“

Staatsminister Bernd Neumann zog auch eine positive Bilanz der Fachveranstaltungen im Bereich Medien und Kultur, darunter die Konferenzen zur kulturellen Vielfalt, zur Digitalisierung von Kulturgut, zur Mobilität von Sammlungen, zur Kulturwirtschaft und zu digitalen Medien. Zugleich lobte er die zahlreichen Kunstveranstaltungen, mit denen sich Deutschland während der EU-Ratspräsidentschaft als große europäische Kulturnation präsentierte.

Aus der CDU

Kultur im CDU-Grundsatzprogramm (Entwurf)

3. Kultur: Ausdruck nationaler Identität und Weltoffenheit

Deutschland ist eine europäische Kulturnation, geprägt vor allem durch die christlich-jüdische Tradition und die Aufklärung. Kunst und Kultur formen nicht nur die Identität des Einzelnen, sondern auch die unserer ganzen Nation. Wir wollen das reiche kulturelle Erbe unseres Landes bewahren, das geprägt ist durch die Vielfalt seiner Länder und Regionen. Kulturelle Vielfalt gehört zur Lebendigkeit unserer Gesellschaft, trägt zur Lebensqualität in Deutschland bei und fördert die Bereitschaft, Neues zu wagen. Unser kulturelles Leitbild ist ein weltoffenes Deutschland, das auf der Grundlage seiner Traditionen aufgeschlossen ist für die Begegnung mit anderen Kulturen. Die kulturelle Vitalität und Attraktivität Deutschlands beruht bis heute auch auf dem Austausch mit anderen Völkern und Kulturen. Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst. Staat und Politik sind nicht für die Kunst, ihre Ausdrucksformen oder Inhalte zuständig, wohl aber für die Bedingungen, unter denen Kunst und Kultur gedeihen können. Kunst ist eine besondere Form der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit. Sie lebt von Neugier und Wagnis. Die Stärkung kreativer Potenziale ist entscheidend



auch für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Die Kulturwirtschaft ist ein wichtiger Standortfaktor. Die CDU bekennt sich zur Förderung von Kunst und Kultur als herausragende öffentliche Aufgabe für Bund, Länder und Kommunen. Das gilt für die Bewahrung des kulturellen Erbes ebenso wie für die Förderung der zeitgenössischen Kunst. Hierzu zählen künstlerische Spitzenleistungen ebenso wie die Breitenkultur, tradierte ebenso wie populäre Ausdrucksmöglichkeiten sowie Beiträge der Vertriebenen, der Spätaussiedler und von Zuwanderern. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine unverzichtbare Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Neben der staatlichen Verantwortung ist bürgerschaftliches Engagement in der Kulturförderung unersetzlich. Wir wollen die Rahmenbedingungen für private Kulturförderung durch Stiftungen, Mäzenatentum und Sponsoring weiter verbessern. Lebendige Erinnerung ist Teil unserer Kultur und umfasst für uns die gesamte deutsche Geschichte mit allen Höhen und Tiefen. Prägend für die Bundesrepublik Deutschland sind die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus, insbesondere die Singularität des Holocausts. Einen besonderen Rang besitzt auch die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Herausragende Bedeutung kommt der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 und der Wiedervereinigung zu. Die Geschichte des Kommunismus in der DDR ist nicht lediglich ein ostdeutsches Ereignis, sondern – wie die Ge-

schichte des Nationalsozialismus - Teil der deutschen Nationalgeschichte wie der europäischen Geschichte.

Das gilt auch für das Schicksal der Heimatvertriebenen. Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören in den Erinnerungsbogen des ganzen Volkes. Ebenso wenig werden wir die großartige Aufbauleistung und die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg vergessen. Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens- und Versöhnungsbeiträge und die wirtschaftlichen und politischen Aufbauleistungen ist nicht nur für einen ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar, sondern auch konstitutiv für das Selbstverständnis der Nation und ihre demokratische Traditionsbildung. Dazu gehört insbesondere die Ablehnung jeglicher Form von totalitären und diktatorischen Systemen. Vor allem Bildung und Wissenschaft, Literatur und Kunst sind aufgerufen, zum Bewusstsein und zur Auseinandersetzung mit der ganzen deutschen Geschichte beizutragen. Ohne Kultur entsteht keine Bildung, ohne Bildung wächst keine Kultur. Kulturelle Bildung ist unerlässlich, um dem Einzelnen zu helfen, seine Persönlichkeit zu entfalten und an Demokratie und Gesellschaft teilzuhaben. Die kulturelle Dimension ist eine wesentliche Voraussetzung zur Vermittlung von Orientierung und Wissen. Insbesondere junge Menschen müssen frühzeitig an Kunst und Kultur her-

angeführt werden. Nur so können in Zukunft Angebot und Nachfrage für künstlerische Berufe und Kultureinrichtungen nachwachsen. Kulturelle Bildung muss in der Familie beginnen und darf mit der Schule nicht aufhören. Für die CDU ist kulturelle Bildung ein unverzichtbarer Bestandteil des öffentlich verantworteten und geförderten Bildungssystems. Die deutsche Sprache ist mehr als ein Mittel der Verständigung. Sie ist ein herausragendes Merkmal der Kultur unseres Landes. Sie prägt unser Denken und ist ein die Gesellschaft einigendes Band. Deshalb haben wir eine besondere Verantwortung für den sorgfältigen Umgang mit der deutschen Sprache.

Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik dient der Vermittlung deutscher Sprache und Kultur und soll den Dialog der Kulturen der Welt ebenso fördern wie die Demokratie und Menschenrechte. Die Arbeit von Auslandsschulen und Wissenschaftseinrichtungen sowie kultureller Mittlerorganisationen für ein authentisches Bild unseres Landes im Ausland muss gestärkt werden. Auswärtige Kulturpolitik fördert das Ansehen Deutschlands in der Welt und die Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen internationalen Partnern auch im wirtschaftlichen Bereich. Freie Medien sind ein wesentliches Element unserer demokratischen Ordnung, ein besonders schützenswertes Kulturgut und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor mit einer herausgehobenen Verantwortung. In einer sich schnell wandelnden Medienwelt kommt es vor allem



auf die Sicherung der Vielfalt und Qualität der Medieninhalte, aber auch auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Medienanbieter an. Im Interesse der Unabhängigkeit der Medien wie der Politik lehnen wir eine unmittelbare oder mittelbare finanzielle Beteiligung von politischen Parteien an Medien ab. Zur Vielfalt der Medienangebote gehört auch das bewährte duale System von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk. Medienpolitik muss dafür sorgen, dass zwischen privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk ein fairer Wettbewerb

stattfinden kann, der beiden Systemen angemessene Entwicklungschancen gewährt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss vor allem eine Grundversorgung mit Bildung, Kultur und Information gewährleisten. Er ist damit Kulturförderer und Kulturproduzent zugleich. Ihm kommt ebenso eine besondere Verantwortung für die Integration und Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund und ihrer Lebenswirklichkeit zu. Medienanbieter und Journalisten sind angesichts ihrer besonderen Einflussmöglichkeiten in hohem Maße mitverantwortlich für das

gesellschaftliche und kulturelle Leben. Die Vermittlung einer grundlegenden Medienkompetenz als Orientierungshilfe gehört zum Bildungs- und Erziehungsauftrag von Familie, Kindergarten und Schule. Medienanbieter haben eine Verantwortung vor allem gegenüber jungen Menschen. Dieser müssen sie durch entsprechende Selbstverpflichtungen gerecht werden. Der Jugendschutz muss für die jeweiligen Altersstufen stetig weiterentwickelt, seine Maßstäbe präziser gesetzt und Verstöße spürbar geahndet werden.

KULTURPOLITIK IN PRESSE UND MEDIEN

Berichtszeitraum November 2006 bis 15. Oktober 2007

Kulturpolitik im Bund

Verbesserter Schutz durch zwei UNESCO-Kulturübereinkommen

(1. Februar 2007)

Der Deutsche Bundestag hat der Ratifizierung von zwei UNESCO-Übereinkommen zugestimmt: dem Übereinkommen zum Kulturgüterschutz sowie dem Übereinkommen über den Schutz und die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Die Verabschiedung beider Gesetze belege den hohen Stellenwert der Kulturpolitik im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, erklärte Kulturstaatsminister Neumann. „Die Verabschiedung des Gesetzes über den Kulturgüterschutz ist ein großartiger kulturpolitischer Erfolg.

Es geht hier darum, kulturelle Identität weltweit und möglichst umfassend vor dem Verlust prägender Kulturgüter zu schützen. Nach langen Jahren der Diskussion findet Deutschland nun endlich den Anschluss an den internationalen Standard“, sagte Neumann.

Das UNESCO-Übereinkommen von 1970 sieht Rückgabeansprüche zwischen den Vertragsstaaten vor: Deutschland erhält gegenüber den anderen Vertragsstaaten des Abkommens einen völkerrechtlich verbindlichen Rückgabeanspruch für illegal verbrachtes, national wertvolles Kulturgut. Einen entsprechenden Rückgabeanspruch erhalten auch die Vertragsstaaten gegenüber Deutschland. Durch

ausgewogene Regelungen wird der Schutz bedeutender Kulturgüter deutlich gestärkt, ohne dass dabei Kunst- und Antiquitätenhandel unangemessen belastet würden.

Zur Umsetzung der UNESCO-Konvention „Kulturelle Vielfalt“ betonte der Kulturstaatsminister: „Der Schutz und die Förderung der kulturellen Vielfalt muss gerade den europäischen Staaten ein vorrangiges Anliegen sein. Europa ist in erster Linie die Summe seiner Kulturen. Aus der kulturellen Vielfalt schöpft unser Kontinent seine Kraft für die Zukunft. Mit dem heute verabschiedeten Gesetz sichern wir den notwendigen Schutz dieser Vielfalt.“ Das UNESCO-Übereinkommen zum Schutz kultu-



reller Vielfalt verankert das Recht der Vertragsstaaten auf eine eigenständige Kulturpolitik. Notwendig wird dies, da international der Handel mit Dienstleistungen zunehmend liberalisiert wird – mit Auswirkungen auch auf den Kultur- und Bildungsbereich. Kernstück des Übereinkommens ist daher das Recht eines jeden Staates, regulierende und finanzielle Maßnahmen zu ergreifen, um die Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen auf seinem Staatsgebiet zu schützen. Die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt trat am 18. März 2007 in Kraft. Die von Kanada und Frankreich vorangetriebene Konvention war im Oktober 2005 gegen zwei Stimmen – die der USA und Israels – beschlossen worden. Sie wurde seitdem von 52 Staaten und der EU ratifiziert. Die USA hatten bis zuletzt dagegen gekämpft, weil sie die Geschäftsinteressen Hollywoods und der US-Musikindustrie gefährdet sahen.

Positive kulturpolitische Halbzeitbilanz

Der Deutsche Kulturrat zog zur Halbzeit der Großen Koalition eine positive Bilanz. Mit der Reform des Künstlersozialversicherungsgesetzes, des Urheberrechtsgesetzes sowie des Gemeinnützigkeitsrechts hat die Regierungskoalition wichtige Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag abgeschlossen. Ein wichtiger Erfolg ist weiterhin die Ratifizierung der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt durch Bundestag und Bundesrat. Der Deutsche Kulturrat

begrüßt besonders, dass Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im kommenden Jahr eine Etatsteigerung von 15% vorgesehen hat. Der Etat steigt damit laut den Planungen um 82,6 Mio. Euro. Der Deutsche Kulturrat begrüßte ebenfalls die vom Kulturstatsminister Neumann geplante Etatsteigerung von 1,3% und hat im Juli 2007 ausdrücklich gratuliert: Geschäftsführer Olaf Zimmermann, sagte: „Was wurde der Deutsche Kulturrat vor der letzten Bundestagswahl gescholten, als er einen Politiker mit starker Einbindung in die Fraktion als Kulturstatsminister gefordert hat. Jetzt, fast zwei Jahre nach der Berufung von Kulturstatsminister Neumann, ist die Kritik an dieser Forderung des Deutschen Kulturrates vollständig verstummt. Denn es wird deutlich, dass die politische Vernetzung des Kulturstatsministers im Berliner Politikapparat unmittelbare Auswirkungen auf den Erfolg bei den Haushaltsberatungen hat. In diesem Sinne gratulieren wir Kulturstatsminister Neumann, der kein Schöngeist, dafür aber Politikprofi ist, für seinen haushaltspolitischen Erfolg.“

Lukretia Jochimsen (Die Linke) sagte: „Ich kann Ihnen ein Lob der Linken nicht ersparen.“

Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht neu geregelt

Am 21. September 2007 hat das reformierte Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht den Bundesrat passiert: Durch die Reform wird u.a. der Spendenabzug auf

20% vereinheitlicht und der Übungsleiterfreibetrag auf 2.100 Euro/Jahr angehoben. Ebenso steigt der Höchstbetrag, der bei der Gründung von Stiftungen steuerlich geltend gemacht werden kann, auf 1 Million Euro, absetzbar über 10 Jahre verteilt. Die Steuerausfälle für Bund und Länder sollen sich dadurch auf jährlich 490 Millionen Euro belaufen (FAZ vom 22. September 2007).

Die SZ vom 7. Juli 2007 („Was die Gesellschaft zusammenhält“) unterstreicht die Bedeutung insbesondere für das Stiftungswesen und das Ehrenamt; „Hoffen auf eine Gründerzeit“, schreibt die FAZ vom 20. April 2007.

Kritik meldete allerdings Mäcenata an: die für 2009 geplante Abgeltungssteuer mache viele Vorteile wieder zunichte (s. auch Bericht in der SZ vom 22. Dezember 2006 und vom 8. September 2007).



Kulturpolitik in Ländern und Kommunen

Baden-Württemberg

Kürzungen verhindert

Im Haushaltsplan des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst konnten bisher geplante Kürzungen im Umfang von 255.000 Euro in 2007 und 345.000 Euro in 2008 durch den Einsatz sogenannter Fraktionsmittel verhindert werden. Das Gesamtvolumen des Staatshaushaltsplans bleibt hiervon unberührt. Im Einzelnen wird der Mitteleinsatz in folgenden Bereichen verbessert: Zur Förderung der Klein- und Figurentheater konnten Kürzungen in Höhe von rund 70.000 Euro im Jahr 2007 und 120.000 Euro im Jahr 2008 verhindert werden. Aus diesen Mitteln werden jeweils 31 Klein- und 13 Figurentheater laufend gefördert. „Die Klein- und Figurentheater befinden sich überwiegend im ländlichen Raum. Sie erfüllen einen wichtigen kulturpolitischen Auftrag“, erklärte der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Werner Pfisterer. Der CDU-Fraktion sei es darum gegangen, tariflich bedingte Personalmehraufwendungen wenigstens zum Teil auszugleichen. Bisher vorgesehene Kürzungen im Bereich der Förderung soziokultureller Zentren werden in 2007 um 60.000 Euro und in 2008 um 100.000 Euro zurückgenommen. Für internationale Projekte stehen in diesem und im nächsten Jahr jeweils 45.000 Euro mehr zur Verfügung als ursprünglich vorgesehen. Die För-

derung der kulturellen Bildung vor allem Jugendlicher im Theaterbereich wird in 2007 und 2008 um jeweils 80.000 Euro gegenüber der bisherigen Planung verbessert. Damit wird – so Pfisterer – die Finanzierung einiger Modellprojekte im Theaterbereich sichergestellt. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und professionellem Theater würde unter anderem durch gemeinsame Inszenierungen und besondere Workshop-Angebote in den Schulen für Lehrer (als Multiplikatoren) und Schüler begonnen.

Akademie für Darstellende Kunst gegründet

Mit der Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages haben das Land Baden-Württemberg, die Filmakademie Baden-Württemberg, die Staatliche Akademie der Bildenden Künste Stuttgart und die Stadt Ludwigsburg am 8. Oktober 2007 die Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg gegründet. „Wir schaffen eine Ausbildungseinrichtung, die es so bisher im deutschsprachigen Raum nicht gibt. Ich bin sicher, die Akademie für Darstellende Kunst wird sich erfolgreich entwickeln“, so Kulturstaatssekretär Birk. Die Aufnahme des Studienbetriebs kann zum Semesterbeginn im Herbst 2008 beginnen.

Weltkulturerbe

Die Stadt Baden-Baden will sich

um Anerkennung als Weltkulturerbe auf der UNESCO-Liste bewerben und sich dabei insbesondere als „Bäderstadt des 19. Jahrhunderts“ präsentieren. (General Anzeiger vom 23. Mai 2007).

Berlin/Hauptstadtkultur

Finanzierung

Dass das Karlsruher Berlin-Urteil insbesondere die Kultur treffen kann, findet in den Feuilletons durchweg Ablehnung (vgl. auch Tagesspiegel vom 2. November 2006). Am besten formuliert es die SZ vom 20. Oktober 2006: „Niemand braucht ein Opernhaus zum Leben. Der utilitaristische Standpunkt läuft bei dieser auf größte Verschwendung und immaterielle Lüste ausgerichteten Kunstform ins Leere. Und doch wollen einige Menschen Opernhäuser. Berlins Politiker, egal ob amüsisch oder belcantosüchtig, sollen sich dieser Spezies möglichst rasch zugesellen, denn wenn sie eines ihrer Häuser schließen, dann wird ihre an Ödnis durchaus nicht arme Stadt noch mehr veröden – und ihnen zudem der Makel der Kulturbanausen auf Ewigkeit hin anhängen. An der wirtschaftlichen Situation der Stadt dürfte die Schließung wenig ändern. Berlin wird lediglich etwas unattraktiver ...“ Auch der Direktor der Berliner Opernstiftung Klaus Michael Schindhelm



hat sich für eine Nationaloper eben der Unter den Linden ausgesprochen (GA vom 21. Oktober 2006). Im November 2006 hat Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) die Absage des Bundes bekräftigt, noch mehr Geld für die Kultur der Hauptstadt bereitzustellen. Der Bund stelle bereits 340 Millionen Euro jährlich für die Hauptstadtkultur zur Verfügung, so Neumann. Dazu kämen die zugesagten 50 Millionen Euro für die Sanierung der Staatsoper und über 70 Millionen für den Bau eines zentralen Eingangsgebäudes auf der Museumsinsel. Vor drei Jahren habe der Bund zudem den Berliner Haushalt um 24 Millionen Euro entlastet, „um die Opernfrage zu lösen“ und die Berliner Opernstiftung zu ermöglichen. Bedingung sei dafür gewesen, dass in Berlin keine Oper geschlossen wird. Der Regierende Bürgermeister Wowereit hatte gefordert, dass der Bund die Kosten für Betrieb und Sanierung der Staatsoper trägt.

Kein neuer Hauptstadtkulturvertrag

Im Mai 2007 sprachen sich die Unionsfraktionen im Bundestag und im Berliner Abgeordnetenhaus gegen einen neuen Hauptstadtkulturvertrag aus. Auch wenn das Abkommen vom 9. Dezember 2003 wegen einer fehlenden Beteiligung des Bundestages nicht den Status eines Staatsvertrages einnehme, seien mit den Haushaltsentscheidungen des Parlaments Rechtsverbindlichkeiten geschaffen worden, sagte der kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Börnsen

am 15. Mai 2007. Dennoch sollte „in Einzelfällen“ die Zuordnung von Berliner Kultureinrichtungen zum Bund oder zum Land Berlin überprüft werden. Offen bleibt derzeit, ob die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ vorschlägt, die finanzielle Förderung der Berliner Kultur durch den Bund gesetzlich zu regeln. Der Deutsche Kulturrat fordert ein Bundesgesetz.

Staatsoper

Nach Angaben des Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin vom 15. Mai 2007 wird sich Berlin mit 50 Millionen Euro an der Sanierung der maroden Staatsoper Unter den Linden beteiligen, entsprechende Beträge würden von 2010/2011 an in den Haushalt eingestellt. Bis dato hatte Berlin den Standpunkt vertreten, das mit 61 Milliarden Euro verschuldete Land könne sich nicht mehr an der Instandsetzung der Staatsoper beteiligen. Allerdings hat ebenfalls im Mai 2007 Klaus Wowereit dem Bund vorgeschlagen, die Staatsoper als alleiniger Träger in Eigenverantwortung zu übernehmen. In einem Brief an Kanzleramtsminister de Maizière Anfang Juli 2007 schrieb Wowereit, in Nachbarländern wie Österreich oder Frankreich sei die Verantwortung für Opernhäuser „eine selbstverständliche Aufgabe des Gesamtstaates“. Sollte sich der Bund dazu entschließen, die Staatsoper zu übernehmen, würde sich Berlin mit „einem angemessenen Betrag“ an der Sanierung des Hauses beteiligen. Eine Alternative wäre die unmittelbare Beteiligung des Bundes an der Berliner Opern-

stiftung als organisatorisches Dach von Staatsoper, Deutscher Oper Berlin und Komischer Oper. Diese Beteiligung wäre mit Sitz und Stimme im Stiftungsrat verbunden, damit der Bund aktiv das Geschehen gestalten könne. Der kulturpolitische Sprecher der Berliner CDU, Michael Braun, warf Wowereit eine Abkehr von der bisherigen Linie Berlins vor, die Opernstiftung zu stärken. Ein Sprecher von Kulturstaatsminister Neumann sagte, Wowereits Vorstellungen „kommen nicht unerwartet“. Es werde dazu auch ein Gespräch im Kanzleramt zwischen dem Regierenden Bürgermeister und dem Bund geben.

Philharmoniker

Im April 2007 war in Berlin eine neue Diskussion über eine mögliche Übernahme der Berliner Philharmoniker durch den Bund entbrannt. Anstoß zu diesem neuerlichen Vorschlag gab die Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Monika Grütters mit Unterstützung des früheren Kultur senators Christoph Stözl. Nach Ansicht Stözls würden die anderen Bundesländer einer Übernahme des Spitzenorchesters durch den Bund wahrscheinlich eher zustimmen als einer Übernahme der Staatsoper, so Stözl. Zurückhaltender gab sich der Berliner Kulturstaatssekretär André Schmitz: „Wir sehen keinen Anlass diese Diskussion im Jubiläumsjahr der Berliner Philharmoniker zu führen.“ (GeneralAnzeiger vom 13. April 2007).

Hohenzollernschloss: Beitrag Berlins

Kulturstaatsminister Neumann



sowie die Berliner Oppositionsparteien CDU und Grüne haben einen finanziellen Beitrag Berlins zum Neubau auf dem Berliner Schlossplatz gefordert. Berlin müsse sich über die Bereitstellung des Grundstücks hinaus auch finanziell am Wiederaufbau des Stadtschlusses (Humboldt-Forum) beteiligen und als Bauherr mitgestalten, sagte der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Michael Braun, am 11. April 2007. Im Juli 2007 beschloss die Bundesregierung, für 480 Millionen Euro einen Neubau mit der Originalfassade des einstigen Hohenzollernschlusses errichten lassen. Das Kabinett stimmte am 4. Juli dem Konzept von Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee für das so genannte Humboldt-Forum auf dem Schlossplatz zu. Nach dem kompletten Abriss des DDR-Palastes der Republik soll der Bau 2010 beginnen. Bis Ende 2013 solle im Herzen der deutschen Hauptstadt dann ein „Schaufenster des Weltwissens“ und „ein Ort der Begegnung der Kulturen“ entstehen und mit der benachbarten Museumsinsel ein „Universum der Künste“ bilden. Über das Konzept muss der Bundestag abstimmen, der schon 2003 den Neubau bewilligt hatte. Im Herbst soll ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben werden. Tiefensee erwartet „hunderte“ von Einsendungen aus aller Welt. Eine Jury werde 40 Vorschläge in die engere Auswahl nehmen. Berlin hat eine Beteiligung von 32 Millionen Euro zugesagt. Der Förderverein Berliner Schloss will für die Fassaden-Rekonstruktion 80 Millionen Euro aus Spenden sammeln.

Sollte bis zur Fertigstellung dieser Betrag nicht zusammenkommen, will der Bund in Vorleistung gehen (s. auch FAZ vom 30. April 2007); die FAZ vom 21. September („Schlosszwitter“) weist allerdings darauf hin, dass nach den derzeitigen Vorstellungen „ein fader Zwitter aus Rekonstruktion und Bürofunktionalismus“ entstünde; außerdem habe der Schlossverein erst 14 Millionen Euro Spenden gesammelt, es fehlen 65 Millionen. Zweifel an der Kalkulation von 480 Millionen Euro hat auch der Haushaltsausschuss des Bundestages geübt. Es gebe Anhaltspunkte, so der CDU-Haushaltsexperte Steffen Kampeter, dass diese Summe nur für ein „Rumpfschloss“ reiche (SZ vom 21. September 2007). Dass es dem bevorstehenden Architektenwettbewerb „an Mut und Weltoffenheit“ fehle, moniert Heinrich Wefing in der FAZ vom 5. Oktober 2007.

Nicht gefördert

Erneut ist dem Berliner Naturkundemuseum die finanzielle Förderung durch Bund und Länder entgangen. Bei der Tagung der Bund-Länderkommission für Forschungsförderung im Oktober 2006 war vom Berliner Senat die Aufnahme des wohl wichtigsten und reichhaltigsten Naturkundemuseums Deutschlands gar nicht erst vorgeschlagen worden, weil die Mittel fehlen, das Haus besser als bisher zu finanzieren. Hinzu kommt, so die FAZ vom 27. Oktober 2006, dass weder Kulturstaatsminister Neumann noch Bundesforschungsministerin Schavan gegenüber dem weltweit bedeuten-

den Haus ein angemessenes Interesse gezeigt hätten.

Topographie des Terrors

Anfang November 2007 soll nach Angaben des Direktors der Stiftung, Andreas Nachama, mit dem Bau des neuen Dokumentationszentrums der Stiftung „Topographie des Terrors“ in Berlin begonnen werden. Die Kosten werden auf gut 23 Mio. geschätzt. Bis Mai 2010 soll das Dokumentationszentrum fertig sein. Teile der Ausstellung sollen aber bereits 2009 eröffnet werden (FAZ vom 7. Juli 2007).

Theatersituation in Berlin

S. auch den Beitrag in der BZ vom 18. September 2007: „Der Tag des großen Bettelns“. Nach diesem Bericht wird die Opernstiftung einen Finanzbedarf von zusätzlich 11 Mio. Euro haben. Dem Friedrichstadtpalast fehlen Ende 2007 rund 2,4 Mio. Euro in der Kasse. Das Gorki-Theater hat kein Geld mehr, um die technische Ausstattung zu verbessern. Die Schaubühne fordert 500.000 Euro. Das Konzerthaus benötigt für sein Orchester 1 Mio. Euro. Und selbst Klassenprimus BE-Chef Klaus Peymann wünscht sich zusätzliche Lottomittel.

Gedenkstätte für Maueropfer

Land, Bund und Fördertöpfe haben 11,6 Mio. Euro für einen neuen Gedenkpark zum Gedenken an die Mauer und die Maueropfer in Berlin vorgesehen. Am 10. August 2007 gab die Gedenkstätte Berliner Mauer bekannt, dass der Wettbewerb zur Gestaltung eröffnet sei (SZ vom 11. August 2007).



Brandenburg

Potsdam

Mit 42,8% hat sich die Potsdamer Bevölkerung für den Wiederaufbau des barocken, im 2. Weltkrieg beschädigten und in der DDR dann vollständig abgerissenen Stadtschlusses in Form eines Landtagsgebäudes ausgesprochen. Dazu siehe den Kommentar in der WAMS vom 7. Februar 2007: „Für das Echte gibt es keinen Ersatz“. Als „Wiedergewinnung der Mitte“ bezeichnete die FR vom 6. Januar 2007 den Vorgang.

Investitionsprogramm

Brandenburg will sich an einem Sonderinvestitionsprogramm für die vom Verfall bedrohten preußischen Schlösser und Parks beteiligen, nachdem die Stiftung Preußischer Schlösser und Gärten im März 2007 zusätzliche Mittel für die Erhaltung ihrer Bau- und Parkdenkmäler in Berlin und Brandenburg gefordert hatte. In den kommenden 25 Jahren benötigt die Stiftung 37 Mio. Euro. Allein für die Sanierung des neuen Palais sind mehr als 120 Mio. Euro angesetzt. Bund und Land Berlin haben ebenfalls zugesagt, sich zu beteiligen (FAZ vom 3. Juli 2007; s. auch die FAZ vom 18. April 2007).

Bremen

Kultur im Wahlprogramm der Bremer CDU

Stadtteilkultur: Bremen und Bremerhaven haben eine überaus vielseitige und attraktive Kunst- und Kulturszene. Diese kulturel-

le Attraktivität entsteht durch und lebt von einer guten Mischung aus staatlicher institutioneller Förderung und ehrenamtlichem bürgerschaftlichen Engagement. Die Kulturhauptstadtbewerbung hat Kunst und Kultur im Lande Bremen zahlreiche wichtige Impulse gegeben. Die Stadtteilkultur bietet ein breites Spektrum und vermittelt mit ihrem dichten Netz von Bürgerhäusern, Kulturzentren, Kulturwerkstätten und Initiativen Kultur für alle. Sie ist in dieser Form bundesweit einmalig. Als kulturelle Aushängeschilder sind das Bremer Theater, die Kunsthalle, die Glocke, das Deutsche Auswandererhaus, das Deutsche Schifffahrtsmuseum, das Morgenstern-Museum, das Theater Bremerhaven, das Focke-Museum, das Überseemuseum oder das Neue Museum Weserburg überregional bekannt und anerkannt. Bremen ist Musikstadt und hat mit dem Musikfest, den Bremer Philharmonikern und der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen ein starkes Profil. Auch Einrichtungen wie die Shakespeare-Company, das Kinder- und Jugendtheater „Moks“ oder das Junge Theater beleben unsere Kulturszene. Kunst und Kultur brauchen Freiräume und Verlässlichkeit für ihre Entfaltung.

Die Kultur braucht deshalb die Politik als verlässlichen Partner. Publikum und Besucher leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Profilierung: Mit dem Besuch und der Wahrnehmung des attraktiven Angebots zeigen sie, dass wir unsere Kulturszene und unsere kulturellen Einrichtungen brauchen.

Kulturpolitik zwischen Bewahren und Erneuern

Der Masterplan für die Kulturentwicklung Bremens bis zum Jahr 2011 wurde auf breiter Basis erarbeitet und diskutiert und ist Leitlinie für alle Beteiligten, Institutionen, Kulturschaffende und Kulturpolitiker. Kulturförderung steht im Spannungsfeld zwischen Bewahren und Erneuern. Die Vergabe staatlicher Finanzmittel für Kunst und Kultur muss beiden Seiten gerecht werden. Für uns ist Kulturförderung keine Subvention, sondern eine Investition in die Zukunft unserer Städte und unseres Landes. Kulturelle Attraktivität erhöht die Lebensqualität der Bremerinnen und Bremer und ist ein wichtiger Standortfaktor für den Tourismus sowie für Bremens Funktion als Oberzentrum im Nordwesten. Die erfolgte Neuaufstellung gibt dem Bremer Theater eine konkrete und langfristige Zukunftsperspektive. Der designierte Generalintendant wird zur Spielzeit 2007/08 seine Arbeit am Bremer Theater aufnehmen. Ein neuer Kurs und ein neues Team setzen neue Akzente und bauen auf Bewährtem auf. Wir versprechen uns neue Impulse im Event-Management, im Fundraising und im Marketing für das Theater und Bremen. Nur wer Neues wagt und angeht, kann erfolgreich sein. Dieser Erfolg ist wichtig für die langfristige Absicherung des Hauses, zu dem wir uns ganz ausdrücklich bekennen ... Mit dem Konzept zur Neuordnung des Bibliothekangebots in Bremen ist ein Projekt, das die CDU schon seit langem verfolgt, erfolgreich umgesetzt worden. Die Stadt ist mit



der Zentralbibliothek Am Wall und den Bibliotheken in den Stadtteilen Huchting, Lesum, Osterholz, Vahr, Vegesack und im Bremer Westen mit einem qualitativ hochwertigen Angebot präsent. Davon profitieren insbesondere Kinder und Jugendliche, für die ein früher Zugang zu Literatur wichtig ist. Wir wollen bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt in den Bereichen Kunst und Kultur stärken. Wir wollen das Freiwillige Soziale Jahr für Kultur ausbauen und erhoffen uns damit, noch mehr junge Menschen für ein solches Engagement gewinnen zu können. Wir setzen auf Projektförderung, die Gestaltungsspielräume eröffnet, einen Wettbewerb der Ideen fördert und neue Impulse gibt – ohne dabei zu einer Dauerfinanzierung zu werden. Wir wollen die Nachwuchsförderung weiter verstärken und Kinder und Jugendliche neugierig auf die Welt der Musik, der Kunst und der Literatur machen. Dazu brauchen Initiativen wie „Jugend musiziert“ oder die „Start Jugend Kunst Stiftung Bremen“ aber auch der Musik- und Kunstunterricht an den Schulen unsere Unterstützung. Wir bauen bei der Jugendförderung die Kooperationen der Musikschule Bremen mit den Klangkörpern der Stadt aus. Wir setzen uns für das Staatsarchiv als den Schlüssel zur Bremischen Geschichte ein. Dazu müssen wir die Arbeit des Staatsarchivs – auch im personellen Bereich – langfristig absichern. Wir setzen uns für einen verantwortungsvollen Umgang mit den für Kunst und Kultur zur Verfügung stehenden finanziel-

len Mitteln ein und wollen keine „Ökonomisierung von Kunst und Kultur“. Unser Ziel ist es, mehr Kunst und Kultur zu ermöglichen. Wir setzen uns für einen Ausbau der Kunsthalle Bremen ein, um auch in Zukunft große Ausstellungen mit internationalen Leihgaben realisieren zu können. Wir wollen eine Stärkung des Kulturmarketings, wie zum Beispiel den Ausbau der Marke „Musikstadt Bremen“. Wir brauchen in Zukunft starke Kooperationen zwischen Wirtschaft und Kultur, die einen erheblichen kulturellen Beitrag zu leisten im Stande sind.

Hamburg

Museen neugeordnet

Hamburgs Museen sollen durch Zusammenschlüsse („Hamburg Museum“) und Aufhebung der bisherigen Doppelspitze von künstlerischem und kaufmännischem Direktor effektiver arbeiten. Das schlägt eine Expertenkommission vor, die am 19. Dezember 2006 ihre Empfehlungen vorlegte. Dazu gehört auch die einmalige Entschuldung der sieben Hamburger Museumsstiftungen, bei denen sich nach lt. Kultursenatorin Karin von Welck inzwischen ein Fehlbetrag von rund 8 Millionen Euro angehäuft hat.

Hessen

„Kulturförderung in Hessen kann sich sehen lassen.“

Axel Wintermeyer, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, bezeich-

nete (11. April 2007) von der SPD erhobene Kritik an der hessischen Kulturpolitik „als „Allgemeinplätze ohne Substanz“. Fakt ist, dass die hessische Kulturszene und die hessische Kulturförderung sich sehen lassen können. Alleine in die Sanierung der Staatstheater Darmstadt, Kassel und Wiesbaden fließen Beträge in dreistelliger Millionenhöhe. Die Neuordnung der Museumslandschaft Kassel gehört mit einer Förderung von 200 Millionen Euro zu den größten Museumsprojekten Deutschlands. Das ist einer der Leuchttürme, die weit über Hessen hinaus strahlen und damit eine Wirkung für die Breitenkultur entfalten. Allerdings begrüße man in der CDU-Fraktion, dass der Abgeordnete Siebel (SPD) offensichtlich tiefe Einsichten in Sachen Kulturpolitik genommen habe und beispielsweise bei Schloss Erbach seine Meinung grundlegend ändern musste. Die Kehrtwende Siebels hält an. Nachdem er vehement gegen den Kauf von Schloss Erbach angekämpft hat, bezeichnete er dieses kürzlich als „Juwel“ und „Kleinod“ und musste den Erfolg des Projektes anerkennen. „Alleine in 2007 werden über 30.000 Besucher erwartet“, erinnerte Wintermeyer. Der CDU-Politiker sagte, er gehe davon aus, dass auch die Kulturregion Rhein-Main eine solche Entwicklung nehmen werde: „Darmstadt will freiwillig beitreten, Wiesbaden denkt aktuell darüber nach. Auch hier wird sich die gute Idee durchsetzen, nachdem zunächst SPD und auch Grüne in der gewohnten Manier versuchen, dagegen an-



zurennen“, erläuterte Wintermeyer. „Es ist um den kulturellen Reichtum in Hessen gut bestellt, auch wenn die SPD etwas anderes glauben machen möchte.“ Zur Kritik der SPD an der Kulturfinanzierung stellte der CDU-Politiker fest, dass das von Siebel genannte Beispiel der Öffnungszeiten an Kassenhäuschen als Beleg für die Kundenzufriedenheit irreführend gewählt wurde, weil es nur ein kleines Detail unter vielen anderen darstelle. Die SPD hänge sich hier an formalen Fragen auf, statt über Inhalte zu reden. Außerdem gehöre zur Kultur auch, dazu die Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Kunst stattfinden könne. „Eine Erhebung der Zufriedenheit mit den Kulturangeboten ist sinnvoll und notwendig. Das hatte bisher auch die SPD so gesehen. Dazu müssen aber verschiedene Bewertungsmaßstäbe entwickelt und getestet werden.“ Ähnliches gelte für die Zusammenarbeit der Kultureinrichtungen und Kommunen im Rhein-Main-Gebiet. Hier habe erst der Druck der Landespolitik dazu geführt, dass sich nun eine Zusammenarbeit aller, auch mit Beteiligung von SPD-Kommunen, abzeichne. „Die SPD hat hier jahrzehntelang weder Ideen noch Mut zur Problemlösung bewiesen.“

Am 1. Juni 2007 unterstrich der Landtagsabgeordnete Aloys Lenz: „Für die Landesregierung haben Kunst und Kultur zentrale Bedeutung, wie es im Regierungsprogramm bereits ausgewiesen ist.“ Der CDU-Politiker nahm dabei Bezug auf die Antwort zur GroßenAnfrage „Kunst für alle“, die deutlich mache,

dass Kunst und Kultur in Hessen von einem breiten Publikum getragen werden. „Die von der Landesregierung geförderten hessischen Museen, Theater, Schlösser und Gärten sowie die freien Initiativen geben eindrucksvoll Zeugnis von der kulturellen Vielfalt und Lebendigkeit unseres Landes“, betonte Lenz. Die Kulturpolitik des Landes habe die Aufgabe, die Grundlagen für eine freie Entfaltung von Kunst und Kultur zu sichern; sie trage zudem zur Identifikation der Menschen mit ihrem Land und dessen Geschichte bei. „Sowohl bei den inhaltlichen Darbietungen – von Führungen über Arbeitsgruppen, Kursen und Vorträgen – als auch mit der sozial ausgewogenen Gestaltung der Eintrittspreise sowie den umfangreichen öffentlichkeitswirksamen Werbemaßnahmen werden die hessischen Museen und Theater den berechtigten Ansprüchen der Bevölkerung gerecht.“ Lenz erinnerte in diesem Zusammenhang insbesondere an die in der GroßenAnfrage genannten Zielgruppen Kinder und Jugendliche, sozial benachteiligte Menschen, Senioren sowie Familien. Niemand könne behaupten, dass Besuche von Museen oder anderen kulturellen Veranstaltungen in Hessen unerschwinglich seien. Dies gelte vor allem für Familien. „Der staatlich geförderte Kunstbetrieb in Hessen spricht alle Schichten der Bevölkerung gezielt an. Hessen spielt im Konzert der Bundesländer, was die Sozialverträglichkeit der Angebote in Kunst und Kultur angeht, eine führende Rolle.“ So koste beispielsweise der Ein-

tritt in das Landesmuseum Wiesbaden für eine Familie mit zwei Erwachsenen und bis zu drei Jugendlichen insgesamt sieben Euro; Kinder unter sechs Jahren erhielten gar kostenfreien Eintritt. Gerade in den hessischen Theater gebe es eine breite Palette zusätzlicher Angebote für Kinder und Jugendliche. Die hessischen Landesmuseen nehmen eine Vorbildfunktion wahr, nicht zuletzt dadurch, indem sie die Besucher mit auf spezielle Zielgruppen abgestimmte Angebote anlocken. „Die enge Kooperation und vielfältige Vernetzung zwischen den staatlichen Kulturinstitutionen mit kommunalen Trägern, vor allem mit Schulen, werde gezielt von der Landesregierung unterstützt“, so Lenz.

Rhein-Main-Gebiet

Im Rhein-Main-Gebiet soll die regionale Kultur künftig aus einem gemeinsamen Topf in Höhe von jährlich etwa zehn Millionen Euro finanziert werden. Darauf verständigten sich am 19. Dezember 2006 endgültig die Stadt Frankfurt, die übrigen Kommunen der Region, das Land Hessen sowie Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Im Ballungsraum Frankfurt mit seinen rund 2,2 Millionen Einwohnern sollen von 2008 an die Kommunen 2,50 Euro pro Einwohner für Kulturförderung zahlen. Das Land schießt ebenfalls 2,50 Euro pro Einwohner zu und stellt außerdem bis 2011 einmalig drei Millionen Euro zur Verfügung. Langfristig hofft man, die Gesamtsumme auf bis zu 25 Millionen Euro aufzustocken. Vorgesehen ist ein so ge-



nanntes Zwei-Schienenmodell: Ein neuer Kulturfonds finanziert kulturelle Großereignisse, während die „Kulturregion FrankfurtRheinMain“ regionale Projekte ausrichtet. Die Beschlüsse sind nach Ansicht des hessischen Ministerpräsident Roland Koch (CDU), der im Juli 2005 den Kommunen mit einem Zwangsverband gedroht, falls sie sich bei der Kulturfinanzierung nicht auf eine Kooperation einigen sollten, „ein guter Anfang“. Jetzt sei es aber an den Kommunen, im Jahr 2007 die entsprechenden Beschlüsse zu fassen. Mitte des Jahres soll der Kulturfonds unter einem Kulturmanager die Arbeit aufnehmen. Für den hessischen Städte- und Gemeindebund ist das Resultat jedenfalls akzeptabel.

Nordrhein-Westfalen

Mehr Geld

Nordrhein-Westfalen wird im kommenden Jahr 15,3 Mio. Euro mehr für die Kultur im Land ausgeben. Also insgesamt rund 115,3 Mio. Euro. 1995 betrug der Etat nur 70 Mio. Euro. Das Ziel ist, ihn bis 2010 zu verdoppeln. (GeneralAnzeiger vom 30. August 2007).

Kunst in Schulen

Die nordrhein-westfälische Landesregierung gibt mehr Geld für gemeinsame Projekte von Künstlern und Schülern aus. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers verkündete am 10. August 2007, das Programm „Kultur und Schule“ sei um 1 Mio. Euro auf ca. 5 Mio. Euro aufgestockt worden. Damit können in diesem

Schuljahr etwa 1100 Projekte mit 914 Künstlern in NRW gefördert werden. (GeneralAnzeiger vom 11. August 2007).

Köln

Der Lage der Kulturpolitik in Köln widmet sich die FAZ vom 24. Oktober 2006 und hält es für außer Frage, dass Köln den Anteil für die Kultur am Gesamtetat von derzeit nur 3% aufstücken müsse, um nicht hinter „kleinere Städte wie Frankfurt, Essen oder Leipzig zurückzufallen“. Es scheine geboten das Klima für die Kunst insgesamt zu verbessern und ihr größere Räume zu öffnen: „Nicht neue Einrichtungen braucht die Stadt, vielmehr müssen die vorhandenen gesichert und solide ausgestattet sowie Initiative an der Basis gestärkt werden, damit sie entwickeln und Geltung verschaffen können.“

Bonn

Nach dem Willen des Stadtrats soll Bonn ein neues Beethovenfestspielhaus erhalten, finanziert durch Post, Telekom und Postbank, alles in Bonn ansässige Unternehmen (SZ vom 15. Juni 2007).

Rheinland-Pfalz

Weiter Streit um Arp

Der Dauerstreit um das Arp-Museum und den privaten Arp-Verein geht in die nächste Runde; dabei geht es um die Echtheit der ausgestellten Stücke; die CDU-Fraktion im Landtag fordert einen entsprechenden Nachweis (General-Anzeiger vom 13. Oktober 2007).

Sachsen

Streit beenden

Sachsen will den Streit mit den Erben des früheren Königshaus Wettin, die erneut enteignete Kunstschatze zurückfordern, beenden. Seit 1999 erhielten die Wettiner 6000 Kunstschatze, Bargeld in Millionenhöhe sowie Immobilien. Eine weitere Forderung richtet sich auf 1800 Exponate aus der Porzellansammlung. Sachsen erwägt nun eine Kostenbeteiligung der Wettiner bei der Suche nach von ihnen zurückverlangten Kunstschatzen. Sollten sich keine Stücke aus dem Besitz der Wettiner anfinden, „werden wir sehen, inwieweit wir die Wettiner an den Kosten der Recherchen beteiligen können“, zitierte die „Dresdner Morgenpost“ am 22. März 2007 Kunst-Staatssekretär Knut Nevermann. Der Freistaat hat nach eigenem Bekunden bisher 300 000 Euro für die Herkunftsprüfung in der Porzellansammlung ausgegeben. Im Streit um die Rückgabe von 139 Bildern hat ein Anwalt der Wettiner den Vorwurf sachlich unbegründeter Forderungen zurückgewiesen. Dagegen hatte der sächsische Kunst-Staatssekretär Knut Nevermann den Wettinern Schlampigkeit vorgehalten: „Eine Liste mit Gemälden vorzulegen, von denen nicht einmal die Hälfte – mindestens – nicht Wettiner-Eigentum ist, dieses Vorgehen halte ich für unfair.“ Im Streit um die Eigentumsansprüche hat die Sächsische Staatsregierung im Mai 2007 eine ständige Arbeitsgruppe eingerichtet, mit dem Ziel die aufwändigen Aufarbeitungsprozesse



se und die Vorbereitung für eventuelle Verhandlungen „zu versachlichen und rechtlich abzusichern“. (FAZ vom 9. Mai 2007).

Umwegrentabilität

Derzeit fließen 37 Mio. Euro jährlich aus dem Etat des Freistaates Sachsen an die Sächsische Staatsoper. Nach einem Bericht der FAZ vom 9. Mai 2007 hat eine Studie der Universität Dresden ergeben, dass für jeden Subventions-Euro 3,90 Euro zurückfließen. Jahr für Jahr 140 Mio. Euro im Wege der Umwegrentabilität, an Hotels, Gaststätten, Geschäfte oder Finanzämter.

Waldschlösschen

Der Bau der Waldschlösschen-Brücke in Dresden ist zunächst einmal gestoppt. Damit fand ein langes Hin und Her ein vorläufiges Ende. Zuletzt hatte die UNESCO-Kommission bis zum 1. Oktober einen Alternativplan für die geplante Brücke gefordert, sonst sei der Welterbetitel gefährdet. Anlass des Baustopps war die „Kleine Hufeisennase“, eine geschützte Feldermausart. Aus diesem Anlass widmet die FAZ vom 28. Juni 2007 dem Welterbe-Komitee eine generelle Betrachtung: „Dem Welterbekomitee fehlt der Mut“. Rückblick auf den Streit im Spiegel 12/2007.

Schleswig-Holstein

Neue Förderrichtlinie

Wilfried Wengler, der kulturpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, hat 19. Juni

2007 die neuen Förderrichtlinien für öffentliche Theater und Orchester in Schleswig-Holstein heute begrüßt: „Auch in Zeiten knapper Kassen ist es gelungen, den Theatern und Orchestern ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen und ihnen so Planungssicherheit zu geben“. Dies sei – wie der Blick in andere Bundesländer zeige – ein großer Erfolg der Landesregierung. Allerdings sei nicht zu verhehlen, dass auch die Kulturschaffenden im Land ihren wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisteten. Für ihre Einsicht verdienten sie Anerkennung. „Die Verhandlungen sind von beiden Seiten vorbildlich und vor allem ohne große öffentliche Aufregung geführt worden“, so Wengler. Erfreulich für die Orchester und Theater sei die deutliche Vereinfachung des Zuwendungsverfahrens: „Diese Vereinfachung spart Geld und vor allem Frust. Insofern wurde hier ein Stück weit ein Ausgleich erreicht“, erklärte Wengler.

Thüringen

Für Staatstheater Weimar

Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus hat sich am 19. Juni 2007 für ein Staatstheater Weimar ausgesprochen. Voraussetzung sei allerdings, dass die Klassikerstadt ein tragfähiges Konzept vorlege und eine „geeignete künstlerische Kooperation mit Erfurt unterstützt“. Thüringen gibt mit knapp 16 Millionen Euro bereits das Gros des Etats von rund 19 Millionen Euro, ohne bisher großen Einfluss auf das Traditionshaus zu haben.

Weimar legte inzwischen ein Modell für ein Staatstheater der Klassikerstadt vor. Es sieht den Einstieg des Freistaates Thüringen in das Deutsche Nationaltheater und die Staatskapelle mit 79 Prozent am Gesellschaftskapital vor. Das Land bekomme den Vorsitz im Aufsichtsrat, Weimar drei Sitze, teilte die Stadt am 20. Juni 2007 mit. Die jährlichen Zuschüsse lägen bei 21 Millionen Euro. Weimar will den Anteil um 1,3 Millionen auf 4,4 Millionen Euro erhöhen. Das Land würde 16,6 Millionen geben - etwa 0,75 Millionen Euro mehr als bisher. Der Entwurf, den die CDU-Fraktion und das Weimarer Bürgerbündnis vorgelegt haben, sieht im Gesellschaftervertrag eine Sperrminorität für die Stadt und eine Einvernehmensklausel bei Grundsatzentscheidungen wie Fusion vor. Einvernehmen wird ebenso bei der Besetzung von Generalintendant, Generalmusikdirektor und Geschäftsführer vorausgesetzt. Steigerungen von Ausgaben seien durch Einnahmen zu erwirtschaften. Der Vorschlag sieht zudem eine künstlerische Kooperation mit dem Theater Erfurt vor.

Zusammenschluss

Die Theater Meiningen und Eisenach vereinbarten am 15. Juni 2007 ihren Zusammenschluss. Das Haus in Eisenach gibt seine Selbstständigkeit auf und schlüpft unter das Dach der Meiningener Kulturstiftung. Ausgangspunkt der Entwicklung war die Entscheidung der Landesregierung, den Landesetat für Theater und Orchester ab 2009 zu kürzen. Damit wurden die Ensembles zu Kooperationen



gezwungen. Eisenach wird vom 1. August 2008 an nur noch Ballett und Musicals sowie Kinder- und Jugendstücke produzieren. In Meiningen bleiben Oper, Operette, Schauspiel und die Hofkapelle in der bestehenden Form erhalten.

„Kulturpass“

Das Kultusministerium gab im September 2007 bekannt, dass allen Schülern von der 8. Klas-

se an ein sogenannter „Kulturpass“ ausgestellt werden solle, in dem ihre Besuche von kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen vermerkt werden. Auf diese Weise erhalten die Schüler eine positive Bemerkung im Zeugnis, sowie ein Zertifikat, das sie Bewerbungen beilegen können. Die FAZ vom 14. September 2007 hofft, dass sich auch andere Bundesländer diese Initiative zum Vorbild nehmen.

in eine Moschee oder in ein Gebetshaus.“ (SZ vom 31. August 2007); seinen Standpunkt hat Meisner in der FAS vom 9. September 2007 deutlich gemacht. Immerhin gelegt hat sich die Aufregung um den Berliner „Idomeneo“ (s. Bericht in der FAZ vom 20. Dezember 2006) ebenso wie darüber, dass Tom Cruise, Mitglied der Scientology-Sekte, in seiner Großproduktion „Valkyrie“ die Stauffenberg-Rolle übernimmt (siehe SZ vom 20. Juli 2007); er durfte sogar im Bandler-Block drehen (FR vom 15. September 2007) und muss es jetzt noch einmal tun: „Sabotage“ rätselt „Bild“ vom 7. Oktober 2007. Und so wichtig ist auch nicht mehr, ob Martin Walser, Siegfried Lenz und Dieter Hildebrandt NSDAP-Mitglieder waren oder nicht oder nur gezwungenermaßen oder vielleicht auch nur ohne ihr Wissen (siehe dazu FAZ vom 2. Juli 2007; WamS vom 1. Juli 2007); auch Günther Grass' SS-Vergangenheit scheint begraben zu sein (s. Bericht in der FAZ vom 2. Oktober 2007: „Zopfgeburten“); allerdings ist der Steidl-Verlag auf der zweiten Auflage der „Zwiebel“ sitzengeblieben; vielleicht machen das jetzt die mehrtägigen Feiern zum 80. Geburtstag wieder wett. In den Niederlanden streitet man sich erneut darum, ob „Mein „Kampf“ publiziert werden darf (SZ, 14. September 2007). Fakt ist auch und ein Signal für die deutsche „Erinnerungskultur“, dass der Springer-Verlag mit einer Klage gegen die Umbenennung der Kochstraße in Rudi Dutschke Straße gescheitert ist, nachdem Linkspartei und Grüne dies nach

Deutschland/Allgemeine Trends

Was ist Kunst, was Kultur?

Natürlich war die Kunst „am Anfang“, wie der Spiegel 27/2007 titelte, um uns 35.000 Jahre zurückzuverweisen, und niemand bestreitet ja, dass es ja damals schon „Kunst“ gab, weil der Drang dazu eine anthropologische Grundgegebenheit ist; aber das entbindet uns ja nicht der Frage: „Was ist das eigentlich“ und „Was ist Kultur“. Auf diese Frage war auch im Berichtszeitraum keine rechte Antwort zu finden. Es bleibt dabei: Maxim Billers „Esra“ bleibt verboten, nicht weil es vielleicht keine Kunst wäre, sondern weil Persönlichkeitsrechte verletzt wurden (WELT vom 13. Oktober 2007: „Urteil gegen die Kunstfreiheit“). Aber soll der Thüringer Kloß „Weltkulturerbe“ werden? (WELT vom 13. Oktober 2007). Martin Mosebach meinte jedenfalls zum Esra-Urteil: „Was ist Kunst? In einer Zeit, in der Philosophen

diese Frage nicht mehr beantworten können, sollen es nun die Juristen tun“ (SZ vom 13. Oktober 2007).

Ob allerdings das, was Bühnen-Preisträger Martin Mosebach so an Literatur vorlegt, echte Kunst sei, bezweifelt Sigrid Löffler in Literaturen 10/07; das scheint auch die DFG getan zu haben, die die Stroemfeldsche Kafkaausgabe nicht weiter fördern will; die FAZ vom 27. Oktober 2006 rät, andere Geldgeber als die DFG zu finden. Einen klaren Standpunkt bezog hingegen wieder einmal Kardinal Meisner, nicht nur in der Frage, ob Kultur ohne Gott „entarten“ könne (s. WamS vom 16. September 2007 u.v.a.m.; Leserbrief in der FAZ vom 22. September 2007 weisen darauf hin, dass die Nazis den Begriff keineswegs erfunden hätten), sondern auch beim von Gerhard Richter gestalteten neuen Domfenster: „Das Fenster passt eher



einer Idee der „taz“ beantragt hatten (FAZ vom 10. Mai 2007).

Wie ein Kunstwerk durch seine Zerstörung durch ein Unwetter erst zu seiner Vollendung fand, dokumentierte Ai Weiwei Skulptur nach ihrem Einsturz auf der Kasseler „documenta“ (s. FAZ vom 22. Juni 2007: „Das Geschenk der Wettergötter“: „Das ist besser als vorher“, sagte der Künstler.

Ob das Theater besser oder schlechter geworden ist, darüber wird immer wieder einmal sinniert, ja wie es überhaupt nennen? Regietheater, Regisseurs-theater? „Intendantentheater“ findet hingegen die FAZ vom 10. Mai 2007 am lustigsten, wenn es um die Intendanz bei Deutschen Theater geht. Zumal wir in Berlin gar keine „Opernkrise“ haben, sondern selbige nur Ausdruck der „Finanzkrise“ Berlins ist (FAZ vom 15. Januar 2007). Berlin ist eben für alles gut, auch für den merkwürdigen Streit um die Ehrenbürgerschaft für Wolf Biermann (s. FAZ vom 16. Januar 2007; dazu die WamS vom 21. Januar 2007): „„Das macht mich populär‘ hatte Wolf Biermann seinen Verfolgern von der SED vor 30 Jahren frech ins Gesicht gesungen. Dasselbe trifft auch auf den Eiertanz zu, den die Berliner SPD, einst immerhin die stolze Freiheitspartei Willi Brandts, um die Verleihung der Ehrenbürgerschaft an den antitotalitären Poeten auführte. Aus Koalitionssolidarität mit der SED-Nachfolgepartei fand Klaus Wowereits Provinzlertruppe, das frühere Idol der Linken in Ost und West nicht mehr fortschrittlich und pazifistisch

genug, um solcher Ehren würdig zu sein. Dass sie sich im letzten Moment doch noch eines besseren besonnen hat, kann diese Blamage nicht auslöschen“ (s. auch FAS vom 21. Januar 2007), aber diese Krise konnte vergleichsweise rasch beigelegt werden; die „Opernkrise“ dauert hingegen an. Auch die Theaterkrise, jedenfalls scheint das Claus Peymann zu glauben, der kräftig auf die Pauke haute (FAZ vom 11. September 2007): „Wir sind auf dem Weg in den Untergang ... In 45 Minuten ist eine ‚Emilia Galotti‘ nicht zu spielen, und ein verrappter Othello ist kein Othello ... Von den dreihundert Uraufführungen pro Jahr gehörte eigentlich die Hälfte in den Papierkorb, unerbittlich.“ Das sollen sich die „Regiemarionetten“ mal ins Stammbuch schreiben. Natürlich darf die BILD-Zeitung in diesem Kontext auch nicht fehlen. Am 12. Mai 2007 berichtet sie über splinternackte Schauspieler, blutverschmiert, Äste als Penisverlängerungen, anlässlich der Aufführung des Sommernachts-traums im Deutschen Theater in Berlin und fragt: „Was will Regisseur Jürgen Gosch (63) damit sagen?“ „Das weiß ich nicht. Da muss sich der Zuschauer ein eigenes Bild machen“, zuckt Dramaturgieassistent Nils Wendtland (25) die Schultern. Na bravo! Resümierend die FR vom 17. März 2007:

„Das Problem .. bleibt: ohne ein kontinuierliches bürgerliches Publikum gibt es kein Stadttheater. Gleichzeitig steht die Diskussion, das Theater in einer schon seit vielen Jahren er-

schöpften, fruchtlosen und vor allem falschen Debatte. In dieser Debatte wurde anfangs vermutet, avanciertere Theatersprachen und Publikumszuspruch schlossen einander aus. Da es sich zu jener Zeit auch begab, dass man anfang, die Etats zusammenzustreichen, schien vom Regietheater so etwas wie reale Gefahr auszugehen. Gleichzeitig erregten verschiedene Bühnenexperimente in konservativen Kreisen Unlust und Widerspruch. Dann vermischten sich die Gefahr und Unlust, und gehören seitdem zusammen ... Zertrümmerung und Textferne bei Klassikerinszenierungen sind seitdem stehende Vorwürfe gegen das Theater insgesamt geworden. Gleichzeitig fixiert sich die Wahrnehmung vom Theater absurderweise fast ausschließlich auf die Regisseure, als seien sie die einzigen Beteiligten. Im letzten Jahr eskalierte diese Debatte durch den entwendeten Spiralblock eines Frankfurter Kritikers, der dem Regietheater mit einem Mal so etwas wie eine strafrechtliche Dimension zu geben schien, und durch Jürgen Goschs Düsseldorfer Macbeth-Aufführung, in der Männer nackt spielen und mit blutenden Exkrementen beschmiert sind. Das wurde zum Anlass einer Ekeldiskussion, nach dem Motto ‚Jetzt reicht’s aber!‘. Da wurden sonst vernünftige Kritiker zu radikalen Konservativen, weil dies in der verqueren Debatte der einzige Weg scheint, beim Publikum noch auf Zustimmung rechnen zu können ...“

Am 5. Oktober 2007 verstarb Walter Kempowski; Nachrufe in



allen deutschen Feuilletons, der beste von Hellmuth Karasek in der „Bild“ vom 6. Oktober 2007: „Kempowski war nie laut. Aber er war beständig in seiner Wahrheitssuche. Erst im Tod offenbarte er auch das schreiende Unrecht, das ihm Moralin-Apostel wie Günter Grass zugefügt hatten. Kempowski war größer als Grass. Auch deshalb sollten und müssten wir uns seiner lange erinnern. Als an einen großen und gerechten Chronisten.“

Natürlich ist uns die Kunst teuer, aber wie teuer sie kommt, musste jetzt eine Amerikanerin erfahren, die wegen Download und Vervielfältigung von 24 Musiktiteln zu 222.000 Dollar Strafe verurteilt wurde, also pro Titel 9250 Dollar (SZ vom 6. Oktober 2007).

Erfreulich ist auch, dass mit 651.000 Gästen die Kasseler „documenta“ einen Besucherrekord melden konnte (BZ vom 18. September 2007), dass die Leipziger Buchmesse im März 2007 nach dem Rekordergebnis im vorigen Jahr mit einem leichten Besucherplus zu Ende gegangen ist (rund 127.000 Bücherfreunde, 2.348 Verlage aus 26 Ländern waren anwesend, GeneralAnzeiger vom 26. März 2007) und dass Ende September 2007 die ersten Bücher der Anna-Amalia-Bibliothek in das Haus mit Weltkulturerbestatus zurückgekehrt sind (seit dem Brand 2004 wurde das Gebäude mit 11,4 Mio. Euro saniert, FAS vom 23. September 2007).*

So ist man auch nicht viel weiter, wenn man sich den Artikel von Thomas Steinfeld: „O.T. Eine Frage von Energie: Die moderne Kunst und ihr Messen“

in der SZ vom 21. Juli 2007 zu Gemüte geführt hat.

Warum Unternehmer Kunstwerke sammeln, darüber zerbricht sich die SZ vom 24. März 2007 den Kopf. Um das Leben „schön“ machen zu wollen, wie es die Leiterin der Schweizer Bank UBS einmal zusammenfasst, oder will man damit Innovation und Kreativität erzeugen? „Letztlich steckt hinter all diesen verunglückten Formulierungen der Wunsch, die Kunst möge dem Selbstzweck und Selbstbild des Unternehmens dienlich sein. Vielleicht liegt hierin der größte Irrtum. Denn Künste können ihren Wert für Firmen nur entfalten, weil sie keinen Nutzen bringen, weil sie dem unternehmerischen Denken ganz und gar fremd sind und ihm als das definitiv Andere menschlicher Ausdrucksform gegenüberstehen. In den Künsten muss das kapitalistische Denken seinen Horizont überschreiten.“

Zum Glück lesen die Deutschen wieder mehr, jedenfalls Kinder- und Jugendbücher, konstatiert die FAZ vom 13. Oktober 2007; das Internet hat das Buch jedenfalls nicht abgelöst.

Bildung und Kultur

Instrumentalunterricht

Von 2007 bis 2010 sollen alle Grundschülerinnen und -schüler im Ruhrgebiet auf Initiative der Kulturstiftung des Bundes und des Landes NRW zusätzlich zum Musikunterricht Instrumentalunterricht erhalten. Jedes Kind erhält dafür als Leihgabe ein Instrument, das es sich selbst aussuchen kann. Der Unterricht erfolgt zuerst als Klassenunter-

richt, ab dem zweiten Jahr in Kleingruppen. Musikschullehrerinnen und -lehrer unterrichten in Zusammenarbeit mit den Musiklehrern in der Klasse. Die Kosten für den zusätzlichen Musikunterricht (1. Jahr 10 Euro/Monat, 2. Jahr 20 Euro/Monat, 3. Jahr 35 Euro/Monat) halten sich in Grenzen und können auf Grund der Einkommenssituation der Eltern auch ganz erlassen werden. Dieses Vorhaben geht über alle bisherigen punktuellen Modellprojekte im Bereich der kulturellen Bildung hinaus. Vorgesehen ist das Projekt für 212.000 Schülerinnen und Schüler an ca. 1.000 Grundschulen in Zusammenarbeit mit 39 kommunalen Musikschulen und einem Gesamtbudget: 50 Mio. Euro (2007-2010). Vom dritten Schuljahr an spielen die Schüler im Orchester zusammen. 2010 sollen gemeinsame Konzerte einen wichtigen Platz im Programm der Kulturhauptstadt Essen einnehmen. Zum Gesamtbudget trägt die Kulturstiftung des Bundes 10 Mio. Euro bei. Mit der gleichen Summe beteiligt sich das Land Nordrhein-Westfalen an der Initiative, rund 2,5 Millionen Euro finanzieren die Gemeinden. Das Vorhaben soll nach dem Jahr 2010 in Eigenregie des Landes fortgeführt werden

Prämien

Mit 360.000 Euro zeichnet NRW Konzepte von 16 Kommunen zur Verbesserung der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen aus; der Preis u.a. an Neuss, Mülheim, Dortmund, Düsseldorf, Aachen und Mönchengladbach wird am 30. No-



vember in Düsseldorf übergeben (General-Anzeiger vom 9. Oktober 2007).

Nachhaltigere Musikerziehung

Aus Anlass des Kongresses „Musik zeigt Wirkung“ 2007 fordert der Verband Deutscher Musikschulen (VdM) eine nachhaltigere Musikerziehung für die Kleinkinder. Der Verbandsvorsitzende Richter führte aus, frühes Musizieren diene dem Spracherwerb, der Integration und auch dem kulturellen Austausch. Und verwies auf Finnland, dort gebe es eine gezielte Frühförderung, damit die Kinder vor der Schule bereits eine Lernbefähigung entwickeln. Richter forderte zudem zusätzliche Mittel für den Ausbau des Musikunterrichts in Kindergärten und Kinderkrippen. Zurzeit gibt es 950 deutsche Musikschulen an mehr als 4000 Standorten (FAZ vom 15. Mai 2007).

Ausgezeichnet

Für ihr Education-Programm, das insbesondere Jugendliche aus bildungsfernen Familien ansprechen soll, haben die Berliner Philharmoniker unter Simon Rattle die Karlsmedaille erhalten. Breite öffentliche Resonanz fand die Aufführung von Igor Stravinskys „Le sacre du printemps“ 2003. Die wochenlange Probenarbeit wurde im Dokumentarfilm „Rhythm is it“ festgehalten und löste, so die WamS vom 6. Mai 2007, „in der deutschen Musikszene eine Aufbruchstimmung aus, wie sie es seit der Erfindung von „Jugend musiziert“ nicht mehr gegeben hat ... ganze Orchesterbeleg-

schaften wurden ins Kino geschleust, um sich vor Augen zu führen, dass man offenbar auch heute noch Jugendliche für Klassik begeistern kann.“

Buch

Plus oder Minus

Die Buchbranche ist uneins über den wirtschaftlichen Verlauf des vergangenen Jahres. Der Branchenmonitor des Börsenvereins des deutschen Buchhandels meldet für 2006 insgesamt ein Plus von 1,7%. Hingegen ermittelte der Hamburger Branchenonlinedienst Langendorf für den Sortimentsbuchhandel ein Minus von 1,9%, also auf dem Niveau des Krisenjahres 2002/2003. Das in Dortmund erscheinende Fachblatt „Buchreport“ verzeichnet für den traditionellen Buchhandel ein Minus von 0,3% und damit eine „rosarote Null“. Da der Onlinebuchhandel 2006 aber erneut zweistellig zugelegt hat, dürfte die Gesamtbranche im vergangenen Jahre doch im Plus gelegen haben, so das Blatt. Einigkeit besteht darüber, dass die großen Buchhändler auch im vergangenen Jahr bessere Geschäfte gemacht haben als die mittleren und die kleineren, was den Trend zu immer größerer Konzentration widerspiegelt. (General Anzeiger vom 13. Januar 2007).

Die Buchbranche blickt insgesamt positiv in die Zukunft. Gut ein Viertel der Buchhändler geht nach einer Untersuchung des Instituts für Handelsforschung in Köln von einer guten bis sehr guten Umsatzentwicklung im nächsten Halbjahr aus, weit über

die Hälfte rechnet mit durchschnittlichen Umsätzen. Nach ersten Schätzungen verbuchte die Buchbranche 2006 zum dritten Mal in Folge ein leichtes Plus, damit konsolidiert sich der Buchmarkt in Deutschland auf einem mittleren Niveau. Immer wichtiger wird für die Buchbranche das gemeinsame Projekt „Volltextsuche online“, eine Datenbank und Such-Plattform, auf die derzeit die deutschen Verlage ihre Titel digital einstellen. Damit könnten neue Vermarktungswege für Literatur erschlossen werden, die im digitalen Zeitalter dringend notwendig werden. Der Marktanteil der Belletristik lag 2006 mit 32,3 Prozent um 1,5 Prozentpunkte höher als 2005. Umsatzeinbußen von etwa 9 Prozent hatte hingegen 2006 das Segment Kinder- und Jugendbuch. Auf Erfolgskurs bleibt das Hörbuch: Dieses Segment hatte 2006 gegenüber dem Vorjahr einen Umsatzzuwachs von 17,4 Prozent, damit stieg der Umsatzanteil der Audiobooks am gesamten Buchmarkt von 3,6 auf 4,2 Prozent an.

Kooperation mit Google

Internetnutzer können in Zukunft mehr als eine Million Bücher der Bayerischen Staatsbibliothek über die Suchmaschine Google online abrufen. Die urheberrechtsfreien Bücher der Bibliotheken können vollständig gelesen und herunter geladen werden.

Europäische Digitale Bibliothek (EDB)

Auf Initiative mehrerer EU-Staaten, darunter Deutschland und Frankreich, hat die EU-Kom-



mission vorgeschlagen, eine Europäische Digitale Bibliothek (EDB) einzurichten. Das Konzept für die EDB hat der EU-Rat am 13. November 2006 gebilligt. Die EDB ist als Netzwerk mit einem zentralen europäischen Zugangportal geplant. Kultureinrichtungen wie Bibliotheken, Archive, Museen und Mediatheken (zum Beispiel Rundfunk- und Filmarchive) sollen über die jeweiligen nationalen Zugangsportale eingebunden werden. Die EU-Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, dazu 2007 die erforderlichen nationalen Strategien zu entwickeln. Im Auftrag von Kulturstaatsminister Neumann hat die Fraunhofer-Gesellschaft eine Studie „Bestandsaufnahme zur Digitalisierung von Kulturgut und Handlungsfelder“ erarbeitet. Ein wesentliches Ergebnis der Studie lautet: „Es existiert kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Handlungsdefizit“. Kulturstaatsminister Neumann dazu im Rahmen der „15. Tagung des European Board of National Archivists“: „Die deutsche Ratspräsidentschaft verfolgt den Aufbau der Digitalen Bibliothek mit großem Nachdruck. Sie wird allen Bürgern in der Europäischen Union den Zugang zum kulturellen Erbe Europas erleichtern. So kann sie das Wissen um unsere gemeinsamen kulturellen Wurzeln fördern und zu einer gemeinsamen europäischen Identität beitragen.“ Thema der Tagung der Europäischen Archivleiter am 26. und 27. April 2007 waren neben dem Beitrag der Archive zum Aufbau einer Europäischen Digitalen Bibliothek u.a. der Schutz von Kulturgut nach der

Haager Konvention und die Archivierung digitaler Informationen aus Verwaltungs- und Entscheidungsprozessen. Neben der Tagung des „European Board of National Archivists“ führte das Bundesarchiv vom 24. bis 27. April vier weitere Veranstaltungen durch, darunter die „3. Europäische Konferenz über internationale Standards für die digitale Erschließung und Bereitstellung von Archivgut“. Die Leiter der Nationalarchive der EU haben sich erstmals 1999 im Rahmen der letzten deutschen Ratspräsidentschaft getroffen. Seitdem haben auch die folgenden Ratspräsidentschaften die Tagung der EBNA in ihr Programm aufgenommen.

Nicht nur in Eichstätt

Die tonnenweise Vernichtung wertvoller Kapuziner-Bücher an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, dort waren mindestens 100.000 Büchern teils aus alten Klosterbeständen vernichtet worden, wirft Licht auf den Sparzwang bei Klöstern und Orden: Altbestände werden in Unkenntnis der Möglichkeiten allzu schnell abgegeben und zusammenhängende Sammlungen zerschlagen. Nach Einschätzung der Deutschen Ordensobernkonzferenz ist eine Kooperation mit einer Hochschulbibliothek „keine schlechte Lösung“.

Buchmesse

Die Frankfurter Buchmesse vom 10. bis 16. Oktober 2007 rechnet mit über 7.000 Ausstellern aus mehr als 100 Ländern. Bisher sind erneut rund 2.500 Veranstaltungen mit zahlreichen

prominenten Autoren geplant. Gast in diesem Jahr ist die katalanische Kultur mit 130 Schriftstellern. (General Anzeiger vom 4. August 2007).

Computerspiele

Computerspiele als Kulturgut

Der deutsche Kulturrat tritt dafür ein (22. August 2007), dass Computerspiele ebenso wie der Film zum Kultur- und Medienbereich gehören. Freiheiten, die in anderen Kunstbereichen gelten, müssen auch für Computerspiele Geltung besitzen. Das bedeutet nicht, dass jugendgefährdende Computerspiele (6 Prozent) freigegeben werden sollen, aber 94 Prozent der Computerspiele auf dem deutschen Markt sind keine „Killerspiele“. Wenn die Qualität der Computerspiele verbessert werden soll, so muss, wie in anderen Kultursparten auch, Qualität besonders gefördert werden. Hierfür sollte dann bundesweit ein spezifisches Förderprogramm aufgelegt werden, so Geschäftsführer Olaf Zimmermann. Auch die „Grünen“ im Bundestag haben eine Anerkennung von Computerspielen als Kunstform gefordert.

Denkmal

Alarm

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Stiftung Denkmalschutz Gottfried Kiesow hat im Oktober 2006 Alarm geschlagen, die grassierende Abrisswelle in den mitteldeutschen Städten müsse dringend gestoppt werden, andernfalls seien wert-



volle Ensembleansichten bald unwiderruflich zerstört. Durch das „Bundesprogramm zum Hansestadtumbau Ost“ finanziert der Bund jeden Abriss zu 50%, überdies werden die Alt-schulden, die noch aus der DDR-Zeit auf den Gebäuden ruhen, erlassen. Abriss wird plötzlich lukrativer als Sanierung, obwohl das Programm eigentlich für den Rückbau von Plattenbausiedlungen vorgesehen war (siehe den Bericht in der SZ vom 27. Oktober 2006).

„denkmal aktiv“

Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz rief Schulen aus ganz Deutschland zur Teilnahme an der Aktion „denkmal aktiv – Kulturerbe macht Schule“ auf, um Schülern die Begeisterung für Kulturdenkmale nahe zu bringen. Dies geschieht durch einjährige Schulprojekte, die an den Schulen durchgeführt werden. Im Mittelpunkt der Schulprojekte steht jeweils ein Denkmal in der direkten Umgebung. Das Spektrum reicht dabei von brach liegenden Industrieanlagen über historische Dorfkirchen, Gärten und Parks bis hin zu geschichtsträchtigen Straßenzügen und Siedlungsbauten. Bewerbungsschluss für die Teilnahme am Förderprogramm 2007/2008 war der 20. Mai 2007.

Film

Wachstum

2006 wurden in der Europäischen Union rund 926 Millionen Kinokarten verkauft, ein Plus von 3,6 % gegenüber dem Vorjahr. Der Marktanteil europäischer Filme wuchs dabei um 3

auf 28 %. Auch die Zahl der in Europa produzierten Filme stieg. Insgesamt wurden 862 abgedreht, 47 mehr als in 2005. Nach Angaben der „Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle“ waren für das Plus vor allem französische und deutsche Produktionen verantwortlich.

Weniger Besucher

Im ersten Halbjahr 2007 sind 60 Mio. Besucher in den Kinos gezählt worden und damit 7,7% weniger als im Vorjahreszeitraum und ein Viertel, 25,4%, weniger als noch vor 5 Jahren, so die Filmförderungsanstalt (FFA am 24. August 2007). Der Umsatz ist um 5,1% auf 364 Mio. Euro zurückgegangen. (General Anzeiger vom 25. August 2007).

Internet

Archivieren

Zum Versuch der Deutschen Nationalbibliothek, das deutschsprachige Internet zu archivieren, siehe den Bericht in der FAS vom 29. Oktober 2006.

ifa

Internet

Das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) bietet einen englischsprachigen Nachrichtenservice zur Auswärtigen Kulturpolitik. Die tagesaktuellen Informationen ergänzen den überarbeiteten englischsprachigen Internetauftritt des Instituts (<http://www.ifa.de>).

Ifa und Deutsche Welle

Das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) und die Deutsche

Welle wollen künftig noch enger zusammenarbeiten und ihre Ressourcen, Erfahrungen und ihr Know-how bündeln, um den Bemühungen um das Verständnis und den Austausch der Kulturen zusätzliche Impulse zu verleihen. Eine entsprechende Vereinbarung unterzeichneten der Generalsekretär des ifa, Prof. Dr. Kurt-Jürgen Maaß, und der Intendant der Deutschen Welle, Erik Bettermann, am 29. März 2007 in Berlin. Beide Partner machten die langfristigen Potenziale der Zusammenarbeit deutlich. Konkret wollen ifa und Deutsche Welle etwa bei der Konzeption und Durchführung von ausgewählten Veranstaltungen zusammenarbeiten. Darüber hinaus will man im Rahmen des ifa-Programms „Media-Impakt“ bzw. der Fortbildungsmaßnahmen für Journalisten, die die DW-Akademie in Ost-, Südost- und Mitteleuropa durchführt, kooperieren. Beide Seiten zielen hier auf die Förderung einer freien Medienlandschaft. Schließlich will man sich in der Evaluation gegenseitig unterstützen.

Kulturwirtschaft

Nach der von der Bundestagsfraktion der Grünen in Auftrag gegebene jüngsten Studie über die Kulturwirtschaft, erstellt von Kulturwirtschaftsforscher Michael Söndermann, erwirtschafteten im Jahr 2004 18.000 Unternehmen, selbstständige Künstler, Journalisten einen Umsatz von mehr als 121,5 Mrd. Zur Bruttowertschöpfung trugen, Musik, Filme, Rundfunk und Verlagsmärkte in Deutsch-



land Kunst Architektur und Design 36 Mrd. Euro bei, mehr als die Energiewirtschaft. Rechnet man den Werbemarkt die Softwareindustrie hinzu, kommt man auf 58 Mrd. Euro, 2,6 % des Bruttoinlandsprodukts und verweisen die *creative industries* auch die Chemieindustrie auf die Plätze. So fährt die SZ vom 19. Mai 2007 fort, man werde sich über die neuen gesamtdeutschen Daten freuen, aber „ansonsten feststellen müssen, dass die Probleme der Kreativen im ganzen Land ähnlich sind. Die wirtschaftliche Dynamik ist hoch, aber nicht kraftvoll genug für die Vielzahl derer, die auf die Märkte drängen. Die meisten Unternehmen sind klein, verfügen über wenig Kapital und haben kaum Aussicht, dies zu ändern, ihr Durchschnittsumsatz, so die Studie schrumpft meist kontinuierlich. Außerdem macht der Bericht auf die problematische Beobachtung aufmerksam, der Berliner Kulturwirtschaftsbericht bezieht auch Mode, Werbung, Softwareentwicklung ein, dagegen verzichtet der Bericht Nordrhein-Westfalens auf Schuhfabriken und Werbeagenturen. „Im Augenblick sieht es so aus, als diene dem Schlagwort *creative industries* dazu, eine neue Förderbürokratie ins Leben zu rufen.“

Die Kulturwirtschaft gehört inzwischen zu den wachstumsstärksten Branchen der Weltwirtschaft. Auch in Deutschland steigen Umsatz und Beschäftigungszahlen. Immer mehr Menschen arbeiten in der Kulturbranche. Laut einer Studie der Europäischen Kommission sind

es in ganz Europa inzwischen rund 5,8 Millionen Menschen, das sind 3,1 % aller Beschäftigten. Damit trägt der Kulturbereich 2,6 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union bei. Die EU-Studie zählt Ausstellungen, Theater, Museen sowie Filme, Musik, Buch- und Presseerzeugnisse zur Kulturbranche. Hinzu kommen die Arbeitsfelder Design, Architektur und Werbung. In beiden Bereichen wachsen zurzeit sowohl die Umsätze als auch die Beschäftigtenzahlen.

Unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft war die weitere Förderung der Kulturwirtschaft deshalb ein zentrales Thema der europäischen Kulturpolitik. Auf Einladung von Staatsminister Bernd Neumann trafen sich die Kulturministerinnen und -minister der 27 EU-Mitgliedsstaaten in Berlin, um über weitere Strategien zugunsten der Kulturwirtschaft zu beraten. An dem Treffen nahm auch Jan Figel teil, EU-Kommissar für Bildung, Jugend und Kultur. Sie vereinbarten, die Kulturwirtschaft künftig stärker in die Lissabon-Strategie einzubeziehen. Dieses Programm basiert auf der Wirtschaftsagenda aus dem Jahr 2000, der zufolge sich die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickeln soll. Das Thema „Kulturwirtschaft“ soll außerdem fest in den Arbeitsplan des EU-Rates aufgenommen und unter der kommenden Ratspräsidentschaft Portugals weiter verfolgt werden.

Um das Potenzial der Kreativwirtschaft verstärkt im Be-

wusstsein der Öffentlichkeit zu verankern, plant EU-Kommissar Figel 2009 ein europaweites „Jahr der Kreativität“. Künftig soll im EU-Ministerrat über besondere Aktivitäten der Länder im Bereich der Kulturwirtschaft berichtet werden. Staatsminister Neumann nahm das Treffen in Berlin zum Anlass, um seinen Amtskolleginnen und -kollegen beispielhaft die deutsche „Initiative: Musik“ vorzustellen.

Die europäischen Kulturministerinnen und -minister haben am 25. Mai 2007 in Brüssel „Schlussfolgerungen zum Beitrag des Kultur- und Kreativbereiches zur Verwirklichung der Ziele der Lissabon-Strategie“ verabschiedet. Staatsminister Bernd Neumann, auf dessen Initiative hin die Schlussfolgerungen während der deutschen Ratspräsidentschaft erarbeitet wurden, sagte hierzu: „Die zukünftige Arbeit der europäischen Mitgliedstaaten und des Rates im Bereich der Kulturwirtschaft erhalten hierdurch klare politische Rahmen- und Schwerpunktsetzungen. In wenigen Monaten nach dem Auftakt der Debatte auf dem letzten Rat im November vergangenen Jahres ist es uns gelungen, für den Bereich der Kulturwirtschaft erste politische Weichenstellungen vorzunehmen.“ Die Debatte um Strategien zur stärkeren Förderung des Kreativ- und Kulturwirtschaftsbereiches hat auf europäischer und nationaler Ebene in den letzten Monaten erheblich an Fahrt gewonnen. Zunehmend wird die besondere Rolle der Kulturwirtschaft für die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas anerkannt. „Insbe-



sondere hinsichtlich Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Schaffung von Arbeitsplätzen sowie nachhaltiger Entwicklung und Innovation bietet die Kultur- und Kreativwirtschaft überdurchschnittliche Chancen für Europa. Der kulturelle und kreative Sektor stellen einen Wachstumssektor dar, der sich schneller entwickelt als die übrige Wirtschaft. Wesentliche Aspekte der Ratsschlussfolgerungen beziehen sich daher auf eine stärkere Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) im Kultursektor, da ihnen eine Schlüsselrolle bei der Entfaltung des wirtschaftlichen Potentials im Kulturbereich zukommt“, erklärte Neumann. Die stärkere Einbeziehung von betriebswirtschaftlichen Fragen schon während der Aus- und Fortbildung Kulturschaffender sowie die bessere Nutzung der bestehenden Strukturen, Programme und Initiativen auf europäischer Ebene zur Förderung der Kulturwirtschaft sind weitere Forderungen der Schlussfolgerungen. Die Mitgliedstaaten und die Kommission werden unter anderem dazu aufgefordert, die europäischen Kohäsions- und Strukturfonds effizienter zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen im Kultur- und Kreativbereich einzusetzen.

Kohärente Politik in einer globalisierten Welt

Ziel der 4. Jahrestagung Kulturwirtschaft am 3. und 4. Mai 2007 war es, das Konzept einer kohärenten Politik für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Europa weiterzuentwickeln und auszubauen.

en. Kohärente Politik wird verstanden als eine angesichts der Branchenvielfalt koordinierte Politik, die Kulturwirtschaft effektiver als bisher stärken und fördern kann. Schon heute ist der Beitrag der Kreativwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt Europas höher als der der Immobilienbranche oder der Chemie-Industrie. Die Beschäftigung in der Kreativwirtschaft wuchs von 2002 bis 2004 um ca. 2 Prozent, während die Gesamtbeschäftigung in der EU in diesem Zeitraum abnahm. Die Tagung bot Akteuren der Kulturwirtschaft ein Forum, um in den Austausch mit Vertretern der Politik zu treten und Anforderungen an eine kohärente Politik zu formulieren.

Folgende Fragen wurden diskutiert:

- Wie können Strategien verschiedener politischer Akteure – Kommunen, Regionen, der EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Union – koordiniert werden?

- Wie kann bei zielgerichtetem, koordiniertem Handeln die Heterogenität und Eigenart der Kulturbranchen, die so gegensätzlichen Markterfordernissen wie der Unikaterstellung einerseits und der Serienproduktion andererseits unterliegen, erhalten und gestärkt werden?

- Welche Strategien und Maßnahmen sind für Akteure der europäischen Kreativwirtschaft im globalen Wettbewerb notwendig?

Museen

Rechtfertigungsdruck

Die Museen in Deutschland ste-

hen nach Ansicht des Deutschen Museumsbunds angesichts knapper Kassen zunehmend unter Rechtfertigungsdruck. Der Präsident des Deutschen Museumsbunds, Michael Eissenhauer, sagte am 4. Juni 2007, die Museen brauchten in ihren Verwaltungen auch betriebswirtschaftliche Grundsätze. „Die Häuser sind aufgerufen, eine Kosten-Leistungs-Rechnung mit Budgetierung einzuführen.“

Anlässlich einer zweitägigen Tagung der Kulturstiftung der Länder und des Deutschen Museumsbunds unter dem Titel „Was macht ein Museum erfolgreich?“ sagte die Generalsekretärin der Stiftung, Isabell Pfeiffer-Poensgen, nicht jede Not der öffentlichen Haushalte dürfe gleich zu einer Grundsatzdebatte führen mit der Frage: „Brauchen wir dieses Museum?“ Der Direktor des Senckenberg-Museums in Frankfurt, Volker Mosbrugger, betonte, die Häuser müssten sich an die Veränderungen im Umfeld anpassen. Qualität sei noch keine Garantie für Erfolg. Es sei weiterhin eine Vielfalt der Museumslandschaft nötig. Die Häuser dürften nicht alle nach dem gleichen Konzept arbeiten, sagte Mosbrugger.

Musik

Popmusik

Im Mai 2007 haben sich Union und SPD auf einen gemeinsamen Antrag verständigt (s.o. S. 7), in dem die Förderung des heimischen Pop, Rock und Jazz gefördert werden soll. In der Beschlussvorlage der Bundestagsfraktion heißt es, die „Anerken-



nung, Unterstützung und Förderung der populären Musik“ sei eine öffentliche Aufgabe. Der Antrag sieht allerdings keine Quote wie in Frankreich vor. Dort müssen die Radiosender seit 1996 mindestens 40% der Zeit für französischsprachige Titel reservieren, die Hälfte davon für Nachwuchstalente. Im Jahr 2004 hat der Bundestag nur eine Empfehlung an die Radiostationen formuliert, „annähernd 35%“ deutschsprachige Musik zu senden. Eine Empfehlung, die weitestgehend wirkungslos blieb. Allerdings kann der Bund keine Quote beschließen, und die Länder müssten die Rundfunkgesetze ändern. (SZ vom 5. Mai 2007).

Ausgefallen

80% des Musikunterrichts an deutschen Schulen fallen aus oder werden von Lehrern gegeben, die nicht dazu qualifiziert sind. Nur etwa 900.000 Kinder lernen derzeit ein Instrument an den Musikschulen. Im Grundschulbereich mangelt es an Musiklehrern, so der damalige Präsident des deutschen Musikrats Martin Krüger (FAZ vom 4. Januar 2007).

Dass Musik Kinder friedfertiger und sozialer im Umgang mit anderen mache als Kinder, die kein Instrument beherrschen, unterstreicht auch eine Langzeitstudie des Musikpädagogen Heinz Günter Bastian. Er hält es für einen Skandal, anlässlich des Ergebnisses einer Testreihe an 6- bis 12-jährigen Schülern, dass der Musik in Deutschland kein höherer Stellenwert eingeräumt werde (SZ vom 4. Januar 2007).

„Raubkunst/ Beutekunst“

Bibliotheksinitiative

Vertreter von 20 Bibliotheken verständigten sich im Januar 2007 bei einem Workshop in Berlin auf eine gemeinsame Strategie zur „Bewahrung und Rückführung von kriegsbedingt verlagertem Kulturgut“. Sie gründeten die „Initiative Bibliotheksdialog kriegsbedingt verlagert Bestände“. Damit soll eine stärkere nationale und internationale Zusammenarbeit der betroffenen Einrichtungen erreicht werden.

Rückgabe von Raub- und Beutekunst

Über die Rückgabe von „NS-Raubkunst“ sprach Kulturstaatsminister Neumann im Dezember 2006 mit Fachleuten aus Museen und Kunsthandel. Man war sich einig: Deutschland hat die moralische Verantwortung, NS-Raubkunst zurückzugeben. Eine Aushöhlung dieser Verpflichtung werde es nicht geben, betonte Neumann. Allerdings müsse das Verfahren transparenter, koordinierter und nachvollziehbarer werden. Wichtig sei eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden. Im Mittelpunkt steht dabei die „Provenienzforschung“, die verbessert werden muss. Hier sollen die Kulturstiftung und die Kulturstiftung der Länder einbezogen werden. Zugleich forderte die Expertengruppe mehr Transparenz über die bisherigen Rückgabefälle und eine bessere Beratung – insbesondere für kleinere Museen. Grundlage der bis-

herigen Rückgabepraxis ist die so genannte „Washingtoner Erklärung“, in der 43 Staaten 1998 Grundsätze über die Rückgabe von Vermögenswerten aus der Zeit des Holocausts vereinbarten, darunter auch Deutschland. 1999 veröffentlichten Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände eine gemeinsame Erklärung. Darin verpflichteten sie sich „zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz“. Die Museumsträger, in der Regel Länder oder Kommunen, können sich an einer Handreichung aus dem Jahr 2001 orientieren. Sie empfiehlt, Rückgabeanprüche unter ethischen und moralischen Gesichtspunkten zu prüfen. Die Handreichung empfiehlt die Rückgabe, wenn vom Nationalsozialismus verfolgte Menschen gezwungen waren, ihre Kulturgüter aufzugeben oder zu verkaufen. Alle öffentlichen Sammlungen und Museen sind seitdem aufgerufen, ihre Bestände selbst zu überprüfen und unklare Erwerbungen offen zu legen. Werden Rückgabeanprüche an die Museen herangezogen, entscheiden die jeweiligen Museumsträger eigenverantwortlich. Kriterien für die Bewertung von Ansprüchen sind ebenfalls in der Handreichung von 2001 enthalten. Erfasst und veröffentlicht werden die Ergebnisse dieser Ermittlungen von der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste in Magdeburg. Kulturstaatsminister Neumann hatte im Januar 2007 eine Arbeitsgruppe einberufen, um die Probleme der Restitution ehemals jüdischen Kulturbes-



sitzes weiter zu erörtern, die nach der umstrittenen Rückgabe der „Berliner Straßenszene“ von Ernst Ludwig Kirchner eine lebhaftige Debatte ausgelöst hatte. (FAZ, 4. November 2006; FAS vom 13. Januar 2007; FAZ vom 21. November 2006: „Kunstgeiseln“; 7. Februar 2007 [„rechtswidrig“]; s. in größerem Zusammenhang FR vom 18. November 2006).

An der besonderen moralischen Verpflichtung bei der Rückgabe von NS-Raubkunst ließen auch alle Parlamentarier und die geladenen Experten bei einer Anhörung im Kulturausschuss des Bundestages am 28. März keinen Zweifel. Das bedeute eine Intensivierung der Provenienzforschung. Mehr zu wissen über das Schicksal von Kunstwerken aus ehemals jüdischem Eigentum sei unumgängliche Voraussetzung für eine „faire und gerechte“ Lösung im Sinne der Washingtoner Erklärung von 1998. Übereinstimmend wurde gefordert mehr Geld für die Herkunftsrecherchen bereitzustellen; solche Absichten hatte Kulturstaatsminister Neumann unlängst zuvor schon signalisiert (FAZ vom 6. März / 30. März 2007). Es gibt offenbar zudem Überlegungen eine zentrale Stelle einzurichten, bei der Museen Geld für die Provenienzforschung beantragen und Informationen austauschen können. Möglicherweise in Anbindung an den Deutschen Museumsbund (FAZ vom 30. März 2007). Gleichzeitig wurden aber auch die Einflüsse eines „dynamisierten internationalen Kunstmarktes“ in diesem

Zusammenhang angesprochen. Allerdings müsse, so Staatsminister Neumann, das Verfahren bei der Rückgabe „transparenter, koordinierter und nachvollziehbarer“ werden. Auf jeden Fall müssten vor allem kleinere Museen und Sammlungen in Deutschland eine bessere finanzielle und personelle Unterstützung für ihre Nachforschungen bei unklaren Eigentumsverhältnissen von Kunstwerken erhalten, hieß es im Kulturausschuss. Auch wurde beklagt, dass es für die Rückgabe von NS-Raubkunst in Deutschland bisher keine koordinierte Vorgehensweise gebe.

Die bisherige Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste in Magdeburg, die sich vor allem um die so genannte Beutekunst kümmert, wurde nicht als Ersatz dafür angesehen. Auch die so genannte Limbach-Kommission, die von den Kontrahenten nur gemeinsam angerufen werden kann und bisher lediglich in zwei Fällen entschieden hat, sei keine solche zentrale Stelle. Über die bisherige Rückgabepaxis von NS-Raubkunst deutscher Museen in den ersten Nachkriegsjahrzehnten gibt es unterschiedliche Auffassungen. Die meisten Museen hätten sich in erster Linie zunächst als Opfer der Beutekunst-Raubzüge vor allem sowjetischer Besatzungssoldaten gesehen, kritisierte Georg Heuberger als Vertreter der Jewish Claims Conference. Die Museen seien aber auch „aktiv und passiv Nutzer der NS-Raubkunstzüge“ gewesen und hätten dem in der Nachkriegszeit zunächst viel zu geringen Stellenwert eingeräumt. So

hätten sie bisher etwa 40.000 Meldungen zu Kriegsverlusten abgegeben, während bei der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste nur knapp 4.500 Objekte angezeigt worden seien, bei denen NS-Raubkunst nicht ausgeschlossen werden kann. Laut Deutschem Städtetag wurden seit der Washingtoner Konferenz über 160 Kunstwerke und mehr als 1.000 Bücher zurückgegeben. Wichtig sei, dass die Museen in Deutschland „systematischer und transparenter als bisher“ die Herkunft von Kunstwerken recherchierten. Und dafür müssten die Museen fachlich und personell gerüstet sein. Um die Herkunft von möglicherweise von den Nationalsozialisten geraubten Kunstwerken zu klären, veröffentlicht das Bundesamt für Zentrale Dienste und Öffentliche Vermögensfragen (BADV) erstmals ein Rechercheergebnis über die bundeseigenen Kunstwerke online. Es handelt sich dabei überwiegend um Werke aus der Sammlung für das geplante „Führermuseum“ in Linz, die Sammlung von Göring und das für Ausstellungen im Haus der deutschen Kunst in München. Bisher seien 36 Werke zurückgegeben worden oder stünden vor der Rückgabe (FAZ vom 2. August 2007).

Eine Auswertung deutscher und russischer Pack- und Transportlisten soll Auskunft über den Verbleib der nach 1945 kriegsbedingt verlagerten deutschen Kunstwerke geben. Sie würden jetzt erstmals systematisch erfasst, übersetzt und ausgewertet, wurde nach einer Vollversammlung des „Deutsch-Russischen Museumsdialogs“ in Berlin am



23. April 2007 mitgeteilt. Ein wesentliches Anliegen der Initiative sei es, mehr Informationen über die in Russland vorhandenen Bestände aus Deutschland zu erhalten, heißt es in der von der Kulturstiftung der Länder veröffentlichten Erklärung. Die Vollversammlung der von der Beutekunst betroffenen Museen beschloss auch eine Erweiterung des so genannten Lenkungs Ausschusses, dem zurzeit sechs deutsche Museen angehören. Künftig sollen auch russische Kollegen darin vertreten sein. Nach einem Bericht der FR vom 15. September 2007 will die Stiftung Preußischer Kulturbesitz ein vollständiges Inventar der in Russland lagernden Beutekunst erstellen. Vermisst werden mehr als 1 Millionen Objekte (vgl. FAZ vom 15. September). Zum Thema s. auch den großen Beitrag in der SZ vom 5. Januar 2007 („Besitz und Eigentum“).

Streit mit Polen

Im Streit um sogenannte Beutekunst hat die polnische Außenministerin Anna Fotyga Rückgabeforderungen aus Deutschland mehrfach scharf zurückgewiesen. Die Kunstschatze seien nicht von Polen geraubt worden, sondern von Nazis auf der Flucht zurückgelassen worden, sagte Fotyga der „Gazeta Wyborcza“ vom 27. August 2007 (s. FAZ vom 28. August 2007). Mit der Westverlagerung Polens hätte das Land aufgrund der alliierten Beschlüsse nicht nur die einstigen deutschen Ostgebiete erhalten, sondern auch die dort befindlichen Kulturgüter. Zudem könne Polen größere Entschädigungsansprüche, 14,6 Milliar-

den Euro, erheben als Deutschland und erarbeite gerade eine entsprechende Aufstellung über im Zweiten Weltkrieg verlorengegangene Kulturgüter.

Bei den in Polen verbliebenen Kunstwerken handelt es sich um Objekte, die während des Krieges in die damaligen Ostgebiete ausgelagert wurden, wie die Preußische Bibliothek. Die „Berlinka“ mit ihrem kostbaren Handschriftenbestand, darunter Briefe von Goethe und Beethoven, befindet sich heute in der Jagiellonenbibliothek im südpolnischen Krakau (Krakow). S. weiter Wojciech Kowalski, „Gerettet, nicht geraubt“ in: FAZ vom 18. August 2007: „Die erwähnten Sammlungen wurden von Nazis zurückgelassen und von Polen vorgefunden. Wenn man die Situation kurz nach dem Krieg betrachtet, wurden sie nicht geraubt. Sie wurden zweifellos gerettet und gesichert. Heute sind sie zugänglich und dienen allen Interessierten. Juristisch gesehen wurden alle Kulturgüter deutscher Provenienz, die sich infolge des Zweiten Weltkrieges auf polnischem Besitz befanden in den Besitz des polnischen Staates überführt ...

Die Forderung der Rückgabe dieser Kulturgüter zu stellen, ist gegenstandslos.“; dazu

K. Schuller, „Kultur als Reparationsleistung?“ in: FAZ vom 4. August 2007;

H. Wefing, „Beutefrage“, FAZ vom 4. September 2007;

Leserbrief von H. Güttler, FAZ vom 8. September 2007;

R. Müller, „Geisterstunde in Warschau“, FAZ vom 7. September 2007.

Sprache

Latein

Der Vatikan hat sich besorgt über das Aussterben der Alten Sprachen gezeigt. Die Folgen für Fächer wie Philosophie, Geschichte und Theologie seien unabsehbar. Viele Geisteswissenschaftler seien gar nicht mehr zur echten Quellenforschung in der Lage (DIE WELT, 1. November 2006).

Deutsch

Unter der Überschrift „Wir sind uns recht peinlich“ resümiert die SZ vom 18. Juni 2007 zum Problem der deutschen Sprache in der EU: „Wir Deutsche unterliegen nicht den Franzosen und den Briten im Kampf um die Sprachen, wir verlieren eher gegen uns selbst: Das Problem des Deutschen in der EU sind die Deutschen, die kein Deutsch reden.“

Staatsziel Kultur

(12. Mai 2007) Der Deutsche Kulturrat kämpft auch weiterhin darum, dem Staatsziel Kultur Verfassungsrang zu geben und es im Grundgesetz zu verankern. Auch Kulturstaatsminister Neumann befürwortet ein solches Staatsziel.

Am 9. Oktober 2007 hat die SPD-Bundestagsfraktion beschlossen, Kultur im Grundgesetz zu verankern (Ergänzung Art. 20, Absatz 1): „Der Staat schützt und fördert die Kultur“. Dafür argumentiert auch der Kölner Staatsrechtler Klaus Stern in der FAZ vom 9. Februar 2007 gegen Verfassungsrichter Dieter Grimm („Weltmeister per Gesetz“).



Stiftungen

Gescheitert

Der Plan einer einheitlichen nationalen Kulturstiftung ist endgültig gescheitert. Die Ministerpräsidenten beschlossen am 22. März 2007, dass die Bundeskulturstiftung und die Kulturstiftung der Länder eigenständig bleiben sollen. Dies sei „effektiver“ als die im Koalitionsvertrag von Union und SPD vorgesehene Fusion, erklärte Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU). Eine Zusammenführung hätte seiner Ansicht nach zu komplizierten Abstimmungsprozessen und einer möglichen Blockade von Bund und Ländern geführt. Dazu siehe auch den Bericht in der FAS, 15. Dezember 2006.

Gemeinsames Restaurierungsprogramm

In vielen Sammlungen befinden sich zahlreiche Objekte in akuter Gefahr. Um den Reichtum und die Gefährdung des kulturellen Erbes stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und um innovative Formen der Bewahrung von bedrohtem Kulturgut zu entwickeln, führen die Kulturstiftung des Bundes und die Kulturstiftung der Länder in den Jahren 2007 bis 2011 ein gemeinsames Programm zur Restaurierung und Konservierung von mobilem Kulturgut durch.

Förder- und Freundeskreise

Förder- und Freundeskreise der Kultur leisten mit durchschnittlich 14 Prozent Anteil am Gesamtetat der von ihnen geförderten Kulturinstitutionen einen erheblichen Beitrag für deren Er-

halt. Sie stellen den durch sie geförderten Kulturinstitutionen durchschnittlich 116.000 Euro im Jahr zur Verfügung. Als Gegenleistung für ihr Engagement bieten 88 Prozent der Kulturfördervereine ihren Mitgliedern ideelle Gegenleistungen an, pekuniäre Gegenleistungen gewähren 61 Prozent. Zwei Drittel der Förder- und Freundeskreise messen der Gewährung von Gegenleistungen eine gesteigerte Bedeutung für die Entwicklung der Mitgliederzahl bei. Zu diesen Ergebnissen kommt die Studie „Förder- und Freundeskreise der Kultur in Deutschland“ des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft, die am 15. Januar 2007 veröffentlicht worden ist. Die Studie kann unter Telefon (030) 20 28 15 06 angefordert oder unter www.kulturkreis.org im Presseportal als pdf heruntergeladen werden.

„Baukultur“

Potsdam wird Sitz der „Bundesstiftung Baukultur“. Beworben hatten sich auch Bonn, Essen, Frankfurt a. Main, Görlitz, Leipzig, Stuttgart und Weimar. Die Stiftung soll vom Bund bis zum Jahr 2009 mit rund 6 Mio. Euro gefördert werden (FAZ vom 24. Oktober 2006); die Anschubfinanzierung von 250.000 Euro wird vom Bund gestellt (SZ, 25. November 2006).

Urheberrecht

Urheberrechtsgesetz verabschiedet

Am 5. Juli 2007 hat der Bundestag das „Zweite Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft“ ver-

abschiedet. Kulturstaatsminister Bernd Neumann begrüßte die Novelle als fairen Kompromiss und kulturpolitischen Erfolg. „Mit der Novelle ist ein ausgewogener Interessenausgleich zwischen den Kreativen, den Verwertern und den Nutzern gelungen. Kulturpolitisch wichtige Änderungen zugunsten der Urheber werden in dem sogenannten ‚Zweiten Korb‘ berücksichtigt. Der Bundestag stellt damit die Weichen für die Anpassung des Urheberrechts an die aktuellen Bedürfnisse der Informationsgesellschaft.“ Am 21. September 2007 hat das Gesetz den Bundesrat passiert.

Das Pauschalvergütungssystem, das für die Rechteinhaber die Privatkopie ausgleicht, wird reformiert. Künftig werden Verwertungsgesellschaften und Geräteindustrie sich selbstständig regulieren. Im Rahmen des Pauschalvergütungssystems ist auch ein besonderer kulturpolitischer Erfolg zu verbuchen: Der Urheberrechtsnovelle zufolge wird, anders als im Entwurf vorgesehen, eine Begrenzung der Vergütung für die Nutzung von Urheberrechten auf höchstens 5 Prozent des durchschnittlichen Gerätepreises nicht eingeführt. Die Interessen der Urheber werden somit nicht durch eine starre und absolute Grenze beeinträchtigt. Kulturpolitisch wichtig ist auch, dass die Vergütungspflicht erst besteht, sofern das betreffende Medium „in nennenswertem Umfang“ genutzt wird. Vielmehr entsteht immer dann eine Vergütungspflicht, wenn das Gerät oder Speichermedium für urheberrechtlich bedeutsame Vervielfältigungen ge-



nutzt wird. Die im Referentenentwurf noch enthaltene Bagatellklausel, die illegales Kopieren in einem begrenzten Umfang straffrei gestellt hätte, konnte durch Intervention von Staatsminister Bernd Neumann bereits im Vorfeld beseitigt werden. Eine solche Klausel wäre ein verheerendes Signal im Hinblick auf den Urheberschutz gewesen. Durch die Neuregelungen werden künftig auch Verträge über unbekanntes Nutzungsarten zugelassen. Dem Kulturleben können die Werke damit ohne zusätzlichen Nachforschungsaufwand für die Verwerter langfristig erhalten bleiben. Für die Verwerter besteht eine Informationspflicht über die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung, im Gegenzug dafür wird der Urheber in seinem eigenen Interesse für seine Erreichbarkeit sorgen.

Finanzierung/ Sponsoring

Investitionen

Mehr als 40 Millionen Euro sollen in den kommenden zwei Jahren in die Sanierung der Staatsoper Unter den Linden sowie in andere Theater und Gedenkstätten investiert werden, kündigte Kulturstaatssekretär André Schmitz am 3. Juli 2007 an. Mit dem vom Senat beschlossenen Haushalt für die Jahre 2008/2009 bekomme die Berliner Kultur einen „Investitionsschub“, erklärte Schmitz. Der Kulturhaushalt für die Jahre 2008 und 2009 beläuft sich auf jeweils 361 und 392 Millionen Euro. Bis 2011 werde sich der

Investitionsbetrag auf insgesamt 134 Millionen Euro erhöhen. Hinzu kommen Mittel des Bundes wie zum Beispiel für die Sanierung der Staatsoper oder den Ausbau der Stasiopfer-Gedenkstätte Hohenschönhausen. Damit werde den kommenden vier Jahren ein Investitionsprogramm von knapp 300 Millionen Euro für die Berliner Kultureinrichtungen angeschoben. Größter Posten beim Investitionsvorhaben 2008-2011 ist die Sanierung der Staatsoper mit insgesamt 130 Millionen Euro, von denen der Bund und Berlin jeweils 50 Millionen und der Freundeskreis des Hauses 30 Millionen Euro beisteuern wollen.

Besser Kultur fördern

Der Deutsche Bühnenverein legt der deutschen Wirtschaft nahe, sich in Zukunft finanziell mehr im Kulturbereich als im Sport zu engagieren. „Wer den Sport und seine Doping-Misere satt hat, sollte an die Kunst denken“, so Rolf Bolwin, Direktor des Bühnenvereins. Kunst und Kultur stehen für Innovation, Kreativität und Diskursfähigkeit. Kaum etwas kann daher das Ansehen von Unternehmen besser steigern als eine private Förderung des künstlerischen Schaffens in unserem Lande. Dies gilt gerade für die Theater und Orchester, zumal diese einen wichtigen Beitrag für die von allen Seiten mittlerweile geforderte ästhetische Bildung leisten. Auch für die Erschließung ausländischer Märkte kann sich die deutsche Industrie das Kultursponsoring zunutze machen. Im Ausland genießen Theater und Musik aus

Deutschland hohes künstlerisches Ansehen. „Wer eine Operntournee nach Japan fördert, findet neue Käufer, egal ob es um Autos oder Gummibärchen geht“, äußerte Bolwin.

Mehr Zuweisungen und Eigeneinnahmen, weniger Personalabbau

Nach der Theaterstatistik 2005/06 des deutschen Bühnenvereins konnten die öffentlich getragenen Theater und Orchester in der Spielzeit 2005/06 wieder einen leichten Anstieg der öffentlichen Zuweisungen verbuchen. Zwar verringerte sich das finanzielle Engagement der Länder um rund 12 Millionen Euro, die Kommunen glichen aber die drastischen Kürzungen des Vorjahres wieder aus und erhöhten ihre Zuweisungen um rund 42 Millionen Euro. Insgesamt stiegen die Zuweisungen der öffentlichen Hand um 1,5 Prozent auf etwa 2,08 Milliarden Euro.

Kein Geld für Musicals

Die WamS vom 25. März 2007 erörtert, warum Opernkarten billiger seien als Musicaltickets. Die Zuschüsse für Opern und Theater liegen derzeit bei 81,2 % Anteil an den Einnahmen. Dabei teilen sich die Subventionen von 81% zu 40% das Land und zu 38% die Gemeinde, 13% werden durch Einnahmen erwirtschaftet, 9% durch sonstige Einnahmen. Autor Bernau kommt zu dem Schluss, aufgrund der Haushaltsproblematik sei für Musicals gar kein Geld mehr da: „Theoretisch hätte man jetzt auch den Opern wieder Subventionen streichen können, um das dem Musical zu geben.“



Aber in der Praxis war das extrem unwahrscheinlich. Denn wer einmal Geld vom Staat bekommen hat, lässt sich das nur unter großem Protest wieder nehmen. Die Politiker hätten also mächtig Ärger mit den Opernfreunden bekommen.“

Künstlersozialversicherung: Strengere Beitragskontrolle

Um die Finanzbasis der Künstlersozialversicherung (KSV) zu stärken, soll die Abgabenehrlichkeit der Beitragspflichtigen strenger überprüft werden. Darauf zielt eine Novelle, die der Bundestag mit Zustimmung von Union, SPD, FDP und Grünen am 22. März 2007 verabschiedete und die am 15. Juni 2007 in Kraft trat. Die KSV bietet rund 150.000 Künstlern und Publizisten soziale Absicherung fürs Alter sowie gegen Krankheit und Pflegebedürftigkeit, sofern ihr Jahreseinkommen aus künstlerischer oder publizistischer Tätigkeit mehr als 3.900 Euro beträgt. Finanziert wird die Künstlersozialkasse zur Hälfte aus Beiträgen der Versicherten, zu 20 Prozent über einen Bundeszuschuss sowie zu 30 Prozent durch die Künstlersozialabgabe, also die Verwerter künstlerischer und publizistischer Leistungen. Diese wird bei Unternehmen erhoben, die künstlerische und publizistische Beiträge verwerten. Zu Jahresbeginn wurde der Beitragssatz von 5,5 auf 5,1 Prozent der Honorarsumme ermäßigt. Rund 56 000 Unternehmen zahlen in die KSV. Ein Kernpunkt der Reform ist, dass künftig bei allen Arbeitgebern durch die Deutsche Rentenversicherung auch geprüft wird, ob eine

Künstlersozialabgabe zu zahlen war und ob diese ordnungsgemäß abgeführt wurde und wird. Es ist davon auszugehen, dass viele Unternehmen über ihre Abgabepflicht nicht informiert sind und daher ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, für in Anspruch genommene Leistungen von freiberuflichen Publizisten, Grafikern, Musikern und anderen Künstlern Künstlersozialabgabe zu entrichten. Ein weiterer wichtiger Baustein ist, dass künftig eine jährlich wechselnde Stichprobe an Versicherten stärker überprüft wird. Im August 2007 verschickte die Deutsche Rentenversicherung erstmals die Fragebögen an Unternehmen, um festzustellen, ob eine Künstlersozialabgabepflicht besteht. Sollte dieses der Fall sein, sind die Unternehmen verpflichtet, Künstlersozialabgabe zu entrichten. Die Künstlersozialabgabe beträgt 2007 5,1% der an selbständige Künstler und Publizisten gezahlten Honorare und betrug 2006 knapp 167 Millionen Euro. Zur Künstlersozialabgabe sind folgende Unternehmen verpflichtet: Unternehmen der Kulturwirtschaft, das sind: Buch-, Presse- und sonstige Verlage, Presseagenturen; Theater, Orchester, Chöre sowie vergleichbare Unternehmen; Theater-, Konzert- und Gastspiel-directionen; Rundfunk, Fernsehen; Hersteller von bespielten Bild- und Tonträgern, Galerien und Kunsthandel; Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für Dritte; Variete- und Zirkusunternehmen, Museen; Aus- und Fortbildungseinrichtungen für künstlerische und publizistische Tätigkeiten; Eigenwerber, darunter

werden Unternehmen verstanden, die für das eigene Unternehmen Werbung betreiben z.B. in Form eines Geschäftsberichtes oder eines Flyers, Voraussetzung für die Abgabepflicht ist, dass nicht nur gelegentlich mit selbständigen Künstlern und Publizisten zusammengearbeitet wird; Unternehmen der so genannten Generalklausel, das sind solche, die mehr als gelegentlich Aufträge an selbständige Künstler und Publizisten vergeben oder mehr als drei Veranstaltungen im Jahr mit selbständigen Künstlern durchführen.

Kulturstaatsminister Neumann begrüßte den Beschluss des Deutschen Bundestags zum Künstlersozialversicherungsgesetz: „Die Künstlersozialversicherung gehört zu den ganz besonders wichtigen Instrumenten der Kulturförderung. Mit der Gesetzesänderung wird die finanzielle Stabilität der Künstlersozialversicherung nachhaltig gestärkt und damit die notwendige soziale Absicherung für die Künstler geschaffen“, sagte Neumann. Die gestiegene Zahl der Versicherten hat den Finanzbedarf der Künstlersozialversicherung in den letzten Jahren deutlich erhöht. Daher ergab sich die Notwendigkeit, ihre finanziellen Grundlagen zu verbessern. Zum dritten Mal in Folge kann 2008 die Künstlersozialabgabe leicht gesenkt werden. Vom Höchststand 2005 von 5,8%, über 5,5 % im Jahr 2006, 5,1% im Jahr 2007 sinkt sie 2008 auf 4,9%. Das einzelne abgabepflichtige Unternehmen wird durch die Absenkung der Künstlersozialabgabe entlastet.



Soziale Lage der Künstler

Das erwartete Jahresdurchschnittseinkommen der in der Künstlersozialkasse versicherten Künstler und Publizisten steigt laut den Daten der Künstlersozialkasse um 280 Euro von 10.814 Euro im Jahr 2006 auf 11.094 Euro im Jahr 2007. Das ist ein Anstieg um 2,5%. In allen künstlerischen Sparten erwarten die Künstler und Publizisten daher für das Jahr 2007 ein höheres Einkommen. Am deutlichsten ist der Anstieg in der Sparte Wort und am geringsten in der Sparte Darstellende Kunst. Brandenburgs Wirtschaftsminister Ulrich Jungmanns (CDU) teilte mit, dass das durchschnittliche Jahreseinkommen selbständiger Künstler in seinem Bundesland 2005 lediglich 9.842,- Euro betragen habe.

Nachbessern?

Der Deutsche Bundestag hat am 9. März 2007 im Zuge der Verabschiedung des Gesetzes für die Rente mit 67 auch eine Veränderung im Sozialgesetzbuch (SGB III) verabschiedet, die u.a. die Arbeit der Künstlerdienste der Bundesagentur für Arbeit erleichtern soll. Im Deutschen Bundestag wurde beschlossen, dass die Agentur für Arbeit auf Angebote zur Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit hinweisen kann, wenn ein Arbeitsverhältnis erkennbar nicht begründet werden soll (SGB III § 36, Abs. 4). In der Begründung wird klargestellt, dass weder die Arbeitssuchenden noch die Anbieter selbständiger Tätigkeit einen Anspruch auf den Hinweis haben. Hintergrund dieser Gesetzesänderung ist ein Bericht des

Bundesrechnungshofes über die Arbeit der Künstlerdienste, in dem kritisiert wurde, dass die Künstlerdienste erfolgreich in selbständige Tätigkeit vermitteln. Für diese Tätigkeit besteht keine gesetzliche Grundlage, da laut Sozialgesetzbuch (SGB III) die Agentur für Arbeit bei unständig Beschäftigten wie z.B. Kleindarsteller, Statisten und Komparsen für Film- und Fernsehproduktionen, Orchester oder Bandmusiker nur dann vermittelnd tätig werden darf, wenn die selbständige Tätigkeit nicht überwiegt. Diese Einschränkung entspricht nicht mehr den Gegebenheiten des Arbeitsmarktes Kultur. Der Deutsche Kulturrat fordert daher eine Klarstellung in SGB III § 36 Abs. 4, dass die Bundesagentur für Arbeit auch dann vermittelnd tätig werden darf, wenn die Personen überwiegend selbständig tätig sind. Damit würde das Gesetz den tatsächlichen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes in der Kulturwirtschaft angepasst.

Übersetzervergütung

Im Januar 2007 blieben die Gespräche zwischen Verlagen und Übersetzern ohne Ergebnis. Zuvor waren die Verleger den Übersetzern sowohl bei den Grundhonoraren als auch bei der Umsatzbeteiligung über das so genannte Münchner Modell hinaus noch einmal entgegen gekommen (s. auch FAZ vom 18. Januar 2007: „Keine Säge am Erwerbsast“). Das haben die Übersetzer abgelehnt, ohne ein Gegenangebot vorzulegen. Die beteiligten Verlage halten weiter am Münchner Modell fest, das eine Garantiezahlung vorsieht,

die sich am bisherigen Seitenhonorar orientiert; dazu eine prozentuale Beteiligung an jedem verkauften Exemplar und an allen Erlösen aus der weiteren Nutzung der Übersetzung. Wie bei den Autoren ist das Garantiehonorar auch im Falle eines wirtschaftlichen Misserfolgs nicht zurückzuzahlen. Außerdem soll ein Solidarfonds geschaffen werden (wie beim Schweizer Diogenes Verlag), der aus Bestsellererlösen gespeist wird, aus dem insbesondere Übersetzer anspruchsvoller und schwerverkäuflicher Werke zusätzliche Honorare erhalten können. Seitdem das neue Urhebergesetz im Jahr 2002 in Kraft getreten ist, wird zwischen Autoren, Übersetzern und Verlagen darum gerungen, ist der Begriff der „angemessenen Vergütung“ strittig. Mit den Autoren konnten sich die Belletristikverlage bereits 2005 einigen. Aufgrund der bestehenden Rechtsunsicherheit ist die Zahl der Übersetzungen in der Belletristik bereits um 30 Prozent rückläufig.

Verkäufe

Verkäufe nicht nur in Krefeld (FAZ vom 4. November 2006) oder in Baden Württemberg, sondern auch in der Schweiz. Die Schweizer Fondation Bodmer will Papyri verkaufen, um ihr Museum zu finanzieren (siehe Bericht in der FAZ vom 28. Oktober 2006).

Klassik Stiftung Weimar: Etat erhöht

(Juli 2007) Der Bund und der Freistaat Thüringen werden im nächsten Jahr ihre Zuschüsse für die Klassik Stiftung Weimar um



insgesamt 2,6 Millionen Euro deutlich erhöhen. 2008 wird die Stiftung von Bund und Land jeweils 10,3 Millionen Euro erhalten. Zusammen mit dem Finanzierungsbeitrag der Stadt Weimar betragen die öffentlichen Zuschüsse dann insgesamt 22,6 Millionen Euro. Für 2009 und 2010 sind weitere Erhöhungen vorgesehen, so dass die Stiftung ab 2010 dauerhaft über 4 Millionen Euro, das heißt rund 20 Prozent der bisherigen Mittel, zusätzlich verfügen kann. Mit der deutlich verbesserten finanziellen Ausstattung sollen auch die umfassende Restaurierung der Bestände und ihre Vermittlung verbessert werden. Damit scheinen sich die Befürchtungen von Heinrich Wefing in der FAZ vom 11. Juni 2007 zunächst einmal nicht zu bestätigen: „Weimarer Schande“.

Handschriftensammlung

Zur Sicherung der Handschriftensammlung aus der badischen Landesbibliothek in Karlsruhe verzichten einige Museen auf insgesamt 5 Mio. Euro aus ihren Ankaufsetats. Die Direktoren der staatlichen Museen, des Landesmuseums für Arbeit in Mannheim, wollen 2007 und 2008 jeweils 50% ihrer Budgets für Anschaffungen zur Sicherung der Handschriften bereitstellen (DIE WELT vom 27. Oktober 2006); s. auch den Bericht in der SZ vom 3. November 2006; eine Zwischenbilanz der Auseinandersetzung um Salem und die „Handschriftenaffäre“ in der FAZ vom 28. März 2007. Im Vorfeld gab es erhebliche Aufregung in den Feuilletons, was denn nun eigentlich

dem Markgrafenhaus Baden wirklich gehöre (Siehe Bericht in der FAZ vom 2. November 2006; FAZ vom 19. Dezember 2006: „Nichts kaufen!“).*

Millionenspende

Der Unternehmer Norman Faber will mit einer 5-Millionen-Euro-Spende den Bau einer Spielstätte für die Bochumer Symphoniker auf den Weg bringen (SZ, 3. November 2007).

Auswärtige Kulturpolitik

Auswärtiges Amt

Nach einer Mitteilung der SZ vom 28. April 2007 löst das Auswärtige Amt die „Abteilung K“ auf (öffentliche Darstellung der Bundesrepublik im Ausland), deren Aufgaben der ungleich größeren Abteilung „Kultur und Bildung“ übertragen werden. Der Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im BDI zeigte sich besorgt über diese Absicht. Betroffen sind hiervon allein im Hauptsitz des Auswärtigen Amtes 10 Referate und mehr als 100 Mitarbeiter, die für einen Jahresetat von über 600 Millionen Euro verantwortlich sind. Der zuständige Abteilungsleiter soll versetzt werden. Der Kulturkreis der deutschen Wirtschaft vertritt die Ansicht, dass solche Maßnahmen der auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands großen Schaden zufügen würden. Dazu der Geschäftsführer des Kulturkreises, Dr. Stephan Frucht: „Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik spielt in Deutsch-

land traditionell eine wichtige Rolle. Daher ist sie auch direkt beim Außenminister mit einer großen Abteilung vertreten. Es ist widersinnig, eine solche Abteilung aufzulösen. Immerhin kümmert sie sich u. a. um alle Goethe-Institute, die Förderung der deutschen Sprache weltweit sowie um den Dialog mit der islamischen Welt. Zur Gestaltung des internationalen Ansehens Deutschlands liefert diese Arbeit wichtige Bausteine und sollte eher gestärkt werden. Besonders die Vermittlung der deutschen Kultur im Ausland muss das Außenministerium weiter prioritär behandeln können. Für deutsche Unternehmen ist es zudem von höchster Wichtigkeit, dass mit der Auswärtigen Kulturpolitik erste Grundsteine für diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen gelegt werden. Ohne diese Kulturabteilung gleicht das Auswärtige Amt einem PC ohne Software. Auf die Eigenständigkeit der Abteilung sollte das Ministerium nicht verzichten. Sonst muss es begründen, warum die Referate nicht dem Kulturstaatsminister angegliedert werden. Viel sinnvoller wäre da schon der Vorschlag, die Kommunikationsabteilung des Auswärtigen Amtes dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zu unterstellen.“

Bestandsaufnahme

Eine generelle Bestandsaufnahme in der ZEIT vom 19. Juli 2007: „Ja, wohin laufen sie denn?“

„Das Konzept der auswärtigen Kulturpolitik ist vor allem auf gut ausgebildete junge Ausländer zugeschnitten, die *high*



potentials dieser Welt. Solche Zielgruppen müssen unterscheiden lernen, wer sich ihnen zeigt, ‚Corporate Germany‘ oder die deutsche Kulturnation in ihrer Unverwechselbarkeit - oder Deutschland als Teil von Europa.

Es ist ein komplexes Angebot, das auch mit deutschen Identitätsunsicherheiten zu tun hat. Zudem verlangen diese Zielgruppen auch kulturell nach einem zeitgenössischen Deutschlandbild, nicht nach einem normativen Kulturbegriff. Weil auch die deutsche Kulturwirtschaft Film, Popmusik und Architektur international konkurrenzfähiger geworden ist, überbrücke nebenbei die traditionelle Mauer zwischen Außenwirtschaftsförderung und Kultur. Am Ende werden junge Ausländer aber nicht durch Freibier und Filme, sondern durch Bildungsangebote an Deutschland gebunden.“

Goethe-Institut

Zum Antrag von Peter Gauweiler (CSU) und Monika Griefahn (SPD) „Stärkung des Goethe-Instituts“ (s. S. 5) s. auch den Bericht in der SZ vom 25. November 2006 („Die Monsterzähmer“): Die SZ bezeichnet gewisse Formulierungen als „erstaunlicher, als es zunächst klingt, denn dies ist nicht die Sprache des Kulturmanagements. Und es ist nicht viel mehr von ‚Krisenprävention‘ die Rede: ein Wort, das seit geraumer Zeit zu den Lieblingsvorstellungen der Außenpolitik für die Kultur gehört. Kulturfunktionäre nehmen solche Begriffe dann sehr gerne auf, um ihre Medien- und Managementqualitäten her-

auszustellen. Der Antrag der Parlamentarier ist in einer vernünftigen, sachlichen Sprache formuliert und unterscheidet sich schon dadurch von Sätzen, mit denen der Generalsekretär des Goethe-Instituts Hans-Georg Knopp in letzter Zeit polarisiert hat.“ Zu den Folgen: FAZ vom 28. Juni 2007: „Nach Plan“; s. auch FR vom 25. November 2006. Im Dezember 2006 hatte das Goethe-Institut in seiner Jahrespressekonferenz bestätigt, dass es keine seiner weltweiten Standorte schließen und seine Präsenz in China, Indien und dem Nahen Osten auch nur allmählich und schrittweise ausbauen wird. Immerhin wurde für 2007 der Goethe-Etat auf 13,5 Mio. Euro erhöht, was dem Stand von 2002 entspricht, aber lt. FAZ vom 15. Dezember 2006 „in Zeiten allgemeinen Sparens einen hohen Symbolwert“ habe. In den Regionen Asien, Naher Osten und Nordafrika sollen keine neuen Institute eröffnet werden, sondern externe „Sprachlernzentren“ eingerichtet werden. In China 8, in Indien 4, in der islamischen Welt 7.

Deutsch-tschechische Kulturbegegnungen

Die Kulturstiftung des Bundes hat einen Fonds für die Deutsch-Tschechischen Kulturbegegnungen 2007-2009 eingerichtet. Durch gemeinsame Kulturprojekte sollen neue, dauerhafte Verbindungen zwischen beiden Ländern aufgebaut werden. Das Programm setzt die bilateralen Kulturbegegnungen mit Ländern im östlichen Europa fort. Nach mehreren Projekten im Deutsch-Polnischen Jahr 2005/

2006, fördert die Bundesregierung noch bis zum Herbst 2007 vor allem den deutsch-ungarischen Kulturaustausch. Daran anschließen werden die deutsch-tschechischen Kulturbegegnungen, die bis zum Jahr 2009 geplant sind. Ziel der Begegnungen ist es, die Menschen in Deutschland und den östlichen Nachbarstaaten mit der Kultur des jeweils anderen Landes besser vertraut zu machen. Die Kulturstiftung des Bundes unterstützt die Kulturbegegnungen im Rahmen ihres Schwerpunkts „Mittel- und Osteuropa“. Durch Initiativen wie das deutsch-polnische „Büro Kopernikus“ oder das Programm „bipolar“ zur Förderung deutsch-ungarischer Kulturprojekte hat die Stiftung den Kulturbegegnungen nachhaltige Impulse verschafft. Die deutsch-tschechischen Kulturbegegnungen werden von der Kulturstiftung des Bundes mit 3 Millionen Euro unterstützt. Beteiligt: Kulturschaffende aus beiden Ländern. Vorgesehen sind eine Reihe von Projekten, an denen sich Kulturschaffende aus Deutschland und Tschechien beteiligen werden. Dabei soll zum Beispiel der Frage nach der Bedeutung des „Prager Frühlings“ für die politische Entwicklung im geteilten Europa bis zum Fall der Mauer nachgegangen werden. Geplant sind außerdem Untersuchungen zur Alltagsgeschichte in beiden Ländern. Als Herausforderung für das aktuelle Theater werden die Themen Flucht, Vertreibung und Verfolgung begriffen. Ein weiteres Projekt ist zum architektonischen Erbe der Moderne in beiden Ländern vorgesehen.



Auch der 125. Geburtstag Franz Kafkas wird gewürdigt. Die Bundeskulturstiftung wird deshalb nicht nur die historisch-kritische Ausgabe seiner Werke fördern, sondern sich auch an Veranstaltungen beteiligen, die Texte und Wirkung des Dichters in innovativer Weise vermitteln.

Europäische Union

Engere EU-Kooperation mit Karibik-Staaten

Mit 30 Millionen Euro in den kommenden sechs Jahren will die EU die kulturelle Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums (AKP-Staaten) fördern. Der EU-AKP-Kulturfonds ist Teil einer am 10. Mai 2007 in Brüssel vorgeschlagenen neuen europäischen Kulturstrategie der Kommission. EU-Entwicklungskommissar Louis Michel sagte, mit dem Fonds könne zum Beispiel auch illegaler Handel mit Kulturgütern aus diesen Ländern bekämpft werden. Ansonsten will die neue Kulturagenda auch die Kooperation der Mitgliedstaaten mit den EU-Institutionen in kulturellen Angelegenheiten verbessern.

Deutscher Filmförderfonds gebilligt

EU-Kommission hat den neuen Deutschen Filmförderfonds bis Ende 2009 gebilligt. Filmproduzenten stehen damit Zuschüsse von insgesamt 180 Millionen Euro zur Verfügung, teilte die EU-Kommission am 21. Dezember 2006 in Brüssel mit.

Kulturhauptstadt

Die estnische Hauptstadt Tallinn

und das finnische Turku sind die europäischen Kulturhauptstädte im Jahr 2011, so die EU-Kommission am 13. Juni 2007.

UNESCO

Kein „ungehemmtes Wachstum“

Bei der 31. Sitzung des Welterbe-Komitees wurde deutlich, dass man kein „ungehemmtes Wachstum“ der Welterbe-Liste wolle. Künftig sollten die Europäern über so genannte ‚internationale serielle Nominierungen‘ nachzudenken, also vergleichbare Stätten gemeinsam als Welterbe zu beantragen. Heidelberg hat es jedenfalls auch im zweiten Anlauf nicht geschafft (FR vom 30. Juni 2007).

China

Nach fast 20 Jahren schlägt das Goethe-Institut in Peking einen neuen Kurs in seiner Projektarbeit ein, die chinesischen Kooperationspartner, die heute auch meist finanziell und infrastrukturell besser ausgestattet seien als das Goethe-Institut selbst, haben inzwischen deutlich höhere Ansprüche. Neben dieser Neuausrichtung baut das Goethe-Institut in Peking seine Sprachprogramme massiv aus. Die Nachfrage ist so groß, dass ein Drittel der Interessenten abgewiesen werden musste, da nur 1200 Chinesen im Jahr im Institut Deutsch lernen können. Daher wird das Goethe-Institut in Peking und acht anderen Orten mit örtlichen Einrichtungen als Vertragspartner eigene Sprachlernzentren gründen. Außerdem will das Goethe-Institut den Kul-

turaustausch auch mit einem Webportal im Internet vorantreiben, das im Oktober 2007 vorgestellt wird. Die FAZ vom 27. August 2007 bemängelt hingegen, dass sich anlässlich des Besuches von Bundeskanzlerin Merkel in China bei den Kulturwochen in Nanking das Land der Dichter und Denker „ratlos“ gezeigt habe. „Es fehlt der Sinn für die eigene Nationalkultur wie für die besonderen Möglichkeiten, die der kulturelle Austausch eröffnen kann ... Zwischen den Polen politischer und wirtschaftlicher Instrumentalisierung scheint die Idee abhanden gekommen zu sein, dass die Kultur im Verhältnis der Nationen noch etwas Drittes sein könnte: eine Form der Auseinandersetzung mit dem allen gemeinsamen Leben nämlich, die in den wechselseitigen wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen nicht aufgeht. Und deshalb, fern davon, harmloser Schmuck zu sein, eigenständige Möglichkeiten der Verständigung und Kritik eröffnet.“

Buchmesse

Die Pekinger Buchmesse ist am 30. August 2007 mit Deutschland als Gastland eröffnet worden. Am deutschen Gemeinschaftsstand sagte Kulturstatsminister Bernd Neumann vor Journalisten, für deutsche Verlage gebe es gute Chancen auf dem wachsenden chinesischen Buchmarkt, wenn sie „am Ball bleiben und Ausdauer zeigen“. Nach Frankreich und Russland ist Deutschland erst das dritte Gastland auf der internationalen Pekinger Buchmesse. Allein 2006 wurden 366 deut-



sche Bücher ins Chinesische übersetzt. Beim weltweiten Einkauf deutscher Lizenzen steht China auf Platz sechs. 2009 ist im Gegenzug China das Gastland auf der Frankfurter Buchmesse.

Russland

Kulturoffensive

Nach einem Bericht der SZ vom 27. April 2007 will Russland Präsident Putin eine Kulturoffensive zugunsten der russischen Sprache einleiten; dazu gehört auch die Förderung von Sprachlernprogrammen im Ausland.

Schweiz

Das Schweizer Bundesgericht in Lausanne hat die Buchpreisbindung aufgehoben, sie stelle eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung dar. Damit wies das Gericht eine Beschwerde des Schweizerischen Buchhändler- und Verlegerverbandes und des Börsenvereins des deutschen Buchhandels ab (FAS vom 4. März 2007). Damit ist die Buchpreisbindung auch im deutschsprachigen Teil der Schweiz weggefallen. Im französischsprachigen Landesteil gab es keine Preisbindung. Dazu die FAZ vom 4. Mai 2007: „Auch am Buchmarkt bringt das Gesetz von Angebot und Nachfrage den notwendigen Ausgleich für die Beteiligten. Die ‚Kultur‘ muss darunter nicht leiden ... wer Kulturförderung auf seine Fahnen schreibt, sollte dazu nicht den Buchkäufer in Anspruch nehmen.“ Allerdings könnte, worauf die FAZ ebd. im

Feuilleton hinweist (Bücherlöschi) der Kampf bald weitergehen. Im eidgenössischen Parlament wird an einem Gesetz mit landesweit obligatorischer Preisbindung gearbeitet.

Personalien

Auf der 56. Jahrestagung des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. vom 5. bis 7. Oktober 2007 wurden Dr. Werner Müller (Vorsitzender des Vorstands der Evonik Industries AG) und Dr. Karl-Gerhard Eick (Vorstand Finanzen und stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG) in den Vorstand des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft im BDI e.V. gewählt.

– Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie trat im Juli 2007 sein Amt als Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts (KWI) in Essen an. (Siehe Würdigung in WamS vom 20. Mai 2007).

– Der Berliner Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hat zugleich das Amt des Kultursenators von Berlin übernommen und Thomas Flier abgelöst. Dazu siehe die Würdigung in der FAS vom 19. November 2006: „Der gierende Bürgermeister“; WamS vom 18. November 2006: „Das Signal aus Berlin ist verheerend“; NZZ vom 8. November 2006: „Ein verheerendes Signal“.

– Der Sprecherrat des Deutschen Kulturrates wählte im März 2007 den ehrenamtlichen Vorstand des Deutschen Kulturrates Prof. Dr. Max Fuchs (Vorsitzender), Christian Höppner (Stellvertretender Vorsitzender) und Dr. Claudia Schwalfenberg (Stellvertretende Vorsitzende) wieder. Die Amtszeit des Vorstands dauert bis März 2009. Prof. Dr. Fuchs tritt damit seine vierte Amtszeit als Vorsitzender des Deutschen Kulturrates an. Christian Höppner wurde zum dritten Mal und Dr. Claudia Schwalfenberg zum zweiten Mal wieder gewählt. Der Vorstand will seine Arbeit als Impulsgeber für verbands- und allgemein kulturpolitische Themen fortsetzen.

– Das Bundeskabinett hat am 23. Mai 2007 auf Vorschlag von Kulturstaatsminister Bernd Neumann beschlossen, die Schauspielerin und Präsidentin der Deutschen Filmakademie, Senta Berger, den Lyriker Durs Grünbein und den Soziologen Wolf Lepenies in den Stiftungsrat der Kulturstiftung des Bundes zu berufen. In dem aus 14 Mitgliedern bestehenden Stiftungsrat sind neben Mitgliedern der Bundesregierung, des Deutschen Bundestages, der Länder und Kommunen auch drei namhafte Persönlichkeiten aus dem Bereich der Kunst und Kultur vertreten, die von der Bundesregierung berufen werden.

– Der Historiker Hermann Parzinger, gewählt am 8. Juni 2007, ist ab 1. März 2008 neuer Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (zur 50-Jahr-Feier



s. Bericht in der SZ vom 8. September 2007) und löst Klaus Dieter Lehmann ab. Lehmann scheidet nach Erreichen des 68. Lebensjahres am 29. Februar 2008 aus dem Amt des Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz aus.

Die FAZ vom 30. April 2007 registrierte „Unmut“ über das Vorgehen bei der Präsidentensuche, zumal der Beschluss im Stiftungsrat der Preußischen Stiftung wohl erst für Anfang Juni vorgesehen war: „Seitdem wird über Parzinger geredet, während er selbst nix sagen darf.“ Außerdem stellt die FAZ die Frage, warum nicht Martin Roth (Dresden), Karin von Welck (Hamburg) oder Jan Hendrick Olbertz (Sachsen-Anhalt) in die Wahl kamen. Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, Kulturstaatssekretär in Nordrhein-Westfalen, Mitglied der Findungskommission, soll erklärt haben: „Man darf auch nicht verschweigen, dass bei der Installation Parzinger auch dessen Vorgänger Herr Lehmann eine Rolle gespielt“ hat. Der Vorsitzende des Stiftungsrats, Kulturstaatsminister Bernd Neumann, betonte nach der Wahl des neuen Präsidenten: „Hermann Parzinger ist ein weltweit renommierter Wissenschaftler und zugleich ein großartiger Kommunikator und Moderator. Er hat sich am Deutschen Archäologischen Institut als umsichtiger und doch durchsetzungsstarker Modernisierer erwiesen und er versteht es wie kein anderer, Wissenschaft zu öffentlichem Wissen zu machen. Seit langem ist er als internationaler Kooperationspartner hoch

geachtet und arbeitet als aktives Mitglied in zahlreichen in- und ausländischen Akademien. Mit der SPK ist er durch seine Mitgliedschaft im Stiftungsbeirat, dessen Vorsitzender er seit 2006 ist, bestens vertraut. Ich bin überzeugt, dass Hermann Parzinger als neuer Präsident der SPK diese größte und bedeutendste Kulturinstitution unseres Landes mit Geschick, Energie und Weitblick erfolgreich in die Zukunft führen wird.“

– Der scheidende Intendant des Deutschen Theaters Berlin, Bernd Wilms, wird auf Vorschlag von Kulturstaatsminister Neumann ab 1. April 2008 neuer Kurator des vom Bund finanzierten Hauptstadtkulturfonds.

– Der scheidende Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin, Klaus-Dieter Lehmann wird ab 1. März 2008 neuer Präsident des Goethe-Instituts. Er löst Jutta Limbach ab, die altersbedingt ausscheidet (FAS vom 1. Juli 2007).

– Bis Dezember 2007 soll eine Findungskommission einen Nachfolger für Peter Klaus Schuster als Generaldirektor der Staatlichen Museen suchen. Dabei soll der Posten nicht mehr mit der Direktion der Nationalgalerie verbunden sein (Beide Nachrichten FAZ vom 9. Juni 2007).

– Nach einem kritischen Bericht des Bundesrechnungshofs zur Geschäftsführung und der Aufdeckung von Verschwendung und Kontrolldefiziten mussten die Chefs Wilfried Gatz-

weiler und Wenzel Jacob gehen (s. auch den Bericht in der FAZ vom 18. Mai 2007; SZ vom 18. Mai 2007). Nach den Ergebnissen der Prüfer fuhr die Bundeskunsthalle mit Freiluft-Konzerten auf dem Museumsplatz einen Verlust in Höhe von mehr als sechs Millionen Euro in fünf Jahren ein. Es ist strittig, ob ein ambitioniertes Konzertprogramm in den Kernaufgabenbereich der Kunsthalle gehört. Jacob hat im Juli 2007 den Bund verklagt. Nachfolger in der Intendanz ist Christoph Vitali.

– Entertainer und Schauspieler Harald Schmidt unterstützt Erika Steinbach und das „Zentrum gegen Vertreibungen“ (SZ, 18. September 2007).

– Der Chemiker Helmut Schwarz wird ab 2008 neuer Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung und tritt die Nachfolge des Germanisten Wolfgang Frühwald an.

– Claudia Schmied (SPÖ) ist die neue österreichische Ministerin für Unterricht, Kunst und Kultur; damit wurde die Kultur wieder eines eigenen Ministeriums für würdig befunden, nachdem sie zuvor von Kulturstaatssekretär Franz Morak verwaltet wurde (s. Bericht in der FAZ vom 19. Januar 2007: „In der Löwengrube“).

– Prof. Dr. Hans Walter Hütter ist neuer Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die er seit dem 1. Februar 2006 bereits kommissarisch geleitet hatte. (FAZ vom 6. Juni 2007).



– Die SZ vom 18. November 2006 würdigt NRW-Staatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff als „einen der wenigen Kulturpolitiker mit Kultur“: „Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff gehört zu jener aussterbenden Spezies Bildungsbürger, für die es immer noch selbstverständlich ist, dass in jedem Kinderzimmer zumindest eine Beethoven-Symphonie neben dem „Faust“ und in jedem Amt für Sozialwesen eine Stadtbücherei neben einem Theater stehen sollte. Dass er ein Konservativer ist und gerne die Anekdote erzählt, auch er sei ein 68er, nur habe seine Revolte gegen den Vater darin bestanden, ein einziges Mal in seinem Leben FDP zu wählen, ist seine eine Seite. Die andere, das ist der Kulturrenthusiast, der Traditionalist ist und doch für schwer durchsetzbare Kunst einsteht.“

Zitate

„Videospielen ist gut. Es ist Teil unserer Kultur und der Gesellschaft und der Sozialisation von Kindern.“

Robbie Bach, Entertainment Sparte Microsoft, im Interview mit der WamS vom 7. Oktober 2007.

„Die Grundidee liegt darin, dass man Kindern Impulse gibt. Man kann nicht durch einen einzigen Schulbesuch Kinder an die Musik heranzuführen und man kann vielmehr ein erstes emotionales Erlebnis schaffen. Man zünde eine Flamme an, die durch das Engagement von Lehrern

und vor allem Eltern weiter genährt werden muss. Für mich sind Schulbesuche in ganz Deutschland eine sehr bereichernde Erfahrung. Im Juni war ich in Mecklenburg in einem winzigen Ort mit brillant vorbereiteten Schülern, die zählten Namen von Komponisten des 20. Jahrhunderts auf, die ich noch nie gehört hatte. Man kann auch in der Provinz sehr positiv überrascht werden.“

Geigerin Julia Fischer, laut General-Anzeiger vom 27. August 2007.

„Bild“: „Fehlt unserer Gesellschaft der Mut zur Kultur?“

Masur: „Was ich in letzter Zeit an Unwissenheit über die Rolle der Kultur erlebt habe, ist für mich erschreckend. Der Verlust an Werten, auch am Stellenwert eines Künstlers, ist enorm.“

Schmidt: „Ich glaube, der Werteverfall ist ein Medienthema. Ich bin der Meinung, dass darum im Privatleben die Werte gelegt werden müssen, das fängt bei der Erziehung der Kinder an...“

Masur: „Das schlimmste ist, dass unsere Politiker nicht einmal merken, wie viel Kunstliebe und Kultur hier verloren geht. Der Großteil der Politiker ist nicht mehr darauf aus, das Leben für die Menschen schöner zu machen – er ist darauf aus seine Machtposition auszubauen! Ich finde, Musik müsste für alle Pflichtfach sein ...“

Interview der BILD-Zeitung mit Harald Schmidt und Kurt Masur am 16. Juni 2007.

„Sie haben gesagt, dass Sie nicht mehr wählen gehen – beschäftigt Sie die Gesellschaft überhaupt noch?“ Kroetz: „Nein, das ist mir scheißegal“. Franz Xaver Kroetz im Gespräch mit der WamS vom 21. Januar 2007.

Wenn die Akzeptanz des Theaters als kultureller Fixpunkt angenommen hat, liegt das doch daran, dass Fragen der kulturellen Bildung über Jahre vernachlässigt wurden. In den Schulen fallen Fächer wie Kunst und Musik häufig aus. Ich möchte einen Beitrag dazu leisten dieses Defizit an kultureller Bildung zu verringern. Junge Menschen müssen wieder mehr an das Theater herangeführt werden, für sie sollte es selbstverständlicher werden, etwa ein Theaterabonnement zu haben. Nur so kann man erreichen, dass die Kultur langfristig wieder mehr Mitstreiter bekommt – in der Bevölkerung wie unter den Politikern.“

Kulturstaatsminister Bernd Neumann im Interview mit der SZ vom 18. November 2006.

„Der Literaturbetrieb hat Sie lange Zeit ignoriert, darunter haben Sie gelitten und jetzt plötzlich, kurz vor dem Ableben, feiert der Betrieb Sie.“

Ich verstehe das auch nicht, hätte ein bisschen früher kommen können.

Was war eigentlich Ihr Verbrechen, was haben Sie dem Literaturbetrieb angetan?

Ich bin konservativ und liberal, und das darf man in Deutschland nicht sein.“

Der am 5. Oktober 2007 verstor-



bene Schriftsteller Walter Kempowski im Gespräch mit der Frankfurter Rundschau vom 4. August 2007.

„Wir wollen die Ausstrahlung der EU über die Kulturschiene stärken, weil das ein sehr gutes Transportmittel ist.“

Richard Kühnel, Mitarbeiter von EU-Kommissarin Benita Ferrero Waldner, auf dem kulturpolitischen Bundeskongress lt. SZ vom 9. Juni 2007.

„Soviel Traditions- und Bildungsvergessenheit war denn doch ein wenig unerhört.“

Die SZ vom 27. Oktober 2006 anlässlich des Kongresses des Außenministeriums zur auswärtigen Kulturpolitik zum Eröffnungsbeitrag von Henning Kagermann, Vorstandssprecher der SAPAG.

„Das Kopieren von Musik wird immer einfacher. Das Produzieren von hochwertiger Musik zu marktfähigen Konditionen immer schwieriger. Von 16 Musikdownloads im Internet ist bisweilen nur einer legal. Die musikinteressierte Öffentlichkeit muss ebenso wie die Unternehmen ein Interesse daran haben, ihre Künstler zu schützen. Vielfach geht Kopieren heute über Musizieren. Wer sich derart unverantwortlich im Web verhält, kann kein Freund der Musik sein.“

Stephan Frucht, Geschäftsführer des Kulturkreises im BDI, am 24. April 2007.

„Deutschland steht uneingeschränkt zu seiner moralischen Verantwortung für die Restituti-

on von NS-Raubkunst, wie sie im Washingtoner Abkommen fixiert ist. Eine Aushöhlung dieser moralischen Verpflichtung wird es nicht geben. Das Verfahren bei der Restitution muss aber transparenter, koordinierter und nachvollziehbarer gestaltet werden.“

Kulturstaatsminister Bernd Neumann, MdB, zur Restitution von NS Raubkunst im November 2006.

„Ein Edelpferd kann man nicht zum Ackergaul machen.“

Der Sächsische Kulturstaatssekretär Knut Nevermann über die vom Sächsischen Kabinett der Semperoper verordneten „Konsolidierungsphase“, laut FAZ vom 9. Mai 2007.

„129 Goethe-Institute dürfen uns so viel wert sein wie 12 bis 15 Kilometer Autobahn. Ich will die Kultur im Wahrnehmungsfeld deutscher Außenpolitik stärken.“

Außenminister Frank Walter Steinmeier, lt. Frankfurter Rundschau vom 28. Oktober 2006.

„Wenn die Verantwortung an einen Staatssekretär abgegeben wird, ist das ein Degradieren der Kultur in der Hierarchie der politischen Realität eines Landes. Wobei Kultur in Bremen auch bisher nicht so weit oben stand. Natürlich, wir kommen nicht aus dem Nirvana und gehen nun in die Hölle, sondern, mit Ausnahme von Hamburg, haben alle Länder ein eigenständiges Kulturressort abgeschafft. In Bremen war der bisherige Senator für Wirtschaft und Häfen auch für Kultur zuständig. Das

ist nicht optimal. Aber immer noch der bessere Weg, weil der unmittelbar Verantwortliche ein Senator mit allen Rechten ist. Was wäre denn für Bremen der optimale Weg? Gerade für ein Land wie Bremen, das nicht besonders groß ist, aber eine sehr quirlige Kulturszene hat und deshalb mit Kultur punkten könnte, wären ein Senator oder eine Senatorin für Kultur optimal. Und zwar nur für Kultur. Die zweitbeste Lösung wäre, dass man einen Senator oder eine Senatorin für Kultur und andere Bereiche hat, mit der Hoffnung, dass die Person ein positives Verhältnis zur Kultur hat. Es ist immer die Frage, wofür man sich besonders engagiert, für die Wirtschaft, die Häfen oder die Kultur. Aber für die finanzielle Absicherung von Kultur könnte die Zuordnung doch Vorteile bringen? Ein Bürgermeister braucht einen Gegenpart, eine Struktur, die am Kabinetttisch sagen kann, wir müssen für die Kultur ein bisschen mehr herausholen. Wenn ein Ministerpräsident seine Minister dazu verdonnert, in ihren Ressorts zu sparen bis es knackt, dann kann er schlecht vertreten, »aber bei meiner Kultur nicht«. Für einen Ministerpräsidenten ist es – obwohl er mächtig ist – unglaublich schwer, für die Kultur zu kämpfen.“

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, im Gespräch mit dem Neuen Deutschland über die Abschaffung eines eigenen Kulturressorts in Bremen.



Aus kulturpolitischen Zeitschriften und Beiträgen

- Die Zeitschrift *Kulturpolitik*, hg. vom Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler, berichtet in der Ausgabe 4/2006 u.a. über die wichtigsten kulturrelevanten EU-Förderprogramme und über Fragen im Zusammenhang mit der Künstlersozialkasse. Außerdem befindet sich dort ein Beitrag zur Urheberrechtsreform, 2. Korb; in der Ausgabe 3/2007 u.a. noch einmal über Korb 2 des jetzt verabschiedeten Urheberrechts und den Bundeskongress kultur.macht.europa der Kulturpolitischen Gesellschaft. Die Nr. 2/2007 hat das Verhältnis von Kunst, Künstler und Internet zum Schwerpunktthema.

- Die *Kulturpolitischen Mitteilungen* der Kulturpolitischen Gesellschaft IV/2006 widmen sich dem Schwerpunkt „Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik“; hervorgehoben sei außerdem ein Beitrag zur Kanon-Debatte in den Niederlanden.

In der Ausgabe I/2007 steht das Thema „Kultur & Alter“ im Mittelpunkt. Demografieexperte und Familiensoziologe Franz Xaver Kaufmann skizziert in einem Grundsatzbeitrag den demografischen Wandel in Deutschland und die ‚Wucht‘, mit der diese Entwicklung eine weitgehend unvorbereitete Gesellschaft in Kürze treffen wird. In einem ausführlichen Interview spricht sich Hortensia Völckers für eine stärkere bil-

dungspolitische Verantwortung der Kultureinrichtungen aus: »Die Kulturinstitutionen müssen als Bildungsorte verstanden, geschützt und gestärkt werden, wenn sie nicht zu Ereignisfabriken mutieren sollen«; die Ausgabe II/2007 enthält den Schwerpunkt „Kulturpolitik & Demographie“; außerdem widmen sich Iris Magdowski und K.-J. Scherer den neuen Grundsatzprogrammen von CDU und SPD; die Kulturpolitischen Mitteilungen III/2007 enthalten im Schwerpunkt zentrale Beiträge vom Vierten Kulturpolitischen Bundeskongress „kultur.macht.europa. – europa.macht.kultur.“, der am 7. und 8. Juni 2007 in Berlin im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stattgefunden hat. Autoren sind u.a. der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg, Kulturstaatsminister Bernd Neumann, EU-Kommissar Ján Figel und Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse.

In der Ausgabe November/Dezember 2006 von *politik und kultur*, hg. vom Deutschen Kulturrat, schreiben u.a. Kulturstaatsminister Neumann und Bundestagspräsident Norbert Lammert zum 25. Jubiläum des Kulturrats. Weitere Themen u.a.: Welche Bedeutung haben Kulturgüter für unsere Gesellschaft? Dürfen Kulturgüter aus öffentlichen Kultureinrichtungen bei Haushaltsengpässen verkauft werden? Was bringt das Staats-

ziel Kultur im Grundgesetz? Brauchen wir einen Kanon im Bereich kultureller Bildung? Was kann ein Kanon leisten und was nicht? Was gehört zu einem Kanon? Diese Fragen debattieren Birgit Jank, Gabriele Schulz, Jörg-Dieter Gauger, Claudia Schwalfenberg und Wolfgang Zacharias. Die Ausgabe Januar/Februar 2007 behandelt die kulturelle Machtverschiebung in den Ländern: Nach Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen ist nun auch in Berlin der Ministerpräsident zugleich Kulturminister. Grund genug in den zwei Ländern, die bereits Erfahrungen mit einem solchen Modell gemacht haben, nachzufragen, wie es denn funktioniert. Welche Auswirkungen hat der sogenannte Bologna-Prozess auf die Kunst- und Musikhochschullandschaft? Wie soll die Künstlersozialkasse stabilisiert werden? Der Deutsche Kulturrat nimmt zum Referentenentwurf zur Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes Stellung. Nachdem kürzlich zu befürchten stand, dass den gemeinnützigen Organisationen der Garaus gemacht werden soll, stellte kurz vor Weihnachten Bundesfinanzminister Peer Steinbrück seinen Maßnahmenkatalog „Hilfe für Helfer“ vor. Olaf Zimmermann setzt sich damit auseinander. Kultur Kompetenz Bildung: Welche Auswirkungen hat der demografische Wandel auf die kulturelle Kinder- und Jugendbildung?

In der Ausgabe März/April 2007 von *politik und kultur* setzt sich u.a. Wolf Lepenies mit dem Stellenwert der Geisteswissen-



schaften in den aufstrebenden Industrienationen Asiens und in Deutschland auseinander. Schwerpunkte der Ausgabe sind weiter: Wie sollte die künftige Kulturpolitik in Thüringen aussehen? Erinnern an Vertreibung – virtuell oder real? Gehört Kultur zu den Kernaufgaben der Kirchen?

Die Ausgabe Mai/Juni 2007 hat als Schwerpunktthemen: Was bedeutet die Erinnerung und die Erinnerungskultur für eine Gesellschaft? Streitfall: Computerspiele. Welche Rolle spielen Verbände, wie der Deutsche Kulturrat, im demokratischen Rechtsstaat? Die Ausgabe Juli/August 2007 widmet sich u.a. den Themen: Gibt es eine Kulturpolitik der SPD? Was ist das Spezifische daran? Worin unterscheidet sie sich von der der anderen Parteien? Streitfall: Computerspiele III: Welche Wirkung haben Computerspiele auf Kinder und Jugendliche? Wie können Computerspiele bewertet werden? Welchen Reiz haben diese Spiele? Das groß angelegte Projekt der Kulturstiftung des Bundes, des Landes NRW und der GLS Stiftung Zukunft Bildung soll in den nächsten drei Jahren dazu beitragen, dass 210.000 Grundschüler im Ruhrgebiet ein Instrument erlernen können. Doch welche Nachhaltigkeit kann das Projekt entfalten? Nach dem Inkrafttreten der Konvention Kulturelle Vielfalt stellt sich nun die Frage, was kulturelle Vielfalt konkret heißt. Was macht kulturelle Vielfalt aus und welche Entscheidungsträger müssen einbezogen werden? Kultur Kompetenz Bildung: Interkulturelle Bildung I: Ist inter-

kulturelle Bildung eine aktuelle Herausforderung? Wie kann interkulturelle Bildung gelingen? Was gilt es bei interkultureller Bildung zu beachten? Schließt interkulturelle Bildung auch die Künste ein? Die Ausgabe September/Oktober 2007 widmet sich den Themen Kultur und Judentum: Welche Bedeutung hat Kultur im Judentum und wie sieht das kulturelle jüdische Leben in Deutschland heute aus? Wie versteht die FDP Kulturpolitik? Urheberrecht: Noch vor der Sommerpause wurde das 2. Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft verabschiedet. Ein über vier Jahre dauernder Diskussionsprozess fand damit ein Ende. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries u.a. setzen sich damit auseinander. Bürgerschaftliches Engagement: Anfang Juli wurde das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements im Deutschen Bundestag verabschiedet. Peer Steinbrück, Rupert Graf Strachwitz u.a. beleuchten Inhalt und Auswirkungen des neuen Gesetzes Kultur Kompetenz Bildung: Interkulturelle Bildung II aus Anlass des Nationalen Integrationsplans.

Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz (Deutscher Kulturrat) haben eine informative Abhandlung zur Entwicklung der Künstlersozialversicherung vorgelegt.

Ebenfalls informativ die Zusammenstellung von Beiträgen zur Debatte um das Computerspiel als Kulturgut: „Streitfall Computerspiele usf.“, hg. vom Olaf Zimmermann und Theo Geißler (Berlin 2007).

Erschienenen ist das wie immer wertvolle *Jahrbuch für Kulturpolitik* 2007 zur „Europäischen Kulturpolitik“; es enthält neben einer Übersicht zur europäischen Kulturwirtschaft und Kulturstatistik von Michael Söndermann u.a. Beiträge von Johanna Wanka, Thomas Goppel und Ulf Grossmann. Seitdem der Vertrag von Maastricht (1992) auch einen Kulturartikel zur kulturpolitischen Kompetenz der EU vorsieht, hat auch die kulturelle Förderpolitik der EU an Profil gewonnen. Es gibt inhaltliche Zielvorstellungen, gesetzliche Rahmenbedingungen, institutionelle Strukturen, politische Verfahren und ein allerdings noch bescheidenes Budget. Das „Jahrbuch“ 2007 vermisst das Feld der europäischen Kulturpolitik, liefert Begründungen, beschreibt Kompetenzen, Institutionen und Akteure und will damit die Diskussion über Europäische Kulturpolitik befördern.

Die Kulturpolitische Gesellschaft hat die Publikation „*Beheimatung durch Kultur. Kulturorte als Lernorte interkultureller Kompetenz*“ vorgelegt. In den Jahren 2004 bis 2006 führte das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft das Projekt „Kulturorte als Lernorte interkultureller Kompetenz“ durch. Ziel des Projektes war es, auf der Basis einer bundesweiten Bestandsaufnahme der entsprechenden kommunalen Kultur- und Jugendarbeit Vorschläge zur Verbesserung der interkulturellen Kulturarbeit zu entwickeln,



um einen Beitrag zu leisten, die zahlreichen Freizeit-, Bildungs- und Kulturorte – vom Museum über das Jugendzentrum bis hin zur Schule – für die Ausbildung interkultureller Kompetenz weiter zu qualifizieren. Der Band dokumentiert die Projektergebnisse, zeigt anhand einzelner

kultureller Felder Ansätze interkultureller Kulturarbeit auf, referiert kulturpolitische Positionen der involvierten Verbände und Fachorganisationen und schildert am Beispiel von Frankreich, der Schweiz, den Niederlanden, Dänemark, Italien und Polen Erfahrungen aus anderen Ländern.

Lauer (Universität Göttingen) und Christine Lieberknecht (Vorsitzende der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag).

Jörg-Dieter Gauger

Kunst und Kultur verpflichtet: Die kulturpolitische Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Hans Magnus Enzensberger hat 1988 einmal formuliert, der Dialog zwischen Kultur und Politik sei „eine urdeutsche Spezialität, unergiebig wie das Sauerkraut oder der Karneval zu Mainz“. Das ist schon historisch zweifelhaft, denn diesen „Dialog“ gab es zu allen Zeiten, wenn man dieses Spannungsverhältnis in der ganzen Breite seiner Möglichkeiten würdigt: Kunst und Kultur als Repräsentation, als Affirmation, als Seismograph, als Kompensation, als Kritik, als Bildungsgut. Und wozu sonst „Kulturpolitik“? Offensichtlich bedarf Politik der Kultur, aber auch Kunst und Kultur bedürfen der Politik, wenn man Kulturpolitik als den Versuch versteht, die Rahmenbedingung für die freie Entfaltung von Kunst und Kultur möglichst optimal zu gestalten, zumal der Kultursektor („creative industries“) auch als Wirtschaftsfaktor steigende Bedeutung gewinnt. Dazu bedarf es des Dialogs.

Die Beteiligung an der kulturpolitischen Debatte ist ausdrücklich in der Satzungsaufgabe der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) eingeschlossen, Kunst

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Veranstaltungen

Literaturpreis 2007

Petra Morsbach erhielt den diesjährigen Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung, dotiert mit 15.000 Euro. Die 1956 in Zürich geborene und heute in Starnberg lebende Schriftstellerin hat bislang vier Romane und einen Essayband publiziert. Ausgezeichnet wird mit dem Preis ihre außergewöhnlich selbstdenkerische und stilistische Begabung. Vor allem in dem Essayband „Über die Wahrheit des Erzählens“ (2006) appelliert Petra Morsbach frei von den Forderungen der Macht und des Marktes an einen verantwortlichen Umgang mit der Freiheit und Wahrhaftigkeit des Wortes. Ihre Romane suchen den Ort, wo der Mensch im Wertewandel der globalisierten Moderne geistig, historisch und sozial beheimatet sein kann. Von besonderer Bedeutung ist das Werk „Plötzlich ist es Abend“ (1995), die Lebensgeschichte einer russischen Mutter Courage zu Zeiten Stalins, Chruschtschows und

Breschnews, sowie der Roman „Gottesdiener“ (2004), das Porträt eines bayerischen Landpfarrers und seiner Gemeinde, das mit virtuoser Einfühlsamkeit einen Mikrokosmos unserer Orientierung suchenden Gesellschaft darstellt. Der Preis wurde am 10. Juni 2007 in Weimar verliehen.

Die bisherigen Preisträger der Konrad-Adenauer-Stiftung sind: 1993 Sarah Kirsch, 1994 Walter Kempowski, 1995 Hilde Domin, 1996 Günter de Bruyn, 1997 Thomas Hürlimann, 1998 Hartmut Lange, 1999 Burkhard Spinnen, 2000 Louis Begley, 2001 Norbert Gstrein, 2002 Adam Zagajewski, 2003 Patrick Roth, 2004 Herta Müller, 2005 Wulf Kirsten, 2006 Daniel Kehlmann. Der unabhängigen Jury gehören an: die Vorsitzende Prof. Dr. Birgit Lermen (Universität zu Köln), Jochen Hieber (Frankfurter Allgemeine Zeitung), Dr. Sebastian Kleinschmidt (Chefredakteur Sinn und Form), Prof. Dr. Gerhard



und Kultur zu fördern. Die Grundsätze, die uns dabei leiten, lassen sich nachlesen in: Verf./ G. Rütger, Kunst und Kultur verpflichtet (2006). Daraus nur ein Zitat: „Kunst und Kultur spiegeln die Ganzheitlichkeit menschlicher Existenz, verweisen auf Geheimnis und Nicht-Erklärbares, bilden ein Widerlager zur fortschreitenden Ökonomisierung der Lebensbezüge, verdeutlichen, dass Leben mehr ist als „Brot allein“, verweisen auf die Ambivalenz der Fortschritts.“ Wenn es darum geht, die Zukunft Deutschlands und Europas zu gestalten, dann brauchen wir mehr als nur politische Lösungsvorschläge, mehr als nur einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort, mehr als nur technologischen Fortschritt. Eine wahrhaft humane Zukunft kann es nur geben, wenn wir das existentielle Bedürfnis des Menschen nach Lebenssinn ernstnehmen. Neben der Religion sind Literatur und Kunst bedeutende Sinnstifter unserer Zeit. Eine zukunftsfähige Kulturpolitik muß diese sinnvermittelnde und wertorientierende Aufgabe der Literatur und der Kunst in Rechnung stellen und auch als politischen Auftrag verstehen. Daher ist für eine an christlichen Werten orientierte politische Stiftung der Dialog mit der Kultur auf verschiedenen Ebenen geradezu gefordert, sowohl auf der kulturpolitischen Ebene im engeren Sinne als auch auf der Ebene konkreter Förderung von Kunst und Kultur und sichtbarer Präsenz in der Kulturszene. Erstere konzentriert sich im Bereich „Politische Bildung“ (Eichholz) auf intensiv nachgefragte The-

menseminare zur kommunalen Kulturpolitik, die auch die Kulturwirtschaft einbeziehen (2006 erschien: M. Söndermann, Kulturwirtschaft. Das unentdeckte Kapital der Kommunen und Regionen), in der Abteilung Kultur (Berlin) auf die jährliche Musikfachtagung mit einem musikwirtschaftlichen Schwerpunkt, das ebenfalls jährliche Denkmalforum und vor allem auf das jetzt 7. Potsdamer Gespräch zur Kulturpolitik unter Leitung des Stv. Vorsitzenden des KAS und Bundestagspräsidenten Norbert Lammert, der auch als Herausgeber und Mitautor zweier Kompendien zur Kulturpolitik hervorgetreten ist (Alles nur Theater? Beiträge zur Debatte über Kulturstaat und Bürgergesellschaft [2004]; Verfassung, Patriotismus, Leitkultur: was unsere Gesellschaft zusammenhält [2006]).

2001 initiiert und organisatorisch angebunden an die HA „Politik und Beratung“ hat das Potsdamer Gespräch als offenes, daher auch der parteiübergreifenden Konsensbildung unter den Kulturpolitikern dienendes „Diskussionsforum zum Ziel, Künstler und Repräsentanten führender Kultureinrichtungen und -verbände mit Politikern auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zu einem jeweils aktuellen Schwerpunktthema zusammenzuführen und damit eine ebenfalls aktuelle Übersicht über Tendenzen der Kulturpolitik in Bund, Ländern und Kommunen zu verbinden. Dabei reicht das Themenspektrum von Kulturföderalismus, Urheber- und Stiftungsrecht (2001; u.a. mit Juli-

an Nida-Rümelin und Hans Joachim Meyer) über den Sinn und Nutzen von Kulturfestivals (2002; u.a. mit Gérard Mortier und Joachim Sartorius), die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ (2003; u.a. mit Gitta Connemann), Kulturpolitik in den neuen Ländern (u.a. mit Johanna Wanka), kulturelle Bildung (u.a. mit Annette Schavan), über die Lage der Museen (2005; u.a. mit Peter-Klaus Schuster und Peter Raue) bis hin zur Auswärtigen Kulturpolitik (2006; u.a. mit Wilfried Grolig und Hans-Georg Knopp); die Gesprächsrunde zu jeweils aktuellen kulturpolitischen Entwicklungen wird von profilierten Kulturpolitikern wie dem Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, bestritten. Einen inhaltlichen Eindruck vermittelt die Broschüre „Erinnerungskultur“ (Hg. Norbert Lammert, 2004), die mit Beiträgen u.a. von Bernhard Vogel, Christian Meier, Hermann Schäfer, Richard Schröder, Günter Nooke und Jörg Schönbohm das 4. Potsdamer Gespräch (2004) zusammenfasst. Im Rahmen der bildungspolitischen Arbeit der KAS, die sich ebenfalls an einem ganzheitlich-personalen Ansatz orientiert, liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der kulturellen Bildung am Beispiel des Musikunterrichts, für den ein „Kerncurriculum“ vorgelegt wurde (s. Verf.[Hg.], Bildung der Persönlichkeit, 2006), das eine intensive Debatte über Ziel und „Kanonbildung“ für die Schule auslöste; diese Diskussion wird weitergeführt. In diesen Kontext gehört auch die zusam-



men mit der UNESCO-Kommission publizierte Schrift Kulturelle Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung (Hg. A. Leicht/J. Plum, 2007; mit Beiträgen u.a. von Max Fuchs und Gerhard de Haan).

Flankiert werden kulturpolitische Maßnahmen durch eine Fülle weiterer Aktivitäten, die den Dialog zwischen Politik und Kultur vertiefen sollen, durch eine Förderpolitik im Bereich unserer HA Begabtenförderung und Kultur, die ausdrücklich junge Nachwuchskünstler unterstützt, durch ein eigenes Stipendienprogramm (EHF, Else-Heiliger-Fonds) für die Unterstützung bedürftiger Künstlern mit einem Schwerpunkt auf der bildenden Kunst, das 2009 in ein bürgerschaftlich motiviertes Trustee-Programm EHF 2010 überführt wird, durch eine Fülle von Ausstellungen (Berlin), durch internationale Kulturabende (u.a. mit den USA, Israel, nordischen Staaten), durch die Förderung von Literatur durch einen jährlich vergebenen Literaturpreis (Weimar; Publikation der Reden in jährlicher Dokumentation 1993-2007), in Werkstätten mit Stipendiaten und Literaten in Cadenabbia (die Beiträge von über 20 Schriftstellern sind gesammelt in der Anthologie „Cadenabbia als literarischer Ort“ (Hg. Bernhard Vogel, 2006). Zwei internationale Tagungsreihen befassen sich mit dem europäischen Kultur- und Literaturdialog (Österreichische, Niederländische, Französische und Schweizer Gegenwartsliteratur, 2002-2005; Europa im Wandel. Literatur, Werte, europäische Identität, 2002-

2007: publizierte Tagungen in Prag, Danzig, Budapest, Riga) und einer Soirée-Reihe (Homage) die aus den unterschiedlichen Kultursparten herausragende Persönlichkeiten (u.a. Adolf Muschg, Jutta Lampe, Günther Uecker) ehrt. Mit ihrer Arbeit will die Konrad-Adenauer-Stiftung zugleich auch einen Beitrag dazu leisten, dass die Kulturpolitik der christlichen Demokratie sich ihrer Leistung entsprechend präsentiert, die sie entgegen mancher, auch bewusst gepflegter Vorurteile im Vergleich vorzuweisen hat; daher wurde 2004 eine eigene Tagung der Kulturpolitik der Ära Kohl gewidmet; die Beiträge u. a. von Norbert Lammert, Anton Pfeifer und Oscar Schneider wurden in den „Historisch-Politischen Mitteilungen 12/2005 publiziert; dem aktuellen Austausch dient die seit 1996 mindestens einmal jährlich erscheinende „Kulturpolitische Umschau/Im Gespräch“ (v.a. über Internet verbreitet), die kulturpolitische Initiativen mit einer intensiven Presseauswertung verbindet (verantwortlich: Verf.).

Hans-Jörg Clement

EHF 2010 – Fortsetzung eines Erfolgsprogramms

Else Heiliger verfügte eine zeitnahe Verwendung ihres Vermögens. Um das renommierte Künstlerstipendium über das Jahr 2009 hinaus zu sichern und die Idee des bürgerschaftlichen Engagements für die Kunst weiterzutragen, wurde das Trustee-Programm EHF 2010 ins Leben

gerufen. Die Gründungstrustees Ingeborg Neumann, Marianne Esser und Christian Klawitter haben den Grundstein für die Fortsetzung des Erfolgsprogramms gelegt. Flankiert wurde der Auftakt durch eine fulminante Ausstellung von 45 ehemaligen Stipendiaten. Die zum großen Teil inzwischen national und international reüssierenden Künstler überließen der Stiftung Arbeiten, die für nicht mehr als €2010 angeboten wurden. Der gesamte Erlös der noch am Eröffnungsabend ausverkauften Ausstellung floss in das Programm EHF 2010.

Die Trustees – Multiplikatoren einer Bürgergesellschaft

Das Trustee-Programm EHF 2010 spricht einen exklusiven Kreis von Persönlichkeiten aus Kultur, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft an. Im Mittelpunkt steht der Gedanke, vor allem junge, zeitgenössische Künstler zu fördern, die hohen Qualitätsansprüchen genügen, die das Kriterium der Bedürftigkeit erfüllen und deren Arbeiten über die Welt, in der wir leben, erzählen. Anliegen der Trustees ist es, engen Kontakt mit den Künstlern herzustellen und sie am Beginn ihrer Karriere zu unterstützen – noch bevor die breite Öffentlichkeit auf sie aufmerksam wird. Die Identifikation von Künstlern, Trustees und Förderprogramm steht im Mittelpunkt.

Mit ihrem Engagement dokumentieren die Trustees bürgerschaftliche Verantwortung und anerkennen Kunst und Kultur als gesellschaftspolitisch integralen



Bestandteil der Identitätsfindung.

Die Zuwendung der Trustees ist zweckgebunden und ausschließlich der Unterstützung von EHF 2010 und seinem anspruchsvollen Profil zugeordnet.

EHF 2010 – Der interdisziplinäre Dialog

EHF 2010 versteht sich zudem als Forum für den interdisziplinären Kulturdialog. Auch wenn der Schwerpunkt der Förderung im Bereich der jungen bildenden Kunst liegt, vergibt der Beirat in der Regel jährlich zwei Stipendien in der Sparte Literatur, ein Stipendium in der Sektion Tanz und ein Stipendium im Bereich der Komposition/zeitgenössische Oper. Die Stipendiaten nutzen den interdisziplinären Dialog, entwickeln gemeinsam neue Projekte und profitieren von den kreativen Potenzialen der Kollegen.

Die Stipendien – Förderung und Begleitung

Die Trustees sind mit der Auswahl der Stipendiaten verbunden. Sie werden in der Vorauswahl, die federführend durch den Geschäftsführer und Kurator des Fonds erfolgt, konsultiert und sind im Beirat durch zwei GründungsTrustees vertreten. Der Beirat vergibt einmal im Jahr Arbeitsstipendien für freiberuflich Tätige, die eine akademische oder andere künstlerische Ausbildung abgeschlossen haben. Ein Stipendium dauert 12 Monate (in Ausnahmefällen 6 Monate) und ist mit monatlich

Euro 800 dotiert. Studierenden in Aufbaustudiengängen kann für zwei Semester ein Stipendium mit einer monatlichen Dotierung von Euro 550 zugesprochen werden.

Die Förderung beschränkt sich nicht auf die finanzielle Zuwendung. Die Stipendiaten haben die Möglichkeit, in Projekte der Konrad-Adenauer-Stiftung eingebunden zu werden, die den Dialog zwischen Politik und Kultur anvisieren. Der aktuelle Jahrgang wird im Rahmen einer Gruppenausstellung im Herbst präsentiert, es werden Kontakte mit Galeristen, Kuratoren, Verlagen und anderen Multiplikatoren des Kulturbereichs hergestellt und in ausgesuchten Fällen Einzelausstellungen organisiert.

Eine Stipendiatenauswahl trifft sich darüber hinaus in der Regel einmal jährlich im ehemaligen Feriensitz Konrad Adenauers, der Villa La Collina in Cadenabbia am Comer See, und debattiert mit Multiplikatoren und Repräsentanten des Kulturbetriebs über aktuelle Fragen der gesellschaftspolitischen Relevanz von Kunst und Kultur.

EHF 2010 – eine Kraft in der Hauptstadt

EHF 2010 versteht sich als ein langfristiges und auf Vernetzung angelegtes Engagement. Die Trustees werden einmal im Jahr zu einem exklusiven Dinner in der Hauptstadt zusammenkommen, zu dem geförderte Künstler und ausgesuchte Kunstschaffende und mit der Kunst verbundene Persönlichkeiten

geladen werden. Durch diesen Anlass und ähnliche Ereignisse wirbt EHF 2010 für ein Engagement, mit dem die Konrad-Adenauer-Stiftung ihre Position im Kulturbetrieb der Hauptstadt beispielhaft markiert.

Beide Texte sind erschienen in „politik und kultur“ November/Dezember 2007, hg. vom Deutschen Kulturrat. Die Autoren sind wissenschaftliche Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Letzte Meldungen

Nach einem Bericht der WELT vom 24. Oktober 2007 will Kulturstaatsminister Neumann den Deutschen Filmfonds („ein Renner“) verlängern. Er war mit 180 Mio Euro zunächst auf 3 Jahre angelegt.

Zum Antrag der Koalition über die Förderung „populärer Musik“ s. den Bericht in der SZ vom 24. Oktober 2007 („Melodien für Millionen“).

Im Streit um das „sichtbare Zeichen“ gegen Flucht und Vertreibung“ scheint sich nach Berichten in der SZ und der WELT vom 24. Oktober 2007 eine Einigung in der Koalition abzuzeichnen. Noch in diesem Jahr dürfte es eine Kabinettsvorlage dazu geben. Offen ist aber wohl aber noch, wie sich die Initiative des Bundes zum „Zentrum gegen Vertreibungen“ verhält; Stim-



men aus der SPD scheinen da deutliche Vorbehalte zu haben.

Mit dem Satz: „Es gibt heute keinen schöneren Posten als den des Kulturstaatsministers“ fasst Eckhard Fuhr die Bedeutung der Bundeskulturpolitik mit einer Hommage an das Wirken von Kulturstaatsminister Neumann zusammen, die er gegen die Auffassung des Rechnungshofes verteidigt (DIE WELT vom 20. Oktober 2007); Kulturstaatsminister Neumann wies darauf hin, dass er die Kritik des Rechnungshofes in „keiner Weise teile“; die Bundeskulturpolitik sei durch die „hergebrachte Staatspraxis“ gedeckt (DIE WELT vom 23. Oktober 2007); diese Bedeutung wurde auch anlässlich der Wiedereröffnung der Anna Amalia Bibliothek am 24. Oktober 2007 deutlich, wie ebenfalls in der Presse hervorgehoben; vgl. auch das große Interview mit Bernd Neumann in der FAZ vom 19. Oktober 2007 („Rettung für Goethes Briefe“).

Aus Anlass der Wiedereröffnung der Anna Amalia Bibliothek hat Bundespräsident Köhler ein „regelrechtes Bibliotheksterben“ in manchen Regionen Deutschlands konstatiert; Bibliotheken seien Teil der „Bildungsinfrastruktur“, „ein Pfund, mit dem wir wuchern müssen“. „Die Bibliotheken gehören auf die politische Tagesordnung“ (s. auch die Berichte in der WELT/SZ vom 25. Oktober 2007).

Letzter Stand Salem

Ministerpräsident Günther Oettinger schließt nicht aus, dass das

Land die Schlossanlage Salem im Bodenseekreis kauft. Das Land werde mit seinen politischen und rechtlichen Möglichkeiten alles tun, damit Salem erhalten bleibt, sagte Oettinger nach einer Sitzung des CDU/FDP-Kabinetts. Sollte sich der Streit mit dem Haus Baden über die Frage, wem die badischen Kunstschatze gehören, nicht einvernehmlich klären lassen, müsse über Salem separat entschieden werden. „Wir werden unsere Verpflichtung für Salem wahrnehmen“, ergänzte der Regierungschef.

Eine Kommission aus Juristen und Historikern will Ende November ihren Abschlussbericht vorlegen. Derzeit untersucht sie, ob badische Kulturgüter im Wert von etwa 300 Millionen Euro Eigentum des Hauses Baden oder des Landes Baden-Württemberg sind. Offen ist, ob das Land nach der Vorstellung des Abschlussberichts noch einen Vergleich mit dem Haus Baden anstreben wird. Möglicherweise sind viele Kunstschatze - anders als zunächst angenommen - bereits jetzt Eigentum des Landes. Dann wäre ein Vergleich aus Sicht der Landesregierung nicht mehr lohnend.

Oettinger sprach sich gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ für eine Lösung aus, die den Landeshaushalt schont: „Ich würde eine Lösung vorziehen, bei der Salem nicht allein von staatlichen Geldern abhängig ist, zugleich aber der Erhalt des kulturellen Erbes gesichert ist. Die für Salem notwendigen Aufwendungen sollten nicht zu hundert Prozent zu Lasten des Haushalts gehen.“

HINWEIS DER REDAKTION

Da wir im Rahmen unserer Presseschau möglichst viele Zeitschriften, Presseerklärungen, Resolutionen etc. auswerten und aufnehmen wollen, bitten wir auch in dieser Nummer um entsprechende Zusendung.

Damit verbinden wir unseren herzlichen Dank für die gute Resonanz auf diese Bitte in der vorangegangenen Ausgabe.

Zugleich möchten wir betonen, dass Meldungen in der Presse nicht überprüft werden können und Berichte und Diskussionsbeiträge nicht mit der Redaktion oder der Stiftung zu identifizieren sind. Vielmehr ist es unser Ziel, die öffentliche Debatte und ihre Themen möglichst umfassend, freilich auch pointiert zu dokumentieren.